

G 5361 F

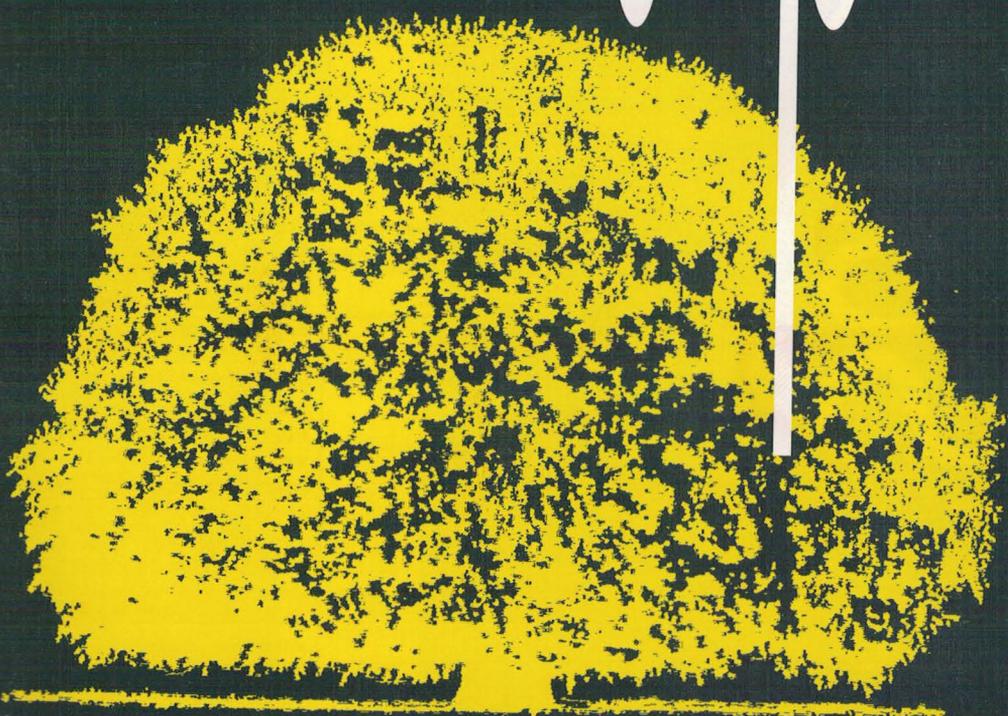
**UWE KREMER:
NACH DEM ENDE DER UDSSR**

**HEINZ-GERD HOFSCHEIN:
STASI-SÄUBERUNGEN**

**INTERVIEW MIT
KARLHEINZ BLESSING**

ISSN 0170-4613

SOW



Ö K O - U M B A U

**ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK & WIRTSCHAFT
AUSGABE 5/91 • HEFT 61 • SEPTEMBER/OKTOBER • DM 7,-**



Sozialismus

Marxistische Monatszeitschrift

Es schrieben 1990 u.a.:

Lisa Abendroth, Louis Althusser, Manfred Balder, Pietro Barcellona, Karin Benz-Overhage, Theodor Bergmann, Heinz Bierbaum, Joachim Bischoff, Manfred Bobke-v. Camen, André Brie, Michael Brie, Karl Burgmaier, Alexandr Buzgalin, Jochen Cerny, Hansgeorg Conert, Frank Deppe, Richard Detje, Horst Dietzel, Irene Dölling, Eberhard Fehrmann, Peter Glotz, Michail Gorbatschow, Bryan Gould, Gregor Gysi, Stuart Hall, Heinrich Hannover, Ingeborg Herold, Peter Hess, Eric Hobsbawm, Hasuko Hüning, Pietro Ingrao, Mechthild Jansen, Christoph Jetter, Heinz Jung, Robert Katzenstein, Sabine Kebir, Sonja Kemnitz, Dieter Klein, Arno Klönne, Lorenz Knorr, Otto König, Ulla Kriete, Jürgen Kuczynski, Walter Kuhn, Steffen Lehnorff,

Andre Leisewitz, Gerd Lobodda, Christa Luft, Ulrich Meditsch, Heinz-Rudolf Meißner, Michael Menard, Hans Modrow, Manuel Vasquez Montalban, Manfred Muster, Lothar Nicht, Hildegard Maria Nickel, Alexandr Ort, Lothar Peter, Klaus Pickshaus, Alfredo Reichlin, Rossana Rossanda, Peter Ruben, Bernhard Sander, Helmut Schauer, Peter Scherer, Eduard Schewardnadse, Josef Schleifstein, Horst Schmitthener, Werner Seppmann, Otto Singer, Theo Steegmann, Bruno Trentin, Mario Tronti, Hilde Wagner, Helmuth Warnke, Michael Wendl, Jochen Willerding, Alexander Wolgin, Karl Georg Zinn

Einzelheft: DM 7,50; Jahresabo: DM 75,-
 Probeheft: VSA-Verlag, Postfach 50 15 71
 W-2000 Hamburg 50

va&g

Neuerscheinung

Der Trümmerhaufen als Aussichtsturm

Historische, aktuelle und perspektivische Vermessungen einer gründlich veränderten Situation

Mit Beiträgen von:

Manfred Bobke-von Camen, Hansgeorg Conert, Dieter Fricke, Georg Fülberth, Jörg Goldberg, Peter Hess, Heinz-Gerd Hofschien, Heinz Jung, Robert Katzenstein, Otto König, Dieter Kramer, Jürgen Kuczynski, André Leisewitz, Kaspar Maase, Gert Meyer, Klaus Pickshaus, Rainer Killing, Karl Heinz Roth, Josef Schleifstein, Horst Schmitthener, Johannes Steffen, Jörg Wollenberg

339 S., brosch., DM 48,00
 ISBN 3-89419-021-3

Linke, die einst Hoffnungen auf den Aufschwung der sozialen Bewegungen ab 1968 setzten und für die der Systemkonflikt ein kaum noch verrückbarer Rahmen ihres Handelns war, haben seit der Mitte der siebziger Jahre, vor allem aber nach 1989, allen Grund, an sich zu zweifeln: an den theoretischen Voraussetzungen, die für sie bislang nahezu selbstverständlich waren, und an ihrer Fähigkeit zu politischer Praxis. Dieser Band versammelt Berichte und erste Resultate von Versuchen, einen Umbruch zu erklären und in einer schwierigen Zukunft Fuß zu fassen. Es handelt sich um individuelle Bilanzen. Die Autoren sprechen in der Regel nicht von sich, sondern von ihrer Arbeit, die durch die Niederlage in Frage gestellt wurde und die zugleich ein Mittel ist, sie zu verstehen und – falls überhaupt möglich – zu überwinden. Dies alles wird hier mitgeteilt in der Hoffnung, daß die Vereinzelung, die zuweilen notwendig sein mag, um einen Schock zu überwinden, kein endgültiger Zustand ist.

Verlag Arbeit & Gesellschaft
 Postf. 510 • 3550 Marburg

IMPRESSUM

Herausgeber/Herausgeberinnen:
 Detlev Albers (Bremen)
 Heinz Albrecht (Berlin)
 Jürgen Egert (Berlin)
 Katrin Fuchs (Verl.)
 Josef Hindels (Wien)
 Klaus Peter Kisker (Berlin)
 Heinrich Lienker (Bielefeld)
 Susi Möbbeck (Bremen)
 Ursula Pausch-Gruber (Kairilindach)
 Kurt Wand (Hamburg)
 Klaus-Peter Wolf (Frankfurt/M.)
 Burkhard Zimmermann (Berlin)

Redaktion:
 Ingo Arend,
 Oliver Brosch,
 Florence Guesnet,
 Uwe Kremer,
 Mathias Machnig,
 Birgit Zoerner

Redaktionssekretär:
 Ralf Schmitz

Redaktions- und Verlagsanschrift:
 Kieler Str. 13
 5000 Köln 80
 Telefon (0221) 623271
 Telefax (0221) 612815

Verlag:
 spw-Verlag/Redaktion GmbH
 Kieler Str. 13 • 5000 Köln 80
 Geschäftsführung:
 Andreas Bach,
 Ulla Saß

Konto des Verlages:
 Postgiraamt Dortmund,
 Kto. Nr. 224 434 68
 BLZ 440 100 46
 Abozahlungen ausschließlich
 auf dieses Konto

* Die spw erscheint 1991 in 6 Heften
 mit ca. 60 Seiten pro Heft
 • Jahresabonnement DM 51,-
 ermäßigtes Jahresabonnement
 (für SchülerInnen, StudentInnen,
 Erwerbslose) DM 42,-
 • Auslandsabonnement DM 54,-

* Abbestellungen mit einer Frist
 von drei Monaten zum Jahresende.

Wir freuen uns über Manuskripte und
 Zuschriften. Manuskripte sollen in
 Maschinenschrift und mit einem
 ausreichenden Rand versehen sein.
 Wenn möglich, sollen Manuskripte auf
 Diskette mit einem Ausdruck
 geliefert werden
 (MS-DOS 5 1/4 oder 3 1/2 Zoll,
 MS WORD oder reiner ASCII-Text).

ISSN 0170-4613

Copyright (C) spw-Verlag/
 Redaktion GmbH 1991.
 Alle Rechte, auch das
 der Übersetzung, vorbehalten.

Satz und Gestaltung:
 Birgit Ciersan, Hemer

Druck:
 Nolte-Druck, Schwerte

KOMMENTAR

Uwe Kremer
 Nach dem Ende der UDSSR Seite 4

Heinz-Gerd Hofschien: Stasi-Säuberungen 6

Judith Marschall: Feindbilddrama in Jugoslawien 8

SOZIAL DEMOKRATIE

Interview mit Karlheinz Blessing 9

SPD in Sachsen-Anhalt: Mirko Richter 15

"Und es bewegt sich doch...": Cathi Hoffmann/Claudia Walther 16

DEBATTE

Ingo Arend: Bilder einer neuen Utopie 18

Jürgen Neitzel, Gregor Ziese, Felix Welti: Whither India? 20

ÖKO-UMBAU

Andreas Bach: Ökologische Unternehmenspolitik 23

spw special

Detlef Bimboes: Die Köpfe müssen rauchen... 27

Ralf Krämer:
 "Subsistenzliche Effizienz" versus "Gewalttätigkeit der Produktionsweise" 35

Ernst-Ulrich von Weizsäcker: Erdpolitik 40

Hans-Joachim Olczyk:
 Für den ökologischen Abbau des Kapitalismus (Rezension) 45

Neue (Welt-)Ordnung

Uwe Kremer: Linke Weltsichten 48

Christoph Spehr: "Westliche" Kultur und "multikulturelle" Weltgesellschaft 51

Ulli Stark: Antipazifistische Querschläger (Rezension) 56

UWE KREMER, DORTMUND

NACH DEM ENDE DER UDSSR

Ich denke, daß man zunächst den Kern der Augustereignisse verstehen muß, der in der Entmachtung der KPdSU besteht. Deren Verrottung offenbarte sich ja nicht nur darin, daß sie sich nicht gegen Janajew und Co. stellte. Sie war auch nicht in der Lage, das Notstandskomitee zu unterstützen. So oder so verwirkte sie damit endgültig jeden Anspruch auf eine „führende Rolle“ in der Gesellschaft. Und da die Perestroika als Konzept einer sozialistischen Erneuerung an die Reformfähigkeit und Dynamik der Partei gebunden war, ist im August die Perestroika nicht etwa gerettet, sondern zu Grabe getragen worden. Aber man muß sich darüber im klaren sein, da es schon in den vergangenen zwei Jahren - und zwar je mehr sich das Scheitern der KPdSU abzeichnete - immer weniger um den „Sozialismus“ bzw. „Systemfragen“ ging, sondern um die Art und Weise der Eingliederung in die Weltökonomie auf der einen und die Vermeidung eines inneren Chaos auf der anderen Seite. Und so ist auch die Auseinandersetzung im August nur bedingt als ideologischer Kampf von „Prinzipien“ oder zwischen „Reaktionären“ und „Demokraten“ zu verstehen, sondern als Ringen zweier Machtblöcke mit einer jeweils unterschiedlich strukturierten sozialen Interessenbasis.

Es ging also schon seit langem nicht mehr um den „Sozialismus“, auch wenn wir dies manchmal immer noch glaubten (oder hofften). Genausowenig ging es im August allerdings um „Demokratie“ im prinzipiellen (westlichen) Sinne. Boris Jelzin hat dies selbst mit seinem jüngsten Hinweis deutlich gemacht, daß die westlichen Demokratievorstellungen nicht auf Rußland übertragbar seien. Und in der Tat trifft es zu, daß auf absehbare Zeit jede Option zur Stabilisierung und Modernisierung der bisherigen Sowjetunion eine stark au-

toritäre Komponente beinhalten muß und sich insoweit Janajew und Jelzin nur sehr bedingt anhand der Trennlinie „autoritär“/„demokratisch“ auseinandehalten lassen. Da es also im wesentlichen weder um „Sozialismus“ noch um „Demokratie“ geht, muß man eine nüchternere Beurteilung der gegenwärtigen Prozesse an den Tag legen und mit politischen Sympathie- bzw. Antipathieerklärungen erheblich zurückhaltender sein.

Entscheidend ist hierbei, welchen Weg Jelzin und die ihn umgebenden Kreise einschlagen. Die jüngsten Äußerungen zur Schaffung eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes, die vorliegenden Vorschläge zu einem staatlich regulierten Übergang zum Kapitalismus, die politische Achse zwischen Rußland (Jelzin) und Kasachstan (Nasarbajew) und die Ablehnung einer Kommunistenhatz in Rußland wecken zumindest Hoffnungen darauf, daß eine einigermaßen tragfähige Konstellation für die weitere Entwicklung geschaffen werden kann. Es ist auch die einzige Chance, daß sich gegenüber nationalpopulistischen Tendenzen (von denen auch Jelzin nicht frei ist) ein breiter angelegter Machtblock herausbildet, der auch wesentliche Teile der ehemaligen Kommunistischen Partei und der industriellen Technokratie umfaßt. Als entscheidender Maßstab muß dabei gelten, inwieweit Erfolge auf dem Weg einer ökonomischen und sozialen Stabilisierung erzielt werden können.

Es sei angemerkt, daß diese Betrachtung nicht nur für die Staaten der zerfallenden UdSSR, sondern auch für die VR China gelten muß: Während die ehemals sozialistischen Staaten Osteuropas einen massiven Rückgang der

Wirtschaftskraft zu verzeichnen haben, droht China mit Wachstumsraten von über 13% gegenwärtig eher ein wirtschaftlicher Overkill. Auch diese Feststellung hat nichts mit politischen Sympathien zu tun, sondern verweist einzig und allein auf die Tatsache, daß nachholende ökonomische und soziale Entwicklungen offenbar bestimmter staatlicher und gesellschaftlicher Rahmenbedingungen bedürfen, die in China eher berücksichtigt worden sind als in anderen Ländern. Dabei gilt auch für die chinesische Führung, daß es sich beim dortigen „Marxismus-Leninismus“ der „Kommunistischen“ Partei im wesentlichen um das ideologische Beiwerk eines recht pragmatischen Modernisierungskurses handelt, der allerdings die Eigenständigkeit Chinas auch innerhalb der neuen weltpolitischen Konstellationen bewahren will. Insofern dürfte auch die vietnamesisch-chinesische Annäherung eher innen- und geopolitische als ideologische Gründe haben.

Der Hintergrund: Die VR China ist wie andere Länder Asiens, Afrikas und Lateinamerikas vom Zusammenbruch der UdSSR in erheblichem Maße negativ betroffen. Die August-Ereignisse bedeuteten nicht nur das definitive Ende der Perestroika und der KPdSU, sondern auch das Ende des maßgeblichen Gegengewichts zu den USA. Dies hat nicht nur für ein Land wie Cuba weitreichende Konsequenzen, das nunmehr dem Imperialismus zum Fraß vorgeworfen wird. Wenn in der indischen Presse durchaus Sympathien für das Notstandskomitee erkennbar waren, so signalisiert das - weit über Ghaddafi und Saddam Hussein hinausgehende - Stimmungslagen in den Ländern der sog. 3. Welt, deren Spielräume gegenüber den kapitalistischen Zentren und den internationalen kapitalistischen Einrichtungen durch den Zusammenbruch

der UdSSR erheblich verringert worden sind. Diese Umstände müssen bei der Einordnung von Jelzin und seinen „Demokraten“ ebenso nüchtern in Rechnung gestellt werden wie die inneren Konstellationen in der ehemaligen Sowjetunion.

Der westlichen Linken fällt es offenkundig schwer, die Ereignisse des sowjetischen Augusts zu verstehen. Die einen neigen zu häufig zynisch unterlegten Ausfällen gegen den neuen „Zarismus“ in Rußland (festgemacht an Zarenfahne, St. Petersburg und „Zar“ Boris Jelzin) und pflegten eine gewisse „klammheimliche“ Sympathie mit dem Notstandskomitee (wenn gleich man um seine Perspektivlosigkeit wußte und seine Einsetzung ernsthaft verurteilte). Die anderen gerieren sich als neu hinzugestoßene Helden der freien Welt, die den „Radikalreformern“ um Boris Jelzin ihre Ovationen entgegenbringen, weil sie den Durchbruch zur „demokratischen Weltgemeinschaft“ als ureigensten Sieg verstanden haben. In beiden Fällen zeigt sich symptomatisch die Schwierigkeit, die nüchterne Feststellung von Tatsachen mit der Wiedergewinnung von politischen Standpunkten und Weltansichten zu verbinden. Während die einen mit einer Tatsache - dem offenkundigen Ende der Sowjetunion und ihres real existierenden Sozialismus - innerlich noch nicht fertig geworden sind, weil noch keine neuen, den Tatsachen angemessenen Standpunkte und Weltansichten sozialistischer Politik entwickelt werden konnten, haben die anderen ihre Standpunkte und Weltansichten schon längst gewechselt und sich auf die „Seite der Tatsachen“ (und der Sieger) begeben: Hilf- und Sprachlosigkeit auf der einen, Identitätsverlust und schlichter Op-

portunismus auf der anderen Seite. Daß der Block um Jelzin die einzige Chance für eine Stabilisierung der sowjetischen Verhältnisse repräsentiert, muß als Tatsache anerkannt werden, auch wenn Jelzin und Co. dem Sozialismus in dieser Weltgegend den Todesstoß versetzt haben. Daß die „kommunistisch“ geführte VR China das erfolgreichste Modell einer ökonomischen und sozialen Entwicklung innerhalb des ehemaligen „sozialistischen Lagers“ darstellt, muß als Tatsache anerkannt werden, auch wenn an den Händen seiner Führer das Blut der Pekinger Demokratiebewegung klebt. Wir stellen Tatsachen fest, aber haben Schwierigkeiten, dazu einen „Standpunkt“ zu beziehen und dabei Sym- und Antipathien zu verteilen. Eine „neue Sicht der Dinge“, die über das Konstatieren von Tatsachen hinausgeht, muß erst noch entwickelt werden. Sie ist an bestimmte Vorstellungen gebunden, die die internationalen Konstellationen, Wechselwirkungen der dort wirkenden Faktoren und die sich daraus ergebenden Perspektiven fortschrittlicher Politik betreffen.

Ich denke, daß spätestens mit den August-Ereignissen die Aufgabe entstanden ist, neue internationale Konstellationen zu denken, die weder den überkommenen Kategorien des Systemgegensatzes noch den Idealismen des „neuen Denkens“ folgen, sondern neue sozialistische Perspektiven mit den machtpolitischen Realitäten der heutigen Weltlage verbinden können. Die UdSSR hinterläßt eine Lücke, die weder durch den Anschluß vieler Ex-Linken an das Lager des „freien Westens“ noch durch pazifistischen Moralismus gefüllt werden kann. Hierhin gehört die Feststellung, daß das Konzept des Globalismus und des „neuen Denkens“ zunächst einmal als gescheitert angesehen werden muß. Nach

dem „kalten Krieg“ zeigt sich immer deutlicher, daß die Weltentwicklung einerseits - und vielleicht sogar noch in wachsendem Maße - von machtpolitischen Optionen von Staaten und Staatengruppen, andererseits von transnationalen Strategien kapitalistischer Konzerngruppen bestimmt wird.

Der (sozialistischen) Linken in Westeuropa muß klar werden, daß zuallererst sie nun selbst gefragt ist: Fortschrittliche Perspektiven in der neuen Weltordnung setzen voraus, daß das faktische Bündnis der kapitalistischen Zentren gegenüber den anderen Erdteilen aufgebrochen wird und daß manche Funktionen, die in der Vergangenheit durch die UdSSR wahrgenommen worden sind und das positive Verhältnis vieler Linker gegenüber diesem Land geprägt haben, auf neue (und sicherlich gänzlich andere) Art und Weise ausgefüllt werden. In allererster Linie dürfte das bedeuten, daß (West)Europa eigenständige Optionen in der Weltpolitik insbesondere gegenüber den Vereinigten Staaten entwickelt: Denn auf unserem Kontinent bestehen zweifellos die größten Chancen dafür, daß sich linke Perspektiven in internationale Machtkonstellationen einschreiben können. Identifikationen lassen sich nicht mehr in Bezug auf irgendwelche Kräfte und Vorgänge in der UdSSR oder in der VR China oder sonstwo erzeugen, sondern nur durch die Besinnung der westeuropäischen Linken auf ihre eigene Rolle und Verantwortung.

HEINZ-GERD HOFSCHEIN, BREMEN

STASI-SÄUBERUNGEN

Über den bösartigen Umgang mit der Stasi-Vergangenheit

In Deutschland wird gesäubert. Seit Monaten beherrschen die Enthüllungen über den Staatssicherheitsdienst der ehemaligen DDR das öffentliche Leben. Seilschaften werden ausgemacht, alle paar Tage gerät ein anderer ehemaliger DDR-Politiker unter den Verdacht, ein Stasi-Mitarbeiter gewesen zu sein, und die Entlassungen im öffentlichen Dienst bis hin zur „Abwicklung“ der Hochschulen in den östlichen Ländern werden zu großen Teilen mit dem Verdacht der Stasi-Tätigkeit der dort Beschäftigten legitimiert. Unstrittig ist, daß die Stasi-Vergangenheit bewältigt werden muß, daß die Verbrechen und die Menschenrechtsverletzungen dieses Unterdrückungsinstrumentes verfolgt und bestraft werden müssen. Unstrittig ist auch, daß Menschen, die sich an solchen Verbrechen aktiv beteiligt haben, nicht in öffentliche Ämter und hervorgehobene Positionen einer demokratischen Gesellschaft gehören. Aber die Art und Weise, in der diese Bewältigung zur Zeit abläuft, ist gespenstisch. Sie droht, unser öffentliches Leben auf Jahre hinaus zu vergiften, sie ist unehrlich und heuchlerisch, und sie ist geeignet dem Rechtsstaat, in dessen Namen sie betrieben wird, nachhaltigen Schaden zuzufügen. Deutlich wird das schon, wenn wir uns einige der „Enthüllungen“ über ehemalige DDR-Politiker ansehen. Da wurde Lothar de Maiziere mit einer Stasi-Akte in Verbindung gebracht und die öffentliche Kampagne - damals rechtzeitig zur Regierungsbildung - ließ ihm nichts anderes als den Rücktritt übrig. Die vom „Spiegel“ vorgelegten Beweise bestanden in der Photokopie einer maschinengeschriebenen Karteikarte, die auf ein Pseudonym lautet, und in der Aussage eines ehemaligen Stasi-Offiziers. In diesem Zusammenhang interessiert nicht, ob eine gründliche Untersuchung tatsächlich eine Verstrickung de Maizieres ergeben

könnte. Von Belang ist hier lediglich, daß ohne ausreichende Beweise - die Karteikarte und ein paar Berichte zu fälschen dürfte eine Kleinigkeit sein, die Angaben des Stasi-Offiziers sind aus mehr als einem Grunde anzweifelbar - eine öffentliche Vorverurteilung erfolgt ist. Die Beweislast wird umgedreht, der Beschuldigte muß seine Unschuld nachweisen statt daß er - wie es einem der grundlegendsten Rechtsstaatsprinzipien entspricht - bis zum Beweis des Gegenteils als unschuldig gilt. Und selbst im „Freitag“ wurde de Maiziere als „einmal IM - immer IM“ abgetan und seine Politik als Marionette Kohls mit seiner daraus resultierenden Erpreßbarkeit begründet. Wer meint, weil es diesmal einen Rechten getroffen hat, könne man bei der Hexenjagd mitmachen, der sei sich - wenn ihn denn schon Rechtsstaat und Fairneß nicht interessieren - wenigstens im Klaren darüber, daß es genausogut demnächst wieder einen Linken treffen wird. Denn in den Millionen Akten der Stasi - auch zwei Millionen Westler sind darunter - dürfte über nahezu jeden politisch aktiven Deutschen irgend etwas zu finden sein. Und daß es im geeigneten Moment gefunden wird - sei es zur öffentlichen Demontage oder zur heimlichen Erpressung, dazu haben auch jene beigetragen, die seit dem November 1989 die Stasi-Akten in so offensichtlich dilettantischer Weise verwalten und auswerten. Die flinken Beschuldigungen, wenn ein Stasi-Auflösungskomitee eine Akte gefunden hatte, die Weitergabe solcher Unterlagen an alle möglichen Leute, die Veröffentlichung von Namenslisten (wobei sich die TAZ besonders hervorgetan hat) waren schlimme Verantwortungslosigkeiten. Jeder Historiker, der einmal mit Akten von Verfolgungsbehörden gearbeitet hat, weiß, wie sorgfältig diese geprüft und gegengecheckt werden müssen.

Schutzaussagen der Betroffenen können als Mitarbeit mißverstanden werden, sich wichtig machende Geheimdienstoffiziere können Informanten angegeben haben, die nichts von ihrer Rolle ahnten, Akten können aus vielerlei Gründen gefälscht worden sein (auch noch im Herbst 1989). Eine gründliche Quellenkritik und die Anhörung der Betroffenen sind die Mindestvoraussetzungen im Umgang mit den Stasi-Akten. Es müssen die Besonderheiten des DDR-Systems berücksichtigt werden: Auslandsreisende, Vorgesetzte, Beschäftigte in zahlreichen Funktionen mußten dienstlich Berichte schreiben und selbst Pfarrer und Anwälte von Oppositionellen hatten zwangsläufig Kontakte zur Stasi und damit wahrscheinlich auch Akten dort. Kurz, die Existenz einer Stasi-Akte beweist allein noch gar nichts und ihr Inhalt bedarf der gründlichsten, quellenkritischen Prüfung, bevor er zum Beweismittel wird. Und dann wären in jedem Einzelfall die Umstände und die Motive, das Ausmaß und der konkrete Inhalt einer Mitarbeit beim Stasi zu berücksichtigen - Aspekte, die wohl am wenigsten von sensationsgeilen Journalisten und selbstgerechten Politiker im Westen beurteilt werden können, die zur Zeit die Scharfrichter spielen. Ob die Gauck-Behörde, die ihre Dutzende neue Stellen mit dem Hinweis im Fernsehen zu besetzen suchte, daß für diese Tätigkeiten keinerlei Vorkenntnisse nötig seien, für eine sinnvolle Aufarbeitung dieser Akten geeignet ist, kann wohl mit Recht bezweifelt werden. Und letztlich ist trotz der Regelungen im Einigungsvertrag natürlich keineswegs ausgeschlossen, daß auch der Verfassungsschutz und andere westliche Geheimdienste die Stasi-Akten einsehen können, was bedeutet, daß diese dann in der Lage sind, für die nächsten 40 Jahre Millionen von Menschen zu erpressen oder zu denunzieren.

Aber nicht nur beim Umgang mit den Stasi-Akten, die von Historikern und Juristen ausgewertet gehören, wird derzeit Schindluder getrieben. Auch bei der grundlegenden Frage nach der Behandlung derjenigen, die in der DDR Funktionen und Verantwortlichkeiten hatten, zeigt sich eine Mentalität, die wenig mit Rechtsstaatlichkeit und demokratischem Verfahren zu tun hat. Klar sollte sein, daß jeder Person, der Verbrechen und Verstöße gegen die Menschenrechte nachgewiesen werden, ein ordentlicher Prozeß gemacht wird. Dabei können natürlich nicht rückwirkend die Gesetze der BRD angewendet werden - es sei denn, man wolle die Anerkennung der Staatlichkeit der DDR, wie sie spätestens seit deren UNO-Beitritt vorgenommen worden war, wieder zurücknehmen. Wenn man wirkliche Verbrechen verfolgen will, braucht man die BRD-Gesetze auch nicht, denn die zur Tatzeit geltende Verfassung und das Strafrecht der DDR, sowie die allgemeinen, in internationalen Abkommen ratifizierten Grundsätze der Menschenrechte, reichen aus, Verbrechen wie Gefangenenmißhandlung, politische Diskriminierung, Erpressung, Amtsmissbrauch, u.ä. zu bestrafen. Auch wenn man gewisse Bedenken haben mag, diese Strafverfolgung einer Justiz zu übertragen, die in der BRD lange von Kontinuitäten aus der Nazi-Zeit beeinflusst war, so gibt es zu einem solchen Vorgehen keine rechtsstaatliche Alternative. Die rückwirkende Anwendung des BRD-Rechtes wäre allerdings nicht nur eine Siegerjustiz, sondern auch ein Bruch des substantiellen Grundsatzes nulla poena sine lege. Der sozialdemokratischen Berliner Justizsenatorin stünde gut an, sich dieser Prinzipien zu erinnern.

Was aber soll mit jenen geschehen, die sich nicht an justiziablen Verbrechen

beteiligt haben, aber in der verflossenen DDR Funktionen bekleidet haben? Diese Frage scheint klar für diejenigen, die wie Theo Sommer in der „Zeit“ davon ausgehen, daß die „Schatten der roten Vergangenheit“ prinzipiell denen der braunen Vergangenheit gleichen. Es ist schon kurios, daß ausgerechnet Liberale und Linke mit dem Argument, nach 1945 habe man nicht gründlich entnazifiziert und dieser Fehler sei nun bei der Entkommunifizierung der DDR zu vermeiden, nicht nur braun und rot wieder gleichsetzen, sondern im Grunde noch eins daraufsetzen. Denn faktisch heißt ihr Argument doch wohl: Nach 1945 ist mit den Mördern der Kommunisten, den Nazis, nicht gründlich genug aufgeräumt worden, deshalb muß nun nach 1989 wenigstens mit deren Opfern, den Kommunisten, Schluß gemacht werden. Eine bemerkenswerte Logik. Aber der Eifer von „TAZ“ und „Spiegel“ ist wohl unnötig, denn daß die Herrschenden, die ihre Macht durch die Entnazifizierung hindurch gerettet haben, und die seit 1917 versucht haben, den Kommunismus zu liquidieren, nun mit den endlich Besiegten übermäßig schonend umgehen werden, ist nicht zu erwarten. Die Konsequenz aus einer Gleichsetzung von rot und braun wäre, daß man die DDR und die SED zu verbrecherischen Organisationen erklären müßte, und damit die Handhabe hätte, gegen alle Mitglieder und Funktionsträger vorzugehen. Zwar sagt das so niemand, auch wenn Stoiber, der Modrow als Gauleiter beschimpft, wohl so denkt. Aber schlimm ist, daß man dies wieder eigens schreiben muß: Es ist ein prinzipieller Unterschied, ob man 1933 einer erklärt antisemitischen, rassistischen, kriegstreiberischen Terrororganisation beigetreten ist, oder ob man einer Partei angehörte, die die Herstellung einer sozial gerechten Gesellschaft, die Emanzipation der Besitzlosen und den

Frieden in ihrem Programm hatte. Aus der bloßen Mitgliedschaft oder der Übernahme von Funktionen in der SED oder im SED-System darf keine Diskriminierung erfolgen, es sei denn, man wolle die Tatsache, daß jemand Kommunist war oder ist bestrafen. Gründe für den Ausschluß aus dem öffentlichen Dienst und für die Untauglichkeit für Führungspositionen können sich nur aus konkretem Verhalten ergeben, und sie müssen in einem rechtsstaatlichen Verfahren nachgewiesen werden. Wer andere denunziert hat, um beruflich Karriere zu machen, gehört nicht in eine Vorgesetztenfunktion. Wer bis zuletzt geglaubt hat, die SED könne in Richtung auf ihre erklärten Ziele verändert werden, oder die DDR sei ein Alternative zum Kapitalismus, mag manchen heute naiv erscheinen. Ein Grund für eine Entlassung ist das nicht. Aber die jetzt betriebene Säuberung hat - wie besonders die Abwicklung der Hochschulen zeigt - offensichtlich nicht das Ziel, die für die Zukunft unverzichtbare Vergangenheitsbewältigung in demokratischer und den Grundsätzen der Rechtsstaatlichkeit und Verhältnismäßigkeit entsprechender Weise zu leisten. Viele der aus Opportunismus und Karrierismus in die SED oder die Blockparteien eingetretenen sind längst bei den neuen gesamtdeutschen Parteien und im Staatsapparat wieder untergekommen - Opportunisten braucht man eben überall. Nicht ihnen gilt die Säuberung, sondern jetzt trifft es wohl mehrheitlich die tatsächlich überzeugten Kommunistinnen und Kommunisten, die häufig auch in der früheren DDR ihre Schwierigkeiten mit Partei- und Staatsapparat hatten. Und so wird das hinter der Nebelwand der Stasi-Diskussion wiedereingeführt, was wir im Westen schon fast überwunden glaubten: das Berufsverbot wegen abweichender Gesinnung.

JUDITH MARSCHALL, HAMBURG

HINTERGRÜNDE ZUM FEINDBILDDRAMA IN JUGOSLAWIEN

Der Preuße ist strebsam und langweilig, der Bayer querschädlich und obrigkeitvernarrt, der Schwabe geizig, der Sachse geschwätzig, der Niedersachse stur, der Sorbe volkstanz- und trachtenbegeistert - und was folgt daraus? Variierte Ostfriesenwitze. Der Slowene ist strebsam und vornehm, der Montenegriner stolz und patriarchal, der Kroatianer anspruchsvoll und eigenbrütlerisch, der Serbe kontaktfreudig aber mißtrauisch - und was folgt daraus? Krieg.

Als Vuk Karadzic und Jakob Grimm miteinander korrespondierend Mitte des 18. Jahrhunderts ihre Wörterbücher schrieben, der eine für die serbokroatische, der andere für die deutsche Sprache, hatten sie beide für eine gemeinsame Sprachnorm der Menschen innerhalb von geographisch benachbarten Regionen gearbeitet. Den jugoslawischen Staat hat es damals noch nicht gegeben, den deutschen aber auch nicht. Nur so viel gegen die Selbstverständlichkeit, mit der die Berichterstattung hierzulande von der deutschen Nation, aber vom jugoslawischen Vielvölkerstaat spricht.

Gegen die Inhaltsleere nationalistischer Argumentation

Es soll hier im weiteren gerade nicht um den Begriff des Nationalen gehen, auch nicht um Volks- oder Stammesbewußtsein. Ich will mich vielmehr auf wenige historische und ökonomische Grundvoraussetzungen, mit denen der jugoslawische Staat nicht erst seit gestern zu kämpfen hat, konzentrieren, und damit einen kleinen Beitrag zur Entemotionalisierung der Diskussion um den Krieg der Südslawen leisten. Zum Thema nationale Einheiten vorweg nur zwei Anmerkungen: erstens sind Sprache und nationale Kultur in

einem Land nicht von je her vorgegeben, sondern werden oft erst von politischen Kräften geschaffen, und zweitens - und wenn es noch so lapidar klingt - haben Nationalismen noch nie ein einziges politisches Problem gelöst.

Die deutsche Berichterstattung wird nicht müde, die Chauvinismen, die sich in Jugoslawien so dramatisch entwickelt haben, auszumalen. Dem Spiegelredakteur, der mal wieder das Wörtchen „großserbisch“ benutzt, hält man halt das Foto von der Berlin-Demonstration mit dem eine „großkroatische“ Landkarte zeigenden Transparent entgegen, das der Freitag in seiner Ausgabe vom 12.7. veröffentlichte ... und dann?

Die Entstehung von Feindbildern hat Gründe. Die erdrückende Schwüle einer nicht aufgearbeiteten faschistischen Geschichte ist eine historische Ursache für die kriegerische Konfliktladung heute. Z.B. wurde in einer Ausstellung über Jugoslawien im 2. Weltkrieg, die ich 1989 in Split besuchte, wohl der Kampf der PartisanInnen dargestellt, nichts zu erfahren war jedoch über den von Hitler installierten „Unabhängigen Staat Kroatien“. Kein Wort über Jasenovac, das jugoslawische Auschwitz. 700.000 Menschen sind dort allein aufgrund ihrer serbisch-orthodoxen Religionszugehörigkeit ums Leben gekommen.

Krasse Wohlstandsunterschiede zwischen den Teilrepubliken

Zum Mief von Geschichtsklitterung - auch die Geschichte nach '45 ist unter Tito nur unzureichend gelüftet worden: So die Ereignisse um den 1965 gestürzten Chef der Geheimpolizei Rankovic, oder die Stalinismus-Auseinanderset-

zung, die nach 1948 gewiß nicht abgeschlossen war - und ökonomische Probleme kamen hinzu.

Eine Hauptschwierigkeit liegt in den strukturellen Unterschieden begründet. Sloweniens Bruttosozialprodukt war 1985 dreimal so hoch wie das Bosnien-Herzegowinas.¹ Noch krasser ist der Unterschied zwischen dem Kosovo und Slowenien. Aus Bundesmitteln werden der Kosovo, Bosnien-Herzegowina, Montenegro und Mazedonien seit 1965 gefördert. Eine Steuer auf die Produktionsmittel der jugoslawischen Unternehmen füllte den Bundesfonds zum Ausgleich regionaler Unterschiede. Für Direktinvestitionen in den unterentwickelten Gebieten wurden seit 1976 Unternehmen aus den entwickelten Regionen belohnt, indem man ihnen 20% der Fondabgabe erließ.

Doch all dies blieb relativ erfolglos: War 1966 das reale Gesellschaftsprodukt pro Kopf in der Bevölkerung in Slowenien rund fünfmal so hoch wie im Kosovo, so ist das Verhältnis 1981 7:1 gewesen. Die Erfolglosigkeit der Bundesfond-Politik konnte nicht zum Vertrauensgewinn der Belgrader Regierung beitragen. Als sich am Ende des Vierjahresplans 1976-1980 die wirtschaftliche Entwicklung in Gesamtjugoslawien abrupt verlangsamte, verringerte sich auch die Bundesfondunterstützung.

Die relativ reichen südslawischen Republiken Slowenien, Serbien und vor allem Kroatien haben in den letzten zehn Jahren eine Stagnation ihres wirtschaftlichen Wachstums erfahren, die zu Unzufriedenheit und individuellen Existenzängsten führen mußte. Insgesamt ist Jugoslawiens Wirtschaft u.a. durch die Auslandsverschuldung stark gebeutelt. Unter den 17 meistverschuldeten Ländern nahm Jugoslawien 1985 die bedrückende sechste

Stelle ein. Doch es gibt keinen Aufstand in Jugoslawien gegen die Zinspolitik des Internationalen Währungsfonds, stattdessen fühlen sich SlowenInnen und KroatInnen vom Bund in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung gedrosselt, und suchen die „Schuldigen“ im eigenen Land. Wer über Armut in Jugoslawien nicht sprechen will, soll über die Vielvölkerstaatsproblematik schweigen!

Getreu meiner Eingangsthese, daß nationale Einheiten Ergebnisse politischer und (welt-)ökonomischer Entwicklung sind, ist es selbstverständlich möglich, daß sich Kroatien und Slowenien ihren neuen westeuropäischen Wunschpartnerländern zuwenden. Allerdings darf das im 20. Jahrhundert vor dem Hintergrund atomarer Bedrohung nur auf dem Verhandlungsweg geschehen. Warum schreibt niemand in Deutschland über die Koalitionen der Humanität und Vernunft in Jugoslawien? fragt sinngemäß die Jugoslawin (nicht Bosnierin oder Makedonierin oder Slowenin oder wie auch immer) Mira Pax im Freitag vom 16.8.91. „Meine Hoffnung sind die Menschen, die den Frieden wollen: nach einer Befragung der Zeitung Danas (6.8.91) in Zagreb, Belgrad und Ljubljana kommen für die Befragten die Aspekte Frieden, Freiheit und Menschenrechte vor der Familie, der Arbeit und dem eigenen Volk. Die Mehrheit zeigt eine Antikriegsstimmung! Hoffnung sind“, so Mira Pax, „auch Serben und Kroaten, die sich gegenseitig schützen (Le Monde 10.8.).“

spw

¹ BSP pro Kopf und Jahr betrug 1985 in Bosnien-Herzegowina ca. 3160 DM, in Slowenien ca. 9000 DM im Vergleich dazu in der BRD 30122 DM (Zahlen aus Statistischem Jahrbuch und einem Artikel Ivanka Durdevic im Yugoslav Survey 4/87, S.21-40)

INTERVIEW

MODERNISIERUNG ODER REFORM DER SPD

Ein Gespräch mit Karlheinz Blessing

Für spw führte Ralf Krämer das Gespräch. Es fand Ende Juni in Bonn statt.

spw: Karlheinz, Du hast Dich in einem Interview kurz vor dem Bremer Parteitag mehr oder weniger vom Begriff des demokratischen Sozialismus distanziert, auf den Du Dich in der Vergangenheit eigentlich immer positiv bezogen hastest. Dieser Begriff bringt ja auch zum Ausdruck, daß die SPD so etwas wie eine gesellschaftsverändernde Perspektive hat, eine Vorstellung von einer Gesellschaft, die nicht mehr von der Vorherrschaft kapitalistischer Prinzipien geprägt wird. Siehst Du für die Partei und für Dich persönlich noch so eine Perspektive, auch nach den Entwicklungen im sogenannten realen Sozialismus?

Blessing: Ja, natürlich sehe ich die. Ich habe mich weder vom Inhalt noch vom Begriff distanziert in diesem Interview. Vom Inhalt schon gar nicht. Da stehe ich nach wie vor hinter dem, was wir bereits in Godesberg und dann in Berlin fast wörtlich noch mal aufgenommen haben: Demokratischer Sozialismus, als dauernde Aufgabe, als vollständige Herstellung von Demokratie, Freiheit, sozialer Gerechtigkeit. Auch mit dieser gesellschaftsverändernden, systemübergreifenden oder -überschreitenden Perspektive. Ich habe in dem Interview, das war in der Frankfurter Rundschau, sehr wohl diesen Begriff problematisiert, weil ich damals Ende '89 noch nicht vollständig überblickt hatte, wie diskreditiert der

Begriff Sozialismus in den fünf neuen Bundesländern oder in der damaligen DDR war. Und ich habe gesagt, daß ich mir eigentlich trotz alledem nicht vorstellen kann, daß die SPD sich von diesem Begriff entfernt und wenn, dann könnte ich mir das nur im Zusammenhang einer neuen Grundsatzdebatte vorstellen. Man kann ja nicht einfach einen Begriff lösen und auswechseln, damit sind ja auch Inhalte verbunden. Aber ich sehe dieses nicht. Wir haben ja ein neues Programm.

spw: Die Diskussion um die Modernisierung der SPD wird sehr stark unter dem Gesichtspunkt geführt, sogenannte moderne Schichten anzusprechen, die nicht traditionell mit Sozialdemokratie und Gewerkschaften verbunden sind. Ich wollte nach einer anderen Gruppe fragen. Zuletzt in Hamburg wieder war die Wahlbeteiligung sehr gering, und die Gruppe der Nichtwählerinnen und Nichtwähler war sogar größer als die der SPD-Wählerinnen und Wähler. Habt ihr genauere Erkenntnisse, aus welchen Motiven diese Leute nicht wählen, wie diese Gruppe zusammengesetzt ist, und wie man die ansprechen und vielleicht auch Leute für die SPD gewinnen kann?

Blessing: Wir haben vom Parteivorstand aus eine größere Untersuchung

eingeleitet, bei der das ein zentrales Element ist, weil das mit Hamburg nicht zum ersten Mal der Fall war, daß die Zahl der Wahlenthaltungen so hoch ist und daß, gemessen an den Wahlberechtigten, die Nichtwähler die größte Partei sind. Das war schon in Frankfurt bei den Kommunalwahlen so. Es kann in der Tat wahlentscheidend sein bei künftigen Auseinandersetzungen, welcher Partei es gelingt, ihre „Stammwähler“ zu mobilisieren. So daß sich möglicherweise, aber das ist jetzt mehr eine These als eine empirische Erkenntnis, Wahlkämpfe in der Zukunft nicht mehr in erster Linie daran entscheiden werden, ob es gelingt, Wechselwähler überzuziehen, ungebundene Wähler, sondern es hat sich wahrscheinlich eine Gewichtsverlagerung dahingehend ergeben, daß die Mobilisierung der Stammwähler vielleicht wahlentscheidend sein kann. Aber da wissen wir insgesamt noch zu wenig. Ich denke, wir haben am Jahresende vielleicht wirklich echte empirische Ergebnisse darüber, was denn die Motive für Wahlenthaltungen sind, denn bislang hat jeder seine persönliche Theorie.

spw: In der Debatte um die Erneuerung und organisationspolitische Reform der Partei gibt es widersprüchliche Stoßrichtungen. So ist in einem aus NRW stammenden Papier 'Zur Modernisierung der SPD' neben dem Versuch einer 'ideologischen Entrümpelung' eine meines Erachtens einseitig technokratische Herangehensweise festzustellen, die vor allem fragt, wie die Parteiarbeit von oben effektiver gemacht und für eine bessere Darstellung der Partei in den Medien gesorgt werden kann. Eine Herangehensweise, die verbunden ist mit einer Tendenz zur Entdemokratisierung der Partei: die Partei solle sich sozusagen nicht einmischen in das, was die Sozialdemokraten in Regierungsverantwortung tun, solle ihnen nicht zu genaue Vorgaben machen. Auf der anderen Seite wurden auf dem Parteitag und auch von JUSOS sehr stark Forderungen nach einer Demokratisierung der Partei gestellt, nach stärkeren Einflußmöglichkeiten für die einzelnen Mitglieder und Gliederungen und Gruppierungen der Partei. Wie würdest Du Deine Position da sehen?

Blessing: Also ich weiß nicht, ob diese

Kategorien stimmen, ob das wirklich die Pole sind. Effizienz und Mitgliederbeteiligung muß sich ja nicht ausschließen, ganz im Gegenteil. Auch auf die Gefahr hin, wieder in die Managerecke gestellt zu werden; in der Tat ist es nun mal eine Erkenntnis, die teilweise in Unternehmen mehr Verbreitung findet als in gewerkschaftlich sozialdemokratischen Organisationen, daß Kreativitätspotentiale nur freigesetzt werden können, wenn man Leute mit einbezieht. Und zwar nicht paternalistisch einbezieht, sondern wirklich im Sinne einer echten, demokratischen Beteiligung. Das ist gerade in Organisationen zentral wichtig, die nicht hauptsächlich auf technische Produktionsapparate angewiesen sind, sondern auf das, was die Menschen in den Köpfen haben. Effizienz und Beteiligung schließen sich also nicht aus. Natürlich gibt es technische Bereiche, wo man effizienter sein muß. Auch die Frage, wie man Presse und Öffentlichkeitsarbeit macht, ist nicht unbedingt eine Frage einer großen Mitgliederbeteiligung. Das was ihr teilweise unter dem Stichwort Demokratisierung und Mitgliederbeteiligung fordert, da habe ich große Skepsis vor.

spw: Wir können das Problem empirisch feststellen auf Parteitag oder erst recht bei den Mandaten, daß insbesondere in den Bereichen, wo die Partei sehr stark ist und wo sehr stark und einseitig das Territorialprinzip sich durchsetzt, einfach untragbare Ergebnisse zustande kommen. Z.B. ist in der SPD-Ratsfraktion in Dortmund kein Mensch unter vierzig. Das hat einfach damit zu tun, daß es mehr Ortsvereine als Ratsmandate gibt und man Ratsvertreter wird als Höhepunkt einer zwanzigjährigen kommunalpolitischen Karriere. Das gilt für Mandate auf anderen Ebenen genauso. Es ist eine Genossin im NRW-Landtag knapp unter 35, und aus ganz NRW ist niemand im JUSO-Alter im Bundestag, weil da immer über die Direktmandate, die geholt werden, dieses einseitige Territorialprinzip zieht.

Blessing: Da ist ein bißchen was dran. Gerade die Stärke NRW's ist auch ein bißchen eine Schwäche. Ich stamme ja aus Baden-Württemberg und war damals auch mitbeteiligt bei der Aufstel-

lung von Landeslisten, da kannst Du natürlich ein Stück weit mehr steuern. Da kannst Du auch dafür sorgen, damals auch ohne Quoten, daß Frauen stärker repräsentiert werden, daß Jugendliche stärker repräsentiert werden oder auch Arbeitnehmer, vielleicht auch Seiteneinsteiger. Aber dort, wo nicht die Landesliste, sondern die Wahlkreis-konferenz entscheidet, dort hast Du immer ein Stück weit das Phänomen, daß derjenige, der am bekanntesten ist, die höchsten Startvorteile hat. Und am bekanntesten sind halt diejenigen, die schon am längsten gearbeitet haben und vielleicht auch entsprechende Funktionen haben, als Oberbürgermeister oder sonst was, die ihnen die Gelegenheit geben, bekannt zu werden.

spw: Das Problem liegt letztlich darin, daß sich immer ein Wahlkreis auf einen Bewerber oder eine Bewerberin einigen muß. Meistens ist es dann ein männlicher Bewerber, der es letztes Mal schon gemacht hat, und der es dann macht bis er in Rente geht. Auch in solchen Regionen, wo die Partei die Wahlkreise holt, muß das Gewicht der Liste gestärkt werden. Man muß über Wahlkreisreformen nachdenken. Unter Frauengesichtspunkten hat es ja schon den Vorschlag gegeben, Wahlkreise zu machen, in denen immer zwei Personen zu wählen sind, und zwar immer ein Mann und eine Frau. Ich könnte mir vorstellen, Regionalwahlkreise zu bilden, in denen jeweils ca. zehn Mandate zu vergeben sind, wo dann jede Partei für eine bestimmte Region so eine Art Liste aufstellt und wo es dann möglich wäre zu quotieren usw... Wir haben z.B. im Landtag in NRW -da spielt die Liste gar keine Rolle- als die Partei mit der Quote die Landtagsfraktion mit dem geringsten Frauenanteil, was ein Ding der Unmöglichkeit ist. Aber jeder Wahlkreis sagt, wir haben nur eine Person, die kann man nicht quotieren, und der Genosse kandidiert wieder, und dann wird er auch mit großen Mehrheiten gewählt. Da braucht man dann gar nicht antreten.

Blessing: Ich kenne das Problem, ich weiß nur nicht, wie Du das lösen sollst. Ich schrecke davor zurück, dies von der lokalen Ebene wegzunehmen. Denn genau darauf würde Dein Vorschlag

hinauslaufen, wenn Du sagst, ein bestimmter Teil von Mandaten wird quasi über die Landesliste vergeben, auch dort wo es direkte Wahlkreise gibt. Das widerspricht meiner Grundeinstellung, daß die höhere Ebene nicht den Leuten vor Ort das vorschreiben soll, was sie eigentlich nicht wollen. Es ist ein schwieriger Prozeß, soweit zu kommen, daß es als Normalzustand angesehen wird, daß dieses eine Mandat, das man zu vergeben hat, auch an eine Frau geht oder an einen JUSO geht.

spw: Ich habe zwei konkrete Vorstellungen. Erstmal, daß wirklich mindestens die Hälfte oder über die Hälfte der Mandate über die Liste vergeben wird ...

Blessing: Ja aber dann greift die zentrale Ebene wieder ein.

spw: Nein, dann gibt es ja die Kombination von Wahlkreisen und Liste, wie jetzt schon beim Bundestag. Nur führt das bisher in NRW dazu, daß auf der Liste die Wahlkreisbewerber abgesichert werden, die ihren Wahlkreis wahrscheinlich nicht holen. Damit gibt es da auch wieder keinen Zugang, anders als z.B. in Baden-Württemberg. Zweitens müßten mehrere Wahlkreise zusammengefaßt werden und gemeinsam ihre KandidatInnen aufstellen. Wieder Dortmund: wir haben sechs Landtagswahlkreise, da kandidieren sechs Männer. Es wäre ja eigentlich kein Problem zu sagen, wir machen einen Unterbezirksparteitag, da werden die Leute aufgestellt, dann sind schon mal wegen Quotierung mindestens zwei Frauen dabei, und dann kann man bei sechs KandidatInnen auch verschiedene Kompetenzen und verschiedene Kriterien berücksichtigen, so daß sich nicht nur immer die Platzhirsche mit 20jährigem Platzvorteil durchsetzen.

Blessing: Das ist aber ein Problem, das ich politisch für lösbar halte. Wenn es dort sechs Landtagswahlkreise gibt, dann liegt es in der Hand der Partei dort, des Unterbezirksparteitages, des Unterbezirksvorstandes, so steuernd einzugreifen, daß hier etwa die Frauenquote bei sechs Wahlkreisen eingehalten werden kann. Daß es da möglicherweise

Friktionen im Übergang gibt, gut, das passiert immer. Aber das müßte ein Unterbezirksvorstand auch beim jetzigen Wahlrecht und beim jetzigen Nominierungsverfahren wirklich hinkommen können. Schwierig ist es in der Tat, wenn Du ländliche Wahlkreise mit jeweils eigenen Unterbezirken hast. Da ist es nicht ganz einfach. Aber bei sechs Landtagswahlkreisen in einer Großstadt müßte das machbar sein.

spw: Ja, es müßte.

Blessing: Ich kenne die Debatten aus meinem Unterbezirk Frankfurt. Da läuft das eben so. Das ist natürlich für den einen oder anderen persönlich sehr hart. Aber wenn ich das richtig im Kopf habe, haben wir das hingekriegt, daß in den Frankfurter Wahlkreisen für die Landtagswahl entsprechend Frauen aufgestellt wurden.

spw: Wobei das auch nur passiert, weil der Druck der Quote im Hintergrund ist, und das Problem besteht, daß dabei jüngere trotzdem runterfallen, wenn es nicht irgendwie über die Liste Möglichkeiten gibt. Es ist hier praktisch die gleiche Lage wie bei der Frauendebatte vor der Quote. Es wird alle paar Jahre etwas Appellatives beschlossen und im Zweifelsfall passiert nichts. Inwieweit siehst Du die Notwendigkeit, auch da beschlußmäßig mehr Druck zu entwickeln?

Blessing: Ich habe da großen Zweifel, ob man dies über Beschlüsse und über bürokratische Regelungen hinkommt. Es sind ja zwei Dinge, die hierbei eine Rolle spielen. Zum einen sind die JUSOS schwächer geworden. Wir müßten damals nicht groß über solche Regelungen diskutieren, wir haben uns schlicht durchgesetzt. Aber das waren andere Zeiten, da war die Zahl der JUSOS auch ungleich größer als heute, und der politische Einfluß noch viel größer. Das andere ist, daß offenbar in den 70er Jahren eine hohe Zahl von jüngeren zur SPD gestoßen ist, also der berühmte Marsch durch die Institutionen einsetzte. Die marschieren halt heute noch. Nur sind sie jetzt nicht mehr 30 sondern 50.

Durch die Frauenquotierung hat sich dieser Generationstrend eher noch stabilisiert. Wenn ich es richtig beobachte, sind es nicht die jungen Frauen, sondern diejenigen, die schon lange in der Partei kämpfen, die jetzt zum Zuge kommen.

spw: Dazu kommt, daß freier werdende Plätze nur von Frauen besetzt werden und das dann auch oft keine jungen Frauen sind. Die Leute sind dann drin in den Mandaten, seit ein oder zwei Perioden, und es wird in der Partei praktisch so gehandhabt, zumindest bei hauptberuflichen Mandaten, daß die Leute das machen, bis sie irgendwo ein anderes Mandat haben oder bis sie über 60 sind. Muß man da nicht auch überlegen, wie man einen gewissen Mechanismus oder Druck entwickeln kann, da stärker zu einer Erneuerung zu kommen? Daß es normaler wird, daß Leute aufhören, obwohl sie noch nicht im Rentenalter sind, daß man auch erleichtert, daß sie eventuell auch gegen ihren Willen abgelöst werden? Das ist zur Zeit fast unmöglich. Die Leute haben Zeit, sich ihre Hausmacht zu sichern.

Blessing: Aber so ist es halt in der Politik. Das kann man denen ja nicht verdenken, daß die ihre Hausmacht sichern. Letztendlich ist es eben doch ein ganz, nicht nur formaldemokratischer, sondern wirklich ein demokratischer Prozeß bei der Aufstellung von Wahlkreis-kandidaten oder der Wahl von Parteivorständen. Das kannst Du nur durch eine Gegenhausmacht auflösen. Die andere Frage ist, ob der lebenslange Politiker sinnvoll ist. Im Grunde genommen müssen wir ganz generell in die Köpfe reinkriegen, daß man nicht ein Leben lang, oder nur in den seltensten Fällen, ein Leben lang Politiker sein kann. Daß man sehr viel stärker wechseln muß zwischen verschiedenen Lebensbereichen. Das ist hier in der Bundesrepublik verdammt unnormal. Das ist in Amerika viel normaler. Der Wechsel zwischen Wirtschaft, Politik, Wissenschaft, Medien, Publizistik ist da eher etwas normales. Bei uns ist das völlig ungewöhnlich. Politiker sein heißt dann, fast ein ganzes Leben lang Politiker zu sein. Wissenschaftler zu sein heißt auch, fast ein ganzes Leben lang Wissenschaftler zu sein und nicht in die Wirtschaft zu gehen oder sonst irgendwo

hin. Ich denke, daß wir uns da insgesamt ändern müssen. Nicht nur die Partei, sondern auch diese Gesellschaft, denn wenn ich in Richtung Binnenmarkt denke, da ist so ein innovativer Wechsel unabdingbar. Aber ich bin gegen eine prinzipielle Festschreibung, man darf nur zwei Legislaturperioden kandidieren. Das ist schwachsinzig. Man hat das ja bei den Grünen gesehen. Es gibt Leute, die wären ein wahnsinniger Verlust, wenn man die zwingen würde, nach zwei Perioden wieder auszuscheiden. Aber daß man dies auch stärker thematisieren müßte in der Partei, da stimme ich überein.

spw: Karlheinz, es gibt einen Parteitagbeschuß zu Verhaltensregeln für FunktionärInnen und MandatsträgerInnen, die aber sehr unbekannt in der Partei und auch relativ unverbindlich sind. Also wir haben bei uns z.B. noch Fälle, wo Leute Bürgermeister und gleichzeitig Bundestagsabgeordnete sind und gleichzeitig im Kreistag und da im Fraktionsvorsitz. Muß man dem nicht eine größere Verbindlichkeit geben? Ich finde es z.B. völlig abwegig, daß jemand mehr als ein Mandat hat.

Blessing: Ich habe eher den Eindruck, daß das abgenommen hat. Einmal weil es auch an die Grenzen von Belastbarkeit geht, und zum anderen, weil es auch die Partei nicht wollte, weil es da nun wirklich einen klaren Trend gegeben hat in Richtung stärkere Verteilung von Mandaten. Wobei ich bei einem Punkt immer etwas Skepsis habe. Es gab ja auch mal bei uns eine Diskussion in der Partei: wer ein Mandat hat, darf nicht gleichzeitig im Vorstand sein. Dagegen halte ich es politisch sogar für ganz sinnvoll, wenn sie auch politische Verantwortung in Vorständen zu tragen haben.

spw: Für uns spitzt sich vieles zu auf die Frage, ob diese einseitige und in großen Städten kleinräumige Territorialstruktur auf die Dauer noch wirklich die beste Form ist für die Organisation der Partei. Du hast in einem Interview in der Taz selbst gesagt, daß man sich in den großen Städten etwas anderes einfallen lassen müßte als nur die bisherigen Ortsvereine. Wir stellen uns das

längerfristig so vor, daß es eine vielfältige und je nach den örtlichen Bedingungen auch differenzierte Organisationsstruktur geben müßte. Wo die Ortsvereine weiter eine zentrale Rolle spielen, aber praktisch den Status dessen haben, was sie tatsächlich auch machen, nämlich kommunalpolitische, wohnortbezogene Arbeit. Aber daß es daneben themenbezogene personengruppenbezogene Arbeitsgemeinschaften oder Arbeitszusammenhänge geben muß, die Sachen leisten, die die Ortsvereine unserer Auffassung nach nicht leisten können. Die dann aber auch tatsächlich Möglichkeiten bieten müssen wie die Ortsvereine, sich einzubringen in die innerparteiliche Willensbildung. Wir haben die Erfahrung gemacht, wenn irgendwo z.B. Umwelt-AGs gemacht werden, daß die Leute, die in der Partei etwas bewegen wollen, da erst gar nicht hingehen, weil die wissen, daß sie da vielleicht Zeit opfern, aber nichts durchsetzen können.

Blessing: Da muß man zwei Sachen unterscheiden. Das eine ist, daß Ortsvereine in der Regel von ihrer Größe her viel zu klein sind, um wirklich relevante, themenbezogene Arbeitskreise einzurichten. Das mag es in einzelnen Fällen geben. Aber wenn ich jetzt an Frankfurt denke, einen Arbeitskreis ökologische Stadtgestaltung und Verkehrspolitik oder Strukturpolitik im Frankfurter Raum, das kann der Ortsverein Sachsenhausen-Ost nicht alleine machen. Das ist schon eine Sache des Unterbezirks, der so eine Arbeitsgruppe einrichten kann. Es gibt auch in der Regel gar keinen Streit darüber, daß wenn ein Unterbezirksparteitag zu diesem Thema stattfindet, daß man den Mitgliedern einer solchen Arbeitsgruppe Rederecht einräumen kann, damit sie sich wirklich voll einbringen können in die Debatte.

Aber, wo ich strikt dagegen bin, ist, dieses wiederum zu formalisieren, ihm einen ortvereinsgleichen Status zuzubilligen. Denn dann habe ich die Segmentierung. Dann gehen die „Dritte-Welt-Leute“ nur noch in den Dritte-Welt-Bereich, die Ökologen nur noch in die Ökologie, die Arbeitnehmer nur noch in den AfA-Bereich und nirgendwo fließt das mehr zusammen. Was ich in dieser SPD immer furchtbar spannend fand, ist, wenn ich da saß als Gewerkschaftssekretär und nebenan saß ein Mensch,

Es ist ein schwieriger Prozeß, soweit zu kommen, daß es als Normalzustand angesehen wird, daß dieses eine Mandat, das man zu vergeben hat, auch an eine Frau geht oder an einen JUSO geht.

der beim ZDF gearbeitet hat, und einer war im Bauamt bei der Stadt, ein dritter hat bei einer Bank oder bei einem Computerunternehmen gearbeitet, eine vierte war Hausfrau. Diese breite Palette von Berufen, von unterschiedlichen Lebenserfahrungen, die zwar manchmal auch zu gegenseitigem Unverständnis führen können, aber in der Regel ungeheuer bunt sind. Auch bei themenbezogener Arbeit. In Kommissionen der Partei fand ich das immer spannend, Leute von ganz unterschiedlicher Herkunft und Sichtweise der Probleme an einem Tisch zu haben. Das macht wirklich die Lebendigkeit der SPD aus. Und wenn ich das nicht mehr habe, dann habe ich wirklich nur noch die Festschreibung einer sowieso schon segmentierten Gesellschaft auch in unserer Partei. Die Partei wird nur noch eine Holding von Interessengruppen, und Politik wird dann nur noch aus der Froschperspektive gemacht.

spw: Die These ist aber, daß die Ortsvereine nicht mehr geeignet sind, die Ebene zu sein, auf der die unterschiedlichen Perspektiven zusammengeführt werden, sondern daß dies eine Etage darüber passieren muß, auf Unterbezirks- oder auf Stadtbezirks- oder Stadtverbandsebene. Um etwas zusammenzuführen, muß erstmal etwas da sein und viele Ortsvereine arbeiten so, daß Leute, die andere und themenbezogene Interes-

sen haben, nicht den Eindruck haben, daß sie sich da einbringen können, und da auch nicht hingehen. Wenn von 'Holding' die Rede ist in vielen Bereichen, ist die Partei dann heutzutage die Holding verschiedener Ortsvereine, die ihr Ortsvereinspezialinteresse im Auge haben und wo es bei Personalauswahl nicht um Qualifikation geht, sondern darum, daß aus jedem Ortsverein einer dabei sein muß.

Blessing: Also, wie sieht denn die Realität aus? Ein Ortsverein ist natürlich gehalten, sich um die Probleme seines Stadtteils zu kümmern. Da unterscheiden sich die Ortsvereine dann jeweils, weil die Probleme unterschiedlich sein können. Manchmal gibt es da auch schöne Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Stadtteilortsvereinen. Die anderen Themen sind in der Regel Themen der großen Politik. Wenn ich mir z.B. den Bremer Parteitag anschau, dann habe ich nicht den Eindruck, daß die Themen der großen Politik in den Ortsvereinen nicht zur Sprache kommen, wenn ich etwa an die Blauhelmdenke denke. Das kann man, jedenfalls so ist meine Erfahrung, in jedem Ortsverein diskutieren. Da ist Interesse da, und da sind in der Regel auch immer Leute da, die diese Themen transportieren. Meine Erfahrung war eigentlich eher, daß von der Themenmischung her die ortsbezogenen Themen eher zu kurz gekommen sind und nicht die große Bundespolitik. Und ein Ortsverein hat in der Regel auf die ortsbezogenen Themen ein bißchen mehr Einfluß als auf die bundespolitischen Themen.

spw: Es fragt sich nur, ob an Themen tatsächlich so gearbeitet wird, daß Leute, die sich dafür interessieren, zufrieden gestellt werden können, und ob es nicht oft effektiver und für die Partei besser wäre, wenn man differenziertere Arbeitsmöglichkeiten schaffen würde. Dazu kommt als regelmäßige Erfahrung gerade auf Neumitgliederseminaren der Jusos: Da sind viele Leute, die sagen, ich war einmal in unsrem Ortsverein, vielleicht auch ein zweites Mal, aber damit kann ich nichts anfangen, das ist ziemlich unerträglich, da gehe ich nicht mehr hin. Auch das ist ein Hintergrund für unsere Forderung nach eigenen Delegiertenmandaten, Antrags-, Vor-

schlagsrechten usw.. Viele GenossInnen, die in ihrer Arbeitsgemeinschaft sinnvolle Arbeit für die SPD leisten, haben keine Chance, sich in die Willensbildung der Partei einzubringen, wenn sie nicht Frust und eine Art Doppelbelastung auf sich nehmen, zusätzlich regelmäßig in den Ortsverein zu gehen.

Blessing: Es gibt einen Punkt, das gestehe ich gerne ein, daß das ein Problem ist. Wenn ein 16jähriger zur SPD stößt, dann kommt er in der Regel zur SPD aufgrund eines Themas, aufgrund eines Ereignisses, aufgrund einer Sache, die ihn berührt. Sei es nun, daß er gegen Neonazismus ist und meint, man muß da etwas tun und in der SPD kann man da etwas dagegen machen, sei es, daß er aus einem friedenspolitischen Engagement oder umweltpolitischen Gründen kommt. Dann kommt er also in den Ortsverein, aufgrund dieses einen Themas, und da wird über Gewerbesteuerhebesätze diskutiert, über Bebauungspläne, über die Erweiterung der Südmohle, und was weiß ich alles. Und dann fragt er, was soll denn das. Sein Thema kommt da überhaupt nicht vor und wenn, dann nur am Rande. Dies ist dann schon ein Punkt, wo er sagt, ich interessiere mich nun mal nicht für Gewerbesteuer und Hebesätze.

spw: Hinzu kommt, daß der Ortsverein nicht Heimat oder so etwas für diese Leute sein kann. Die haben sozialkulturell wenig Bezüge zu den meisten anderen, die da sitzen.

Blessing: Die Frage ist dann, wie löse ich das. Und da haben wir doch schon ein paar Sachen. Das eine ist, dieser junge Mensch kann das, was er an Themen wünscht, eher bei den JUSOS finden. Da unterstelle ich, daß hier auch generatiosbezogenere Themen da sind. Ich habe das damals bei den JUSOS gefunden und weniger in meinem Ortsverein. Deswegen habe ich mich am Anfang auch viel stärker bei den JUSOS engagiert. Das zweite ist, es gibt natürlich die Möglichkeit, daß so jemand in einem AntiFa-Arbeitskreis oder Öko-Arbeitskreis auf Unterbezirksebene mitarbeitet. Es ist ja mittlerweile nicht mehr so, daß wir so wahnsinnig viele Leute haben, wenn wir Arbeitskreise einrichten, selbst auf der Ebene eines Unter-

bezirks, daß man da auf dem Unterbezirksparteitag wählen muß, weil die Nachfrage so groß ist. Da ist man in der Regel dankbar über jeden, der mitarbeitet.

Das dritte ist, in der Tat gehen wir als Ortsvereine, als Partei generell, nicht so mit Neumitgliedern um, daß die wirklich den Eindruck haben, sie haben hier eine Heimat, sie sind gern gesehen, sie sind willkommen. Ich habe das oftmals miterlebt. Wir tun auch wenig in Richtung Neumitgliederinformation oder Schulung. Das könnten in der Tat die Unterbezirke oder in den Stadtstaaten die Landesorganisationen eher machen. Das wollen aber die Ortsvereine nicht unbedingt. Da spielen wieder andere Gründe eine Rolle. Da ist ein Defizit. Mit neuen Mitgliedern müssen wir anders umgehen.

spw: Aber die Frage verkoppelt sich schon mit innerparteilichem Zugang zu Willensbildungsprozessen und Auswahlprozessen. Es ist auch für die Partei eventuell sinnvoller, wenn junge GenossInnen ihren Schwerpunkt auf die JUSO-Arbeit legen und nicht auf die Ortsvereinsarbeit. Die Leute machen dann ja auch oft Arbeit in Schülerinnen- und Schülervertretungen, Studierendenvertretungen, Jugendvertretungen usw. Mit einer ähnlichen Argumentation haben ja die Betriebsgruppen oder die AfA durchgesetzt, daß sie jetzt in Unterbezirken die Möglichkeit haben, eigene Delegierte zu schicken, weil es natürlich keinen Sinn macht oder auch nicht zumutbar ist, von Leuten, die Betriebsräte sind oder sehr stark betrieblich aktiv sind für die Partei, zu erwarten, daß die noch in dem Maße im Ortsverein engagiert sind wie andere. Dasselbe gilt, finde ich, in hohem Maße für die JUSOS auch. Daraus resultiert die Forderung, einen eigenständigen Zugang zu bekommen. Die Betriebsgruppen haben das. Die Frauen haben die Frauenquote. Und ich denke wirklich, daß zur Zeit für die JUSOS die schwierigste Situation besteht und daß wir ohne Regelungen da nicht weiterkommen. Wir versuchen es ja schon lange.

Blessing: Ich warne trotzdem vor solchen Regelungen. Im übrigen sieht man ja, daß das mit den AfA-Betriebsgruppen

auch nicht optimal funktioniert. Selbst wenn sie das Recht haben, heißt das noch lange nicht, daß da die entsprechende politische Power dahinter steckt. Jedenfalls die Statistik, die ich auf dem Parteitag über die Betriebsgruppen gesehen habe, die hat nicht gezeigt, daß dies optimal funktioniert. Aber ich würde die Betriebsgruppen auch nicht mit der Situation von JUSOS vergleichen wollen. Das ist ein bißchen was anderes. Es gibt nun mal Menschen, die kaum eine andere Chance haben, sich politisch zu betätigen als im betrieblichen Umfeld. Daß da eine Öffnung gemacht wurde, halte ich schon für richtig. Das bleibt ja nicht beim Ortsverein stehen. Das geht ja dann weiter, dieses Arbeitsgemeinschaftsprinzip mit Delegierten und Antragsrecht und alles, mit welcher Begründung willst Du das auf Unterbezirksebene, auf Bezirksebene, auf Landes- oder dann auf Bundesebene verhindern? Und zum Schluß ist die Territorialebene weg, und Parteitage stellen dann nur noch eine Versammlung dar von Arbeitsgemeinschaften, Arbeitskreisen ...

haben. Die andere Frage ist, ob da nicht Relationen verschoben werden. Das hat dann aber eher etwas mit der Frage nach der Größe von Vorständen zu tun.

spw: Es gibt, gerade bei den JUSOS, viele, die arbeiten eventuell ein, zwei Jahre mit und sind auch bereit, in einer AG-Funktionen zu übernehmen, bevor sie sich entscheiden, Mitglied der Partei zu werden. Wie stehst Du zu dem Vorschlag, Nichtmitgliedern die Möglichkeit zu geben, arbeitgemeinschaftsinterne Funktionen zu übernehmen?

Blessing: Ich habe ja selber auch so angefangen, erstmal bei den JUSOS zu arbeiten und wollte nicht unbedingt gleich der SPD beitreten. Da war noch so eine Hemmschwelle aus ganz unterschiedlichen Gründen. Aber irgendwann sollte ich dann bei den JUSOS für irgend etwas kandidieren, und dann hieß es, dann mußt du jetzt aber in die Partei eintreten. Es hat mir eigentlich gar nicht geschadet, daß ich dann in die Partei reingegangen bin.

spw: Es ist ja immer nur im Rahmen von 20 Prozent, mehr läßt das Parteiengesetz ja gar nicht zu.

Blessing: Du redest jetzt über geborene Delegierte.

spw: Ja, über solche, die nicht aus Gebietsuntergliederungen gewählt werden, wie die Betriebsorganisationsdelegierten sich auch in diesem Rahmen bewegen. Dies ist auch ein Hintergrund für unsere Forderung nach Abschaffung des Vorstandsstimmrechts, denn dann ist mehr Platz, nämlich diese 20 Prozent. Die kann man sich dann sozusagen teilen zwischen JUSOS und Betriebsgruppen.

Blessing: Das mit der Abschaffung des Vorstandsstimmrechts halte ich auch nicht für in Ordnung. Ich als Delegierter habe immer sehr viel Wert darauf gelegt zu sehen, wo das Vorstandsmitglied, das ich gewählt habe oder wählen möchte, in entscheidenden politischen Fragen steht. Daran habe ich auch oftmals mein Wahlverhalten ausgerichtet, und deswegen möchte ich, daß die Stimmrecht

haben. Die andere Frage ist, ob da nicht Relationen verschoben werden. Das hat dann aber eher etwas mit der Frage nach der Größe von Vorständen zu tun.

spw: Das ist auch unrealistisch. Aber es geht um Leute, die z.B. im Unterbezirk für Schülerin-

nen- und Schülerarbeit zustän-

dig sind und gerade mal 18 sind. Warum sollen die nicht im Vorstand etwas machen können?

Blessing: Darüber läßt sich reden. Die Frage ist immer nur, wo ziehe ich da die Grenze? Wenn ich das formal nicht sauber regle, dann ist eben dieser Fall da, wo der JUSO-Landesvorsitzende nicht Mitglied in der SPD ist. Über diesen Fall kann man mit mir dann nicht mehr diskutieren.

spw: Der Parteitag hat beschlossen, daß die Arbeitsgemeinschaften ein Antragsrecht zu Parteitag bekommen sollen. Es ist zwar nicht ausgezählt worden, aber es war eine sehr breite Mehrheit. Der Parteitag hat außerdem beschlossen, daß es in den Untergliederungen Strukturreformprojekte oder Experimente geben soll, die vom Parteivorstand auch gefördert und ausgewertet werden sollen. Was wird der Parteivorstand tun, um das umzusetzen? Es müßten z.B. die Grundsätze für die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften an verschiedenen Punkten geändert werden. Das ist ein Parteivorstandsbeschluß, und das würde dann zumindest die Möglichkeit bieten, daß Bezirke und Unterbezirke auch vor einer Satzungsänderung auf Bundesebene entsprechende Regelungen beschließen.

Blessing: Zu dem Punkt hat der Parteitag zwei Beschlüsse gefaßt. Das eine ist: Bundeskonferenzen der Facharbeitsgemeinschaften oder kleineren Arbeitsgemeinschaften. Dies ist in der Tat eine Änderung der Richtlinien der Arbeitsgemeinschaften. Das kann der Parteivorstand machen. Dieser Antrag ist zunächst in die organisationspolitische Kommission verwiesen worden, die darüber entsprechend diskutiert und Vorschläge macht. Das andere ist das Antragsrecht der Arbeitsgemeinschaften. Das hat der Parteitag als politische Willensbekundung beschlossen, denn um dies wirklich umzusetzen, bedarf es einer Statutenänderung, die erst beim nächsten Parteitag gemacht werden kann. Auch dieses Thema wird momentan in der organisationspolitischen Kommission diskutiert.

spw

SPD IN SACHSEN-ANHALT

Rep's drohen den Jusos

Anonymer Brief — Tagung findet trotzdem statt

Im Herbst werden es zwei Jahre, zwei Jahre sozialdemokratischer Politik in und für Sachsen-Anhalt: Was ist seitdem nicht alles geschehen; es fällt schwer, dies alles am geistigen Auge vorüberziehen zu lassen. Aufbruchstimmung damals, im Herbst '89, Montagsdemos: „Wir laufen, bis wir Blasen an den Füßen haben!“ Fast alles wurde improvisiert, niemand wußte so recht, wie denn politische Arbeit organisiert wird. Und ständig die Angst vor dem allgegenwärtigen Staatssicherheitsdienst. Langsam erst spielte sich alles ein, doch die Zeit bis zu den ersten freien Wahlen am 18. März verging wie im Flug. Dabei geschah in dieser Zeit soviel: Ein System wurde aufgedeckt und umgekrempelt, demokratische Strukturen aufgebaut. Die SDP/SPD entstand, wuchs und wurde fast erwachsen. Die „Jungen Sozialdemokraten - Sachsen-Anhalt“ wurden als erster ostdeutscher Landesverband im Februar 1990 gegründet. Und im März gabe es schon die erste Landeskonzferenz in Quedlinburg. Die Partei zog erst rund eineinhalb Jahre später nach.

Das Ergebnis der Vorkammerwahl war mit 44.5% für die CDU und 23.7% für die SPD eher typisch in der damaligen Situation; obwohl die SPD mit Marcus Meckel sicher den qualifizierteren Spitzenkandidaten hatte. Zur Landtagswahl sah es zunächst etwas besser aus, doch auch das „Rückspiel“ endete wieder 38.6% zu 26% für die CDU. Die Verluste der CDU konnte die SPD leider nicht ganz für sich ver-

buchen - auch Bündnis '90/Grüne, FDP und PDS mußten Verluste hinnehmen - doch viele BürgerInnen gingen überhaupt nicht zur Wahl: genau 35 Prozent. Das Ergebnis der dann folgenden Bundestagswahlen kommentiert man besser nicht.

Nun ist die Zeit der Wahlen erstmal vorbei; man kann endlich „normale“ politische Arbeit machen. Und die gibt es genug, denn die unfähige Regierung Gies gab der SPD ständig die Möglichkeit, ihre eigenen Vorstellungen in der Öffentlichkeit zu präsentieren und somit der SPD Sachsen-Anhalt ein Profil zu geben. Stasi-Affären nehmen in Sachsen-Anhalts Regierung schier kein Ende, es geht munter weiter nach dem Motto: der nächste bitte! Vom neuen Mann an der Spitze des Landes, Werner Münch, hat Sachsen-Anhalt nicht viel mehr zu erwarten, obwohl er das genaue Gegenteil seines Vorgängers darstellt. Jener ein farbloser und plumper Amateur (Zitat: „Sachsen-Anhalt ist ein hervorragender Industriestandort im Zentrum Europas“), dieser der eiskalte und zynische Bessserwessei und Politprofi, der „der Opposition einen ruhigen Sommer“ wünscht, „damit sie im Herbst genauso ruhig ist wie jetzt“. Ob sein Wunsch in Erfüllung geht bleibt abzu-

warten. Jedenfalls trägt die SPD in Sachsen-Anhalt nunmehr die große Verantwortung dafür, daß das letzte Quentchen Vertrauen, das die Bevölkerung in die Politik noch setzt, erhalten bleibt.

Dafür gibt es gute Voraussetzungen. Die Arbeit der SPD in Sachsen-Anhalt ist neben den bekannten Organisationsstrukturen - Sachsen-Anhalt gliedert sich als bisher einziges Land der FNL in Unterbezirke - in sog. Fachausschüssen organisiert, die eine Kopplung zwischen Partei und Fraktion darstellen.

Die Arbeitsgemeinschaften beginnen aktiv zu werden, besonders die ASF unter Leitung von Ute Fischer sowie die Jusos mit Tilo Kreideweiß als Vorsitzendem. Noch liegt der größte Teil der Arbeit im Parteiaufbau, Seminare zu Themen wie „Organisation der Ortsvereinsarbeit“ sind immer noch sehr gefragt. Die Landtagsfraktion leistet größtenteils die programmatische Arbeit, doch beginnt sich die Partei langsam aus ihrem Schatten zu lösen. Der Landesvorstand beschäftigt sich allmählich mit den tagespolitischen Themen (derzeit vor allem Energiepolitik und Radikalismus) und überläßt das bisher dominierende Thema Organisation der Geschäftsführung. Letzteres wurde auch durch die Kritik der Jusos angeschoben. Die Jusos selbst bereiten sich mit aller Kraft auf die Jugendinitiative im Herbst vor, um die eher wenigen Aktiven in den eigenen Reihen zu stärken.

Mirko Richter, Magdeburg, Landesgeschäftsführer der Jusos Sachsen-Anhalt

Wenn ihr roten Schweine nochmal unsere Versammlung verhindert, dann kommen wir zu Euch!
Rep-Kommando Magdeburg

Mit diesem Drohbrief versuchen die rechtsextremen Republikaner die Jusos einzuschüchtern.

„UND ES BEWEGT SICH DOCH...“

ZUR JUGENDINITIATIVE DER JUSOS IN DEN NEUEN BUNDESLÄNDERN

Die Jugendinitiative, eine im Juso-Verband einhellig beschlossene 'Kampagne' der Jusos in den neuen Bundesländern, trifft auf Begeisterung - vor allem in „Ossi-Land“. Motto: „Und es bewegt sich doch... wenn wir uns einmischen“. Was nun macht die Jugendinitiative eigentlich aus, und was wird sie bewirken können?

Ihre dringende Notwendigkeit ist angesichts der erschreckenden Perspektivlosigkeit Jugendlicher in der Ex-DDR unbestritten. Diese besteht nicht nur aufgrund des wirtschaftlichen Chaos' und der allseits bekannten Massenjugendarbeitslosigkeit. Auch die Wohnungsnot, die teure und öde Freizeitlandschaft und die mangelnden Eingriffsmöglichkeiten führen zu Frust und Resignation. Sie bieten darüber hinaus Nährboden für Gewalt und rechtsextreme bis neofaschistische Tendenzen. Die Organisationsdistanz und -nach den SED-Erfahrungen verständliche - Skepsis gegenüber Parteien ist bei Ost-Jugendlichen offensichtlich noch größer als die im Westen bereits seit einigen Jahren konstatierte. Der Anteil von Mädchen und jungen Frauen bei den Ost Jusos ist noch immer unvorstellbar niedrig; sie liegt in manchen Regionen bei knapp zehn Prozent. Von daher verfolgen die Jusos mit der Jugendini mehrere Zielsetzungen auf einmal:

- „Jugendliche, vor allem Mädchen und junge Frauen erreichen, sie motivieren, sich zu wehren und sich kollektiv für bessere Lebensbedingungen einzusetzen. Ihnen Möglichkeiten aufzuzeigen, dieses

am besten mit und bei den Jusos zu tun, bei uns mitzumachen.

- Die Ost-Jusos durch mehr Mitglieder und organisatorisch stärken, den Ost-Juso-Verband handlungsfähig machen. Das bedeutet auch, die Juso-Frauenarbeit im Ost-Teil des Verbandes zu stärken, mehr junge Frauen für den Verband zu gewinnen, die Frauenpolitik im Ost-Teil des Verbandes zu verbreitern.
- Unsere Forderungen zur Verbesserung der Lebensbedingungen von Jugendlichen und damit auch von jungen Frauen und Mädchen in der Öffentlichkeit verbreiten, bekannt machen, überzeugen. Die Situation kennen wir (fast 50% Arbeitslosigkeit, keine Ausbildungsplätze, Schließung der Kinderkrippen, Abwicklung, § 218, wenige Wohnungen...)“ (so beschlossen auf dem Vorbereitungstreffen zur Jugendinitiative am 7.7.91 in Berlin).

Diese Zielsetzung aufzustellen, ist noch einfach, Erfolge allerdings werden nur schwer zu erreichen sein. Anfangs gab es sehr unterschiedliche Vorstellungen zur inhaltlichen Schwerpunktsetzung. Während die 'Juso-Linke' als inhaltlichen Ausgangspunkt an der Perspektivlosigkeit durch Jugendarbeitslosigkeit und -Ausbildungsplatzmangel, Wohnungsnot und mangelnden Freizeitmöglichkeiten ansetzen wollte, formulierte die Strömung der 'Undogmatischen' als Schwerpunktthemen Ökologie und Gewalt, da dieses angeblich die Jugendlichen in den neuen Ländern intensiv beschäftige. Auf dem ersten Vorbereitungstreffen mit den Ost-Jusos mußten sie sich eines besseren belehren lassen. Die inzwischen gefundene Stoßrichtung: „Es geht um die Lebensperspektive von Jugendlichen und jungen Frauen, also um einen Ausbildungs- und Arbeitsplatz, um Wohnung oder Bude, um Knete und es geht um Freizeitmöglichkeiten sowie um Eingriffsmöglichkeiten für Jugendliche...“ (ebd.) drückt sich im Aufruf der Jusos aus.

Bisher besteht die Initiative aus Öffentlichkeitsarbeit durch Faltblätter, Plakate, Spuckies, Aufkleber, Anzeigen und einen Info-Bus, der durch die Landesreist, sowie aus einer Reihe von Veranstaltungen. Von Seminaren, mehr an die Juso-Basis gerichtet, bis zu Kongressen und fünf gestreuten Theateraufführungen der Roten Grütze. Der neue 'Tag der Einheit', der 3. Okt., ist erster Höhepunkt: ein Politspektakel auf dem Leipziger Marktplatz mit Straßenaktionen in der Stadt. Motto: "Einheit kommt von unten". Zweiter Höhepunkt ist der Ost-West-SchülerInnenkongreß der Jusos in Wolfsburg am 2./ 3. Nov. Es folgen dezentrale Werkstattgespräche und Abendveranstaltungen der neuen Landesverbände in Kooperation mit dem Bundesverband, eine Konferenz gegen Jugendarbeitslosigkeit im Februar als Kooperationsprojekt der Jusos Brandenburg und NRW und schließlich ein - hoffentlich jugendpolitischer - Abschlußkongreß, mit dem die Initiative im März '92 enden wird.

Gemeinsame Forderungen für die Initiative zu finden, war bereits nicht ganz einfach. Neue Probleme erfordern schließlich neue Antworten. So klingen beispielsweise die griffigen und sinnvollen Forderungen

- „Wer nicht ausbildet soll zahlen!“ - für eine Umlagefinanzierung bei Betrieben unter zehn Prozent Ausbildungsplatzanteil oder
- „1.000 DM Mindestsicherung“ - durch BAFÖG, Grundsicherung, Arbeitslosen- und Sozialleistungen

in den Ohren vieler „Ossis“ wie Hohn, denn viele Ost-Betriebe sind bereits pleite und: 1.000 DM ist schon eine höhere Lohn-Kategorie. 600-800 DM Mindestsicherung, das klänge doch schon viel realistischer oder einfach (wie es jetzt heißt): „Bedarfsgerechte Mindestsicherung“, deren Höhe mit den sich irgendwann hoffentlich bessern den Verhältnissen steigen muß. Die



Forderung einer Umlagefinanzierung wurde im Bundesvorstand nun ausgeweitet auf öffentliche Zuschüsse und überbetriebliche Ausbildungsstätten. Forderungen aber sind unabdingbar bei dem Anspruch, Jugendlichen Mut zu machen, um Verbesserungen durchzusetzen, sich für eben solche Forderungen zu engagieren! Ein Sofortprogramm für Schule, Jugend und Kultur, das von den Bundes-Jugend- und SchülerInnenkommissionen der Jusos erarbeitet und beschlossen wurde, steht daher zur dringenden Diskussion im Juso-Verband an. Es enthält Positionen zur Gesamtschule anstelle des in fast allen neuen Ländern - bis auf Brandenburg - übernommenen zwei- bis dreigliedrigem Schulsystem sowie zu Stasi-LehrerInnen, Maßnahmen für ein Recht auf Arbeit und Ausbildung und eine Ausbildungsplatz-Quotierung für Mädchen. Da dieses Sofortprogramm zunächst von Sitzung zu Sitzung im Bundesvorstand verschoben wurde, konnte es erst im September im Bundesausschuß diskutiert werden. Das Sofortprogramm ist unverzichtbar, wollen die Jusos nicht als Verband dastehen, der nur hohle Phrasen zu bieten hat.

Nicht zu unterschätzende Schwierigkeiten bei der Umsetzung der Jugendini liegen im technisch-organisatorischen Bereich begründet. Da ist zum einen das Juso-Bundesbüro, das nach wie vor Wochen und Monate braucht, um Materialien oder Einladungen zu verschicken - von politischer Veranstaltungsorganisation ganz zu schweigen. Da ist zum anderen eine im Jugendbereich ziemlich geizige Partei, die bei Zuschüssen zur Jugendini um jede DM feilscht. Und da ist nicht zuletzt ein Juso-Verband Ost, der kaum über organisatorische Infrastruktur verfügt. Von durchgehender 'Basis' über SPD-Unterstützungen bis hin zu Telefonmöglichkeiten innerhalb der Ost-Jusos fehlt alles, was zur 'Kampagnefähigkeit' nötig ist. Ein weiterer Fehler liegt darin, daß bisher keine bündnispolitischen Gespräche mit anderen Jugendverbänden oder der DGB-Jugend stattgefunden haben. Erst jetzt, während die Initiative läuft, stehen solche Gespräche - zaghaft vereinbart - an. Das ist um so ärgerlicher, da die DGB-Jugend eine ähnliche Ost-Kampagne mit einem eigenen Jugend-Forderungsprogramm in Angriff genommen hat.

Trotz all der Schwierigkeiten sind die Jusos - und zwar alle Strömungen und Teile des Verbandes - zum Erfolg der Jugendinitiative verpflichtet. Ein Flop der Jugendini würde nicht nur den Verband in den Augen von Partei und Öffentlichkeit in weitergehende Bedeutungslosigkeit bringen, sondern auch zu einer maroden Struktur der Ost-Jusos auf Dauer führen - ein lähmender Faktor für den Gesamtverband. Ohne unangebrachte Illusionen in die Jugendini zu setzen, ist daher eine öffentliche Wirkung und dadurch eine innerverbandliche Motivation in den neuen Ländern das mindeste, was sie zu leisten hat. Diese Jugendini könnte außerdem den positiven Nebeneffekt haben, den durch die zunehmend inkarierten Fraktions- und Büro-Reibereien ermatteten Juso-Verband durch ihre Herausforderung wachzukitzeln.

Cathi Hoffmann,
München,
Claudia Walther,
Aachen,
beide stv. Juso-Bundesvorsitzende

Ingo Arend

Bilder einer neuen Utopie

Erneuerungspolitische Gedanken zum 70. Geburtstag Joseph Beuys'

Die Feldgottesdienste zur siebzigsten Wiederkehr Joseph Beuys' Geburtstages konfrontieren viele Künstler mit der Erfahrung, daß eine Ära künstlerisch inspirierten Umbruchs, in der sich mancher gerade noch selbst aktiv wähnte, historisch geworden ist. Der Aufbruch der siebziger blieb stecken. Die Revolution fand nicht statt, der Kunstmarkt wurde nicht unterlaufen, stattdessen die Antikunst vom Markt geschluckt. Die kritische Kunst, wenn es sie denn überhaupt noch gibt, arbeitet heute wie mit Schalldämpfer. Ihre fast geräuschlos abgefeuerten Geschosse fangen sich in der Watte der gnadenlosen Akzeptanz des Kunstmarktes. Die explodierende Zahl von Vernissagen, Kunstmärkten und Kunsttempeln vereinnahmt noch die revolutionärste Grimasse mit diskreter Kultiviertheit, schmückt sich noch immer gerne selbstinszenatorisch mit dem Unverstandenen und Ungelebten. So wächst neuerlich ein Unbehagen der Kunst über ihre windstille Nischenexistenz und ihre - durch den Preissturz in den USA im vergangenen Jahr nur mühsam gebremste - Überkommerzialisierung. Ebenso die Unlust über die Rollenzuweisung als Schmiermittel für sich separierende gesellschaftliche Diskurse und als lebendiger Appetithappen kommunaler Standortpolitik. Spätestens seit der Kontroverse um die Kunst aus der ehemaligen DDR schwelt sie jetzt erneut - die Debatte um die gesellschaftliche Rolle der Kunst. Die 68er Avantgarde definierte Kunst als tätige Organisation des politischen Kampfes. Aber viel von dem sozialökologischen Änderungsprozeß, den Beuys

gewollt, aber mit der Kunst nicht erreicht hat, ist erst durch neue soziale Bewegungen schrittweise initiiert worden, nachdem sich die Kunst nach soviel Aufbruch Mitte der siebziger Jahre schon wieder auf die „individuellen Mythologien“ (documenta V, 1972) zurückgezogen hatte.

1968 war der Bildersturm angesagt: Die Kunst war, als Abbild der Inflation von Blaupausen einer neuen Gesellschaft, analytische Proposition. Bei der prinzipienfesten Linken herrschte die Vorliebe für ein konzeptionell-konstruktivistisches Kunstverständnis ala Lissitzky vor; sie stand der kleinbürgerlichen Kultur- und Kunstabwehr in nichts nach mit ihrer Mischung aus Berührungsscheu und Naserümpfen über die beunruhigend pluralistische und subjektive Kunst, deren glitschiges Terrain sie fürchtete.

Demokratische Kreativität

Gründe für einen neuen kritischen Aufbruch der Kunst heute gäbe es genug in dieser Zeit epochalen historischen Umbruchs. Jetzt, wo unsere Gesellschaftsform alternativlos ihren keineswegs aus dem Weg geräumten sozialen und ökologischen Widersprüchen ausgeliefert ist, wäre, um einen Begriff ihrer radikalen Zivilisierung zu gewinnen, ein Höchstmaß an Einsatz desjenigen gesellschaftlichen Kapitals nötig, das nach Beuys die dafür notwendige demokratische Kreativität ermöglicht - der Kunst. Freilich ließe sich eine Kunst tot, die sich nur noch als sozialer Prozeß oder gar als kollektiver Agitator verstünde, der sich bedingungslos an ein historisches Subjekt zu ketten hätte. Käme es in Zukunft nicht vielmehr auf das Zusammenspiel von sozialer Bewegung und künstlerischer demokratischer Kreativität an, in dem sich die Kunst als unabhängige ästhetische Sonde eines erneuerten, widerständigen gesellschaftlichen Ensembles von Arbeit, Wissenschaft und Kultur versteht?

Die Verwirklichung einer gesellschaftlichen Utopie ist nur denkbar als ein Akt der ganzen Gesellschaft. Die Kunst darf nicht mit einer konstruktivistischen Übererwartung überfordert werden, die zu meist nur die Ohnmachtsprojektion der sozialen Subjekte spiegelt. Eignet sie sich nicht vielmehr dazu, mit der Vorgabe eines alternativen Bildes eine dialektische Spannung in die Gesellschaft

einzubauen, die einen Prozeß hin zur Veränderung bewirkt? Nicht sie selbst wird Robert Filliou's 1973 nur schriftlich fixierte herrschaftsfreie „Republique geniale“ durchsetzen. Ein neuer kritischer Aufbruch könnte heißen, diese Alternative als utopisches Bild in einem mehr als zufälligen Lernprozeß von Ästhetik und Demokratie bereitzustellen. Die neue Avantgarderolle der Kunst manifestierte sich dann in der ästhetischen Radikalität des neuen Utopiehorizonts. „Fassen wir doch die Kunst als etwas Zukünftiges auf“, sagte Felix Droese 1991, zwar „gibt es nicht das Bild für die Zukunft, aber es gibt Bilder, die fragen nach dem, was fehlt. Die freilich brauchen den Partner, der sie aufnehmen kann“ (in: Art Nr. 6/ Juni 1991).

Aufbruch

Mit dieser Forderung nach einem intensiven, erneuerten Dialog Kunst-Gesellschaft schließt sich der Kreis zu den Jahren des Aufbruchs. Beuys' Honigpumpe, energistisches Symbol für einen Nährstoffkreislauf zwischen Lebens- bzw. Arbeitsort und der Kunst, ist nun zwar skulpturales Relikt einer abgeschlossenen Epoche. Das Desiderat des Austauschs bleibt richtig. Der Blick zurück auf „68“-folgende zeigt, worin die Bedeutung des Aufbruchs dieser Tage lag: Er gibt mit den Begriffen „soziale Plastik“ und dem „erweiterten Kunstbegriff“ als Aufgabe der Kunst einen ständig neu an den jeweiligen gesellschaftlichen und historischen Umständen umzusetzenden sozialen Bezuges vor.

In diese neuen Veränderungspotentiale könnte die Kunst vor allem ihre sinnliche Kraft einbringen. In einer Zeit, in der alles auf der Suche nach dem subjektiven Faktor ist, tickt in den Museen eine Zeitbombe der Sinne und bislang vernachlässigter subjektiver Erfahrungen: Die Erfahrung des Körpers, der Erinnerung und des menschlichen Umrisses, sinnlich wahrnehmbare Kämpfe zwischen realer Entfremdung und der Vision einer Humanität. Die Kunst der ehemaligen DDR hat widrigen gesellschaftlichen Umständen ein Bild der Emanzipation des Individuums abgerufen. Dem wäre bei der Suche nach einem neuen Verhältnis zwischen individueller und gemeinschaftlicher Identität und Gestaltung einiges abzugewinnen. Viele



KünstlerInnen haben ein neues Verständnis von Arbeits- und Lebenszeit, ein neues Bild der Natur, der Geschlechterbeziehungen vorgedacht. Nancy Spero, künstlerisch in der amerikanischen Frauen- und Friedensbewegung gewachsen, malt Bilder vom aufrechten Gang der befreiten Frau, setzt den Zusammenhang zwischen Militär und Patriarchat ins Bild. Felix Droese beantwortete bereits auf der Biennale 1988 die Frage nach einer neuen deutschen Rolle in der Welt mit dem Entwurf eines Hauses der Waffenlosigkeit. Gerhard Richter hat mit seinem Zyklus zum RAF-Terrorismus das stetig wiederkehrende deutsche Trauma unbewältigter Trauerarbeit und das Scheitern eines Stückes Gesellschaftsveränderung gezeichnet, das uns noch lange beschäftigen wird. Der utopische Überschuss der Kunst existiert also.

Ästhetik und Wahrheit

Die „68“ er legten sich bei der Entfaltung dieser emanzipativen Potenzen mit einem monolithischen Systembegriff selbst Steine in den Weg. Die „große Weigerung“ verlangte den Rückzug aus Museen und Kunstmärkten, Reduktion auf die angenommene anarchische Sprengkraft einer von den Spuren jeder Herrschaft, aber damit auch von subjektiven Empfindungen, getilgten minimalistischen Form. Der Blick auf die aktuellen Verwertungsbedingungen der Kunst unterstreicht die ungebrochene Notwendigkeit harter Kritik an Kunstmarkt und Kunstbetrieb. Und wie kein anderer gesellschaftlicher Bereich ist die Kunst nebst der Philosophie von dem tödlichen Eindringen von allerlei Unsinn und Belanglosigkeiten bedroht, wo sich oft genug Substanzlosigkeit mit Ironie oder Pseudotiefe verkleidet. Vielleicht gibt es deshalb noch immer ein Unbehagen über Ästhetik als Mittel der Wahrheitsfindung. Der Kunstbetrieb, die durch die Losung „Kultur für alle“ in zwei Jahrzehnten entstandene kulturelle Öffentlichkeit, ermöglicht aber auch Freiräume. Ließe sich der utopische Überschuss der Kunst und der Ästhetik nicht mit neuen Vermittlungsformen, mit einer intensiven Befragung, aus gesellschaftlichem wie linkem Erneuerungsinteresse heraus, nicht aus seiner luxuriösen Narkose in Museen, Kunsthallen und Festsälen befreien? Vielleicht lernen wir so endlich, in Konzepten und in Bildern einer anderen Befreiung zu denken?

Jürgen Neitzel,
Gregor Ziese, Felix Welti

Whither India?

Zur gleichen Zeit als H.M. Enzensberger in seinem symptomatischen „Spiegel“-Essay die Menschen des indischen Subkontinents ausdrücklich in die Liste der potentiellen Menschheitsfeinde aufnahm, beschäftigte der Golfkrieg auch die indische Innenpolitik. Auf Druck der größtenteils US-feindlichen, teilweise sogar trotzig Irak-freundlichen öffentlichen Meinung und der damals noch oppositionellen Kongreß-Partei, mußte der damalige Premier Chandra Shekhar die Auftankgenehmigung für die von der US-Base Diego Garcia im Indischen Ozean kommenden Bomber widerrufen. War dies zumindest ein schwacher Widerhall der einst globalen Hoffnungen weckenden Politik Nehrus, als Indien eine Sprecherin der Blockfreien war, so blieben weitere Bemühungen Indiens in der Golfkrise um Vermittlung und Gehör vergeblich. Daß quasi „nebenbei“ durch die zwangsweise Heimkehr vieler Golf-Gastarbeiter Indiens Devisenproblem verschärft und neue soziale Probleme geschaffen wurden, verstärkt nur den Eindruck der Hilflosigkeit.

Die indische „Bombe“

Mit dem Bedeutungsverlust der Blockfreien und ihrer Möglichkeit, mit der Sowjetunion als globaler Gegenmacht zu kooperieren, wuchs auch für die politischen Kräfte Indiens die Frage einer neuen Einordnung in den internationalen Kontext. Die herrschende Rhetorik ist oft antiimperialistisch, die Praxis zeigt den Anspruch einer südasiatischen Regionalmacht mit stetig wachsenden Rüstungsausgaben und dem Versuch, Interventionsmacht aufzubauen und auch

Jürgen Neitzel und Gregor Ziese,
Stud.d.Politologie, Berlin, Felix Welti,
Großhansdorf

einzusetzen (zuletzt, recht erfolglos, in Sri Lanka). Daneben hat der Golfkrieg die Diskussion um die indische Atomrüstung neu belebt; die Stimmen derer wurden vernehmlicher, die die „Bombe“ zur Abschreckung Chinas und Pakistans und - in einer militarisierten Welt - als einzig akzeptiertes Zeichen von Souveränität fordern. Programmatisch fordert dies insbesondere die hindunationalistische BJP. Gerade angesichts deren betont moslem-feindlicher Rhetorik und dem seit 1947 schwelenden, immer wieder blutig eskalierenden Konflikt zwischen dem säkularen, mehrheitlich von Hindus bewohnten Indien und dem Moslem-Staat Pakistan, ist jede neue Eskalationsstufe in ihrem Wert für einen Vorgang, der Sorge bereiten muß. Neuere Stimmen in Washington oder Bonn wollen das bisher hofierte Regime Pakistans kurz vor seiner Atomwaffenfähigkeit fallen lassen und Indien als regionale Ordnungsmacht stärken. Dies ist aber weniger besserer Einsicht oder einer konsequenten Politik für Frieden und Demokratie geschuldet als der geschwundenen strategischen Bedeutung Pakistans, nachdem der Afghanistan-Konflikt niedriger gekocht wird.

Verluste für die Kongress-Partei

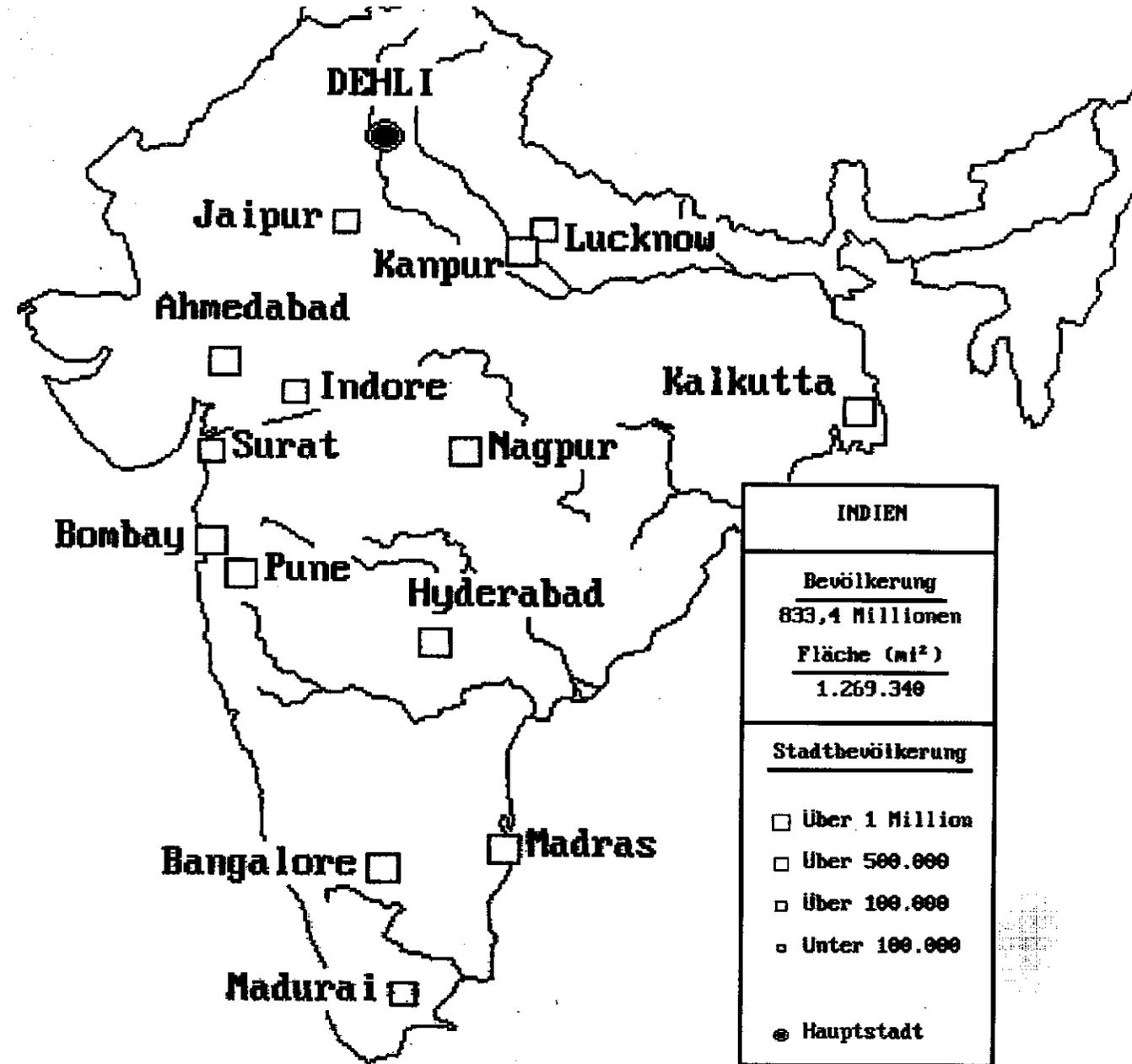
Doch nicht nur in der äußeren, auch in der internen Politik Indiens müssen die verschiedenen Kräfte neu zu sich finden. Auch nach den 10. Wahlen zur Lok Sabha, dem indischen Parlament, die am 20.5. und dann - nach dem Attentat auf Rajiv Gandhi verschoben - am 12. und 15. Juni stattfanden (gleichzeitig mit Landtagswahlen in einigen wichtigen Unionsstaaten), sind die inneren Verhältnisse ungewiß.

Die stärkste Fraktion stellt mit 224 Sitzen die Kongreß-Partei, die damit aber das Ziel einer absoluten Mehrheit verfehlt hat. Ihr 70-jähriger neuer Präsident Narashima Rao ist als Premierminister einer Minderheitsregierung darauf angewiesen, mit Hilfe von Janata Dal oder Kommunisten Mehrheiten zu finden. Obwohl die „sympathy wave“ nach dem Attentat auf Rajiv Gandhi als ein wahlentscheidender Faktor gelten kann - neben regional sehr unterschiedlichen Wahlkampfthemen und der Unzufriedenheit vieler Wählerinnen und Wähler

mit den jeweils in den einzelnen Unionsstaaten dominierenden Parteien -, ist der Stimmenanteil des Congress gegenüber den letzten Wahlen 1989 von 39,5 % auf 35 % zurückgegangen. Die parlamentarische Stärke ist also vor allem dem Mehrheitswahlrecht und der Zerstrittenheit der anderen politischen Kräfte geschuldet - deren Anti-Congress-Bündnis von 1989, das alle Kräfte von

Der Golfkrieg hat die Diskussion um die indische Atomrüstung neu belebt

BJP bis Kommunisten vereint hatte, freilich nicht wiederholbar war. Relativ starken Gewinnen im Süden der Indischen Union standen erdrutschartige Verluste in den nördlichen Bundesstaaten Bihar und Uttar Pradesh gegenüber. Im 140-Millionen-Staat Uttar Pradesh erreichte der Congress noch 19 % (1989: 32%). Die Congress-Partei, hervorgegangen aus dem Indian National Congress Jawaharlal Nehrus und Mahatma Gandhis und bis zur Ermordung Rajiv Gandhis fast ununterbrochen durch die Nehru-Familie geführt, hat nicht nur ihre Fähigkeit, absolute Mehrheiten zu erringen, wohl nachhaltig eingebüßt. Sie befindet sich darüberhinaus in einer programmatischen und personellen Krise, entbehrt weitgehend innerparteilicher Demokratie und Innovation und hat vor allem den Kontakt mit den politischen Basisbewegungen des Landes, in denen gandhianische Gedanken eine große Rolle spielen, weitgehend eingebüßt. Als „Partei der Stabilität“ wird sie von den Wohlhabenderen und in den westlichen Industriestaaten geschätzt. Ob aber jenseits hohler Rhetorik und der Berufung auf den Geist Nehrus eine Erneuerung möglich ist - und gegebenenfalls durch die Zusammenarbeit mit



den Linksparteien gefördert wird - muß mit Skepsis abgewartet werden.

Die Opposition

Stärkste Oppositionskraft ist nun die Bharatiya Janata Party (BJP), die sich von 86 auf 119 Sitze steigern konnte und ihren Stimmenanteil sogar mehr als verdoppelte, wobei sie auch erstmalig in allen Landesteilen, auch im Süden, Fuß faßte. Im einwohnerstärksten Bundesstaat Uttar Pradesh im Norden Indiens konnte sie sogar mehr als die Hälfte der Lok Sabha-Mandate gewinnen und erstmalig die Landesregierung übernehmen. Eine Ursache dafür ist sicher die „Ayodhya Issue“: In Uttar Pradesh liegt auch die Kleinstadt Ayodhya, in der

den militanten Hindu-Organisationen mit voller Unterstützung der BJP eine im 16. Jahrhundert nach den Invasionen moslemischer Herrscher errichtete Moschee, Babri Masjid, schleifen wollen. Ayodhya gilt als Geburtsort Rams, einer wichtigen Hindu-Gottheit und die Moschee soll einem Ram-Tempel weichen. Nachdem der Vishwa Hindu Parishad (VHP; Welthindurat) den Konflikt 1984 neu entfacht hatte, sprangen die BJP und ihre militante Schwesterorganisation 1989 voll auf diese Thema auf und machten es zu einem Schwerpunkt ihrer Agitation. Nachdem der BJP-Vorsitzende Advani im November 1990 nach blutigen Zusammenstößen in Ayodhya verhaftet worden war, beendete die BJP die Tolerierung der Janata Dal-Minderheitsregierung von V.P.Singh.

Der Hinduismus der BJP

Die RSS war schon von Nehru als faschistisch bezeichnet worden: aus ihren Reihen kam der Mörder Mahatma Gandhis. Mit straffer Partei- und paramilitärischer Organisation, teilweise unter Indienstnahme religiös geachteter „Sadhus“ (heiliger Männer), konnten RSS und BJP in den achtziger Jahren in dem von der Kongreß-Partei, aber auch von den schwachen Alternativen enttäuschten, durch Modernisierung und Armut gebeutelten Indien viel Boden gewinnen. Ihr Programm rüttelt am Selbstverständnis Indiens als eines „säkularen“ (die Präambel zur Verfassung nennt außerdem: demokratischen und sozialistischen) Staates, in dem religiöse Minderheiten - wie die 100 Millionen

Moslems - Sicherheit und staatlichen Schutz genießen. Mit der Rhetorik vom „positiven Säkularismus“ („India is secular, because it is predominantly Hindu“, sagt Advani) versucht die BJP faktisch, Indien zum Hindu-Staat umzuwerten. In Kombination mit der von BJP/RSS geschürten Gewalt und dem Programm äußerer Stärke und wirtschaftlicher Liberalisierung ergibt dies eine gefährliche Mischung. Neben den allgemein Enttäuschten spricht die BJP natürlich insbesondere die an, die ihre Interessen im Hinduismus und seinem Kastensystem gut aufgehoben sehen, das über Jahrtausende in Indien Herrschaft stabilisierte und soziale Dynamik auf ein sehr geringes Maß reduzierte. So kann auch der Hinduismus neben seiner bekannten assimilierenden Toleranz und Vielfalt ein intolerantes, fundamentalistisches Gesicht hervorbringen, wenn die historische Situation entsprechend ist. Da erscheint der Übertritt von Kastenlosen zum Islam oder Christentum - der immer wieder vorkommt - als Bedrohung, der Kommunismus sowieso. Allerdings hat die BJP dort, wo sie bereits Landesregierungen stellt, insbesondere in Madhya Pradesh, deutliche Stimmenverluste hinnehmen müssen: ein Zeichen erster Enttäuschung. Eindeutige Verliererin der Wahl ist die Janata Dal unter Führung des ehemaligen Premiers V.P. Singh. Ihr Versuch, den sozialen Wandel zu steuern, indem die verfassungsmäßigen Quoten im öffentlichen Dienst - Indiens größtem Arbeitgeber - und im Ausbildungswesen, die bislang für Kastenlose und Stammesangehörige („Scheduled Casts/Scheduled Tribes“) 22,5% betragen und weitere 27% für „Other Backward Casts“ erweitert werden sollten, muß als gescheitert angesehen werden. Dem 1990 nahezu handstreichartig lancierten Vorschlag fehlte wohl eine soziale Durchsetzungsstrategie. Dazu kommt, daß die sozialen Bruchlinien mittlerweile oft durch die alten Kastengrenzen hindurchgehen, außerdem dem Quoten-Plan vorgeworfen wurde, die Kastenstruktur nur zu zementieren. Die Janata Dal, eine in lockerer Verbindung zur Sozialistischen Internationale stehende Partei, verlor 2/3 ihrer Mandate ihr Stimmenanteil reduzierte sich von 17,8 auf 12 Prozent. Die Bilanz der beiden kommunistischen Parteien (CPI/M - „China-orientiert“ - und die kleinere CPI - „Moskau-orientiert“) ist ambivalent. Von Bedeutung ist

der Verlust der Landesregierung im südindischen Kerala, dem Staat, der mit über 70 Prozent einsamer Spitzenreiter in der Alphabetisierung unter Indiens Bundesstaaten ist. Allerdings liegt dem lediglich ein Stimmenrückgang von ca. 3% zugrunde, der Ausschlag in Richtung Congress ist mit der „sympathy wave“ erklärbar. In West Bengal behauptete die Left Front ihre Position und errang allein 30 ihrer jetzt 47 (statt 45) Sitze auf Unionsebene sowie erneut eine Zweidrittelmehrheit im Landesparlament.

Politische Basisbewegungen

Viele politische Basisbewegungen im Land halten sich bewußt fern von allen politischen Parteien und staatlicher Politik und versuchen, in lokalen Initiativen Demokratie und eine Sicherung sozialer und ökologischer Lebensgrundlagen durchzusetzen; so die bekanntgewordenen Bewegungen gegen riesige Staudammprojekte, die Chipko-Bewegung zum Schutz der verbliebenen Wälder oder die „Sangams“ auf Dorfebene. Sie arbeiten oft sehr konsequent aus Sicht der Frauen und sozial Schwächeren, die bei der Modernisierung der letzten Jahrzehnte weit mehr Verliererinnen gewesen sind, als sie Chancen zum selbstbestimmten Wandel der Verhältnisse hatten. Trotz ihrer meist lokalen Begrenztheit und geringen materiellen Möglichkeiten verfügen diese Initiativen über eine recht starke Vernetzung. Während zwischen diesem Teil der indischen politischen Praxis und Theoriebildung (vgl. z.B. Vandana Shiva, Maria Mies) und dem eher alternativ orientierten Teil der westlichen Linken ein Austausch besteht, vernachlässigt die Sozialdemokratie es sträflich, in Ländern wie Indien nach Partnern für eine neue, global orientierte Friedens-, Umwelt- und Entwicklungspolitik zu suchen. Wäre dieses Einmauern in Europa bei Ansicht der Wirtschaftsdaten und mit dem genügenden Zynismus mit den Programmen der Siebziger noch „vertretbar“: Vor dem Hintergrund des Berliner Programms ist es das nicht mehr.

Ethnisch-religiöse Radikalisierung

In der etablierten Politik Indiens selbst gibt die gegenwärtige Lage Anlaß zu

der Einschätzung, daß es noch um einiges schlimmer werden kann. Die Congress-Minderheitsregierung - mit der oben skizzierten zweifelhaften Handlungsfähigkeit - steht enormen Schwierigkeiten gegenüber: Die Auslandsschulden sind mit 76 Milliarden US-\$ die größten Asiens, das Land steht kurz vor der Zahlungsunfähigkeit. Premier Rao muß als erstes mit dem IWF verhandeln und beabsichtigt, das Haushaltsdefizit von 7% des BIP 1991 drastisch zu verringern. Schon in den achtziger Jahren haben kräftige nominelle Wachstumsraten vor allem die sozialen Gräben vertieft. Wenn jetzt die zu erwartende weitere Verschlechterung, die Folgen der angekündigten Deregulierung und des Abbaus von Subventionen und Krediten, nicht von einer Linken mit politischen Alternativen aufgegriffen wird, steht zu befürchten, daß nicht nur die BJP, sondern auch andere Gruppen an Boden gewinnen, die soziale Unzufriedenheit mit ethnisch-religiösen Spannungen verbinden. So kämpfen Gruppen von Sikhs (eine moslemisch-hinduistische Reformsekte; diese stellt die Bevölkerungsmehrheit im relativ wohlhabenden Punjab) um Unabhängigkeit, in Assam und Maharashtra wird gegen Einwanderer aus anderen Teilen Indiens Stimmung gemacht. Und das mehrheitlich moslemische Kashmir, seit 1947 zwischen Indien und Pakistan geteilt, bleibt ein Spannungsfaktor von Weltbedeutung. Mehr durch Zugeständnisse als durch Festigkeit hat die Indische Union seit 1947 ihre staatliche Einheit wahren können. Allein aufgrund der Größe Indiens und der Unterschiedlichkeit seiner Regionen erscheint eine weitere Dezentralisierung durchaus nicht abwegig zu sein. Voraussetzung dafür, daß rational begründbare Maßnahmen hier noch greifen, ist allerdings ein rascher Schub von Innovationen und Reformvorschlägen in der indischen Politik, der die Menschen und ihre Eigeninitiative und Bewegung mobilisiert, statt sie mit haltlosen Versprechungen aufs Neue zu enttäuschen. Hierzu wäre wohl ein neuer Aufbruch der Basisbewegungen in die staatliche Politik nötig - mit einem globalen Horizont, an dem stärkere Freunde auch in den Industrieländern wichtig wären.

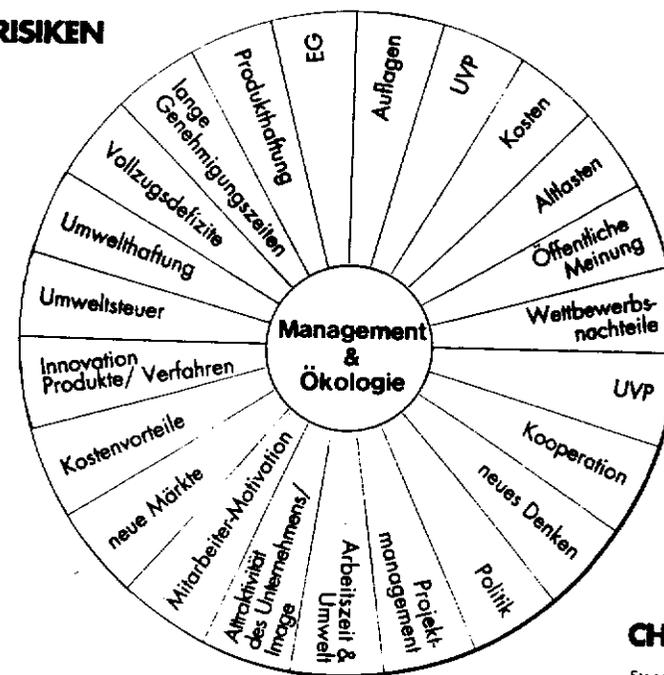
spw

Andreas Bach

Ökologische Unternehmenspolitik!?

MANAGEMENT UND ÖKOLOGIE

RISIKEN



CHANCEN

Stand Nov '88/KG

Unter diesem Schlagwort finden sich in den einschlägigen Organen der Arbeitgeber in den letzten Monaten zahlreiche Artikel. Jeden Monat erscheint ein neues Buch unter dem Obertitel „Ökologisch produzieren“. Immer mehr Unternehmen werden Mitglied in ökologischen Unternehmerverbänden¹. Die Sensibilität vieler Manager/innen in Umweltfragen ist in letzter Zeit deutlich gewachsen. Die Realitäten im Sinne einer ökologischen Produktion haben sie jedoch kaum verändert. Produktionsumstellungen im Interesse der Umwelt sind nach wie vor die Ausnahme. Schon häufiger werden bestimmte Teilbereiche z.B. der Verpackungssektor² umgestellt, um Produkte mit Hilfe eines Umwelt-

Andreas Bach, Dipl. Ökonom und Geschäftsführer des spw-Verlages, Dortmund

marketings besser absetzen zu können. In der Regel geht die Industrie in ihren Umweltschritten jedoch selten über die gesetzlichen Regelungen hinaus. Das Ergebnis ist eine „End-of-Pipe-Technologie“, die Schadstoffe und Emissionen nicht vermeidet, sondern nur verlagert. Ziel muß es jedoch sein, die vorhandenen Produktionsanlagen zu verbessern, aber auch neue energiesparende, emissionsarme Technologien für die Produktion von morgen zu entwickeln. Der Gesichtspunkt der Umweltverträglichkeit der Produktion und der Produkte muß bei zukünftigen Investitionsentscheidungen ein bedeutsames Kriterium werden. Bisher ist ein solcher integrierter Umweltschutz in den Betrieben die Ausnahme. Dafür gibt es verschiedene Gründe.

Die ökologische Dimension spielt in der Betriebswirtschaftslehre - wie sie auch

heute noch gelehrt und angewendet wird - keine Rolle. Dies ist auch nicht verwunderlich, da der BWL-Ansatz nur die Kostenseite im engeren Sinne berücksichtigt. Bei einer umfassenden Betrachtung des Problems wird deutlich, daß Umweltverschmutzung nicht nur volkswirtschaftliche Kosten verursacht, sondern auch betrieblicher Kostenverursacher ist und damit betriebswirtschaftlich relevante Fragestellungen aufgeworfen werden. Die traditionelle BWL betrachtet diesen Faktor nicht, da Rohstoffe für Energie, Betriebs- und Arbeitsmittel falsch bewertet werden. Die tatsächliche Knappheit der Rohstoffe (dies gilt in der Regel für alle Rohstoffe) findet im jeweiligen Weltmarktpreis keinen Ausdruck. Der Weltmarktpreis ist viel zu niedrig, was dazu führt, daß die Rohstoffe in ihrer jetzigen verschwenderischen Menge weiter eingesetzt werden und Substitutions- oder rohstoffsparende Prozesse nicht vorangetrieben werden. Auch die sogenannten freien Güter, wie Luft, Wasser und Erde, haben in der betrieblichen Praxis und auch in der Theorie der BWL keinen Preis, so daß das Abkippen von Abfällen immer noch eine kostengünstige Angelegenheit ist. Zwar bestehen inzwischen in der BRD viele Schutzvorschriften, wie z.B. die TA-Luft (Technische Anleitung Luft), die gerade die Emissionen senken soll. Jedoch werden diese Schutzvorschriften in ihren Grenzwerten so angelegt, daß sie technisch ohne weiteres realisiert werden können, ohne grundlegende Umstellungen der Produktion vornehmen zu müssen. Die Umwelt wird jedoch genau so weiterbelastet, da die Schadstoffe nun konzentriert in anderer Form an die Umwelt abgegeben werden (z.B. Deponierung statt Luftemission).

Gleichzeitig ist festzustellen, daß ein verträglicher Umgang mit der Natur, etwa in Form der Nutzung von regenerativen Energiequellen, relativ teuer ist. Dementsprechend erfolgt die Markteinführung sogenannter alternativer Technologien nur sehr langsam. Die Folge dieser Entwicklung ist, daß ein einzelner Betrieb eine umweltverträgliche Energienutzung kaum praktizieren kann, ohne zugleich seine Konkurrenzfähigkeit am Markt zu gefährden. Entweder zieht das Unternehmen zumindest langfristige Vorteile aus seiner Umweltinvestition oder die Maßnahme wird nicht durchgeführt, um weiterhin wettbewerbsfähig

zu bleiben. In dieser Situation kann nur eine betriebsübergreifende Institution bzw. Regelung dafür sorgen, daß umweltverträgliches Verhalten von Betrieben nicht zum Verlust ihrer Wettbewerbsfähigkeit führt.

Neue Argumente in der Diskussion

Zunehmend entwickeln sich auf der anderen Seite betriebswirtschaftliche Gründe, die Produktion in den Betrieben umweltverträglicher zu gestalten. Hier einige Argumente, wie sie auch in einschlägigen Publikationen des Unternehmerlagers diskutiert werden:

1. Die VerbaucherInnen legen zunehmend Wert auf ökologische Gesichtspunkte und bringen diese Vorstellungen auch in ihre Kaufentscheidung ein. Durch Berücksichtigung des ökologischen Aspektes in der Produktion und/oder den Produkten können sich Wettbewerbsvorteile ergeben.
2. Die Berücksichtigung von ökologischen Fragestellungen beeinflusst das Unternehmensimage und kann daher als Marketinginstrument eingesetzt werden.
3. Die Beschäftigten der Unternehmen legen zunehmend Wert auf eine ökologische Produktion, da diese in der Regel deutlich geringere Gesundheitsbelastungen bedeutet. Zudem kann durch eine entsprechende Identifikation mit den ökologischen Produkten die MitarbeiterInnen-Motivation gesteigert werden.
4. Das Management von heute ist einer ökologischen Unternehmensführung deutlich aufgeschlossener, als dies noch vor einigen Jahren der Fall war, und damit auch eher bereit ökologische Aspekte in die strategischen Unternehmensziele zu integrieren.
5. In vielen Bereichen besteht für das Unternehmen die Möglichkeit, die betrieblichen Kosten durch ökologisch verträgliche Einzelmaßnahmen, die nicht mit integrierten Konzepten zu verwechseln sind, zu senken.³
6. Mögliche neue gesetzliche Regelungen bzw. Verschärfungen vorhandener Regelungen z.B. in Bezug auf Grenzwerte machen eine frühzeitige Umstellung der Produktion sinnvoll.
7. Durch neue ökologische Produkte und Techniken können neue Märkte und

Marktsegmente erschlossen werden. Diese Argumente hören sich überzeugend an und haben im begrenzten Maße auch Einfluß auf die vorhandenen Produktionsstrukturen gewonnen. Bei genauerer Betrachtung wird jedoch deutlich, daß im großen und ganzen die betriebliche Produktion noch weit von einem integrierten Umweltschutz entfernt ist. Was zahlreiche Umweltverbände, WissenschaftlerInnen und zunehmend auch gewerkschaftliche FunktionärInnen schon seit Jahren an grundlegenden Anforderungen an eine ökologische Unternehmenspolitik formulieren, nämlich:

- ökologische Schäden und Probleme dürfen in der Produktion nicht entstehen,
 - nicht vermeidbare ökologische Schäden müssen nach ökologischen Kriterien aufgearbeitet werden (z.B. Recycling),
 - entstandene ökologische Schäden müssen sofort repariert werden,
- wird in dieser Form nicht beherzigt. Nach wie vor leben und arbeiten wir in einer Wirtschaftsgesellschaft, in der neben dem hohen Wohlstand zugleich lebensbedrohliche ökologische Probleme täglich verschärft werden.

Die entscheidende Frage ist daher, wie es gelingen kann, die ökologische Komponente tatsächlich in das Verhalten der Unternehmen einzubeziehen. Offen bleibt hier inwieweit staatliche Hebel wie Steuern und Gesetze brauchbare Instrumente sind, um entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen. Ich konzentriere mich in meinem Beitrag bewußt auf Ansätze unterhalb der staatlich-administrativen Ebene.

Ökologische Instrumente in der Praxis

Da in der BWL - wie ausgeführt - keine Bewertungsmaßstäbe für umweltverträgliche Produktion bestehen und hier in der Regel auch keine Regulierung über die Kostenseite erfolgt, ist es notwendig, die Folgen unternehmerischer Aktivitäten auf die Umwelt zu bewerten. Aus der Reihe von ökonomischen Modellen zur Darstellung von umweltrelevanten Situationen seien hier nur einige genannt:

- Ökologische Buchhaltung
- Umweltkennzahlen

- Betriebsabrechnungsbogen mit Ausweisung der Umweltkosten
- Stoff- und Energiebilanzen/Ökobilanzen
- Produktlinienanalyse bzw. Produktfolgmatrix
- Gesellschaftsbezogene Rechnungslegung/Sozialbilanzen
- Simulation mit Umweltmodellen
- Umweltinformationssysteme
- Umweltorientierte Absatzstrategien (Ökomarketing)
- Ökocontrolling

Es wird deutlich, daß es schon zahlreiche, auch ökonomische Instrumente, mit deren Hilfe eine ökologisch orientierte Betriebspolitik vorgenommen werden könnte, gibt. In der betrieblichen Praxis mangelt es jedoch bisher an konkreten Beispielen.

Die Öko-Bilanz einführen

Seit 1987 wird seitens des IÖW⁴ an der Erprobung und Einführung von Ökobilanzen im Industriebetrieb gearbeitet. Der Grundgedanke der Ökobilanz ist eine präventive Umweltpolitik im Unternehmen. Notwendig ist allerdings eine ausreichende Informationsbasis über die betrieblichen Abläufe, Roh- und Hilfsstoffe, Arbeitsbeziehungen und Produkte. Nur dann kann eine Ökobilanz die Abbildung und Bewertung der jeweiligen Unternehmensaktivität erreichen. So wird sie zu einem internen Hilfsmittel der ökologischen Planung und Kontrolle, als auch zum Informations- und Dialogmedium zwischen dem Betrieb und seinem Umfeld. Die Ökobilanz, die aus Stoff- und Energiebilanzen besteht, zeigt alle Wege, den Verbleib und den Verlust von Stoffen und Energien auf. Die Inputseite listet also Stoffe und Energien auf, während die Outputseite Produkte, Emissionen und freiwerdende Energie betrachtet. Dort wo z.B. Ökobilanzen in der betrieblichen Praxis bisher zur Anwendung gekommen sind, zeigt sich, daß ein optimales Ergebnis nur dann zustande kommt, wenn eine ganzheitliche Betrachtung des Unternehmens unter Einfluß der Lieferanten- und der Kundenbeziehungen stattfindet. Eine solche ganzheitliche Betrachtung erfordert jedoch außerordentlichen Aufwand, den zu betreiben viele Unternehmen nicht bereit sind. Es kann daher Sinn machen, als Vorstufe zu

einem ganzheitlichen Vorgehen die Ökobilanz punktuell z.B. für ein Produkt oder für eine Produktlinie einzusetzen.

Als Beispiel möchte ich hier eine Ökobilanz darstellen, wie sie 1990 bei einem großen Waschmittelkonzern⁵ durchgeführt wurde. Hier wurde keine ganzheitliche Betrachtung durchgeführt, sondern man beschränkte sich auf die Bewertung von Verpackungseinheiten für einen Allzweckreiniger. Vier Verpackungsbehälter standen zur Auswahl und sollten bewertet werden, wobei als Bewertungskriterien der Energieverbrauch, Luft- und Wasserschadstoffe und Abfallvolumen festgelegt wurden. Beim Energieverbrauch wurde sowohl der Verbrauch an Erdöl, Erdgas, Kohle und Elektrizität bei der Produktion als auch beim Transport berücksichtigt. Die Luft- und Wasserschadstoffe, die bei der Produktion und dem Transport zustande kommen, wurden nach der Summierung von einzelnen Schadstoffen zu kritischen Volumina zusammengefaßt. Bezogen auf die Abfälle zeigte sich, daß Recycling für alle vier Verpackungsarten problematisch ist. Eine mögliche Wiederverwendung wurde daher nicht betrachtet, so daß nur das Abfallvolumen festgestellt wurde. Das Zwischenergebnis wird in der Abbildung, bezogen auf je 10-Liter Allzweckreiniger, dargestellt. Hierbei zeigte sich, daß die Zwei-Liter Dosierflasche in allen betrachteten Bereichen „am besten“ abschnitt. Bei der Erweiterung der Ökobilanz durch ökonomische Kriterien zeigte sich, daß auch der Kostenvergleich, bezogen auf je 1000-Liter Einheiten, günstig für die zwei-Liter Flasche ausfällt (Abbildung).

Diese Verpackungsart ist also sowohl ökologisch als auch ökonomisch den anderen drei überlegen. Das betroffene Unternehmen hat sich dann auch für dieses Verpackungsmaterial entschieden. Deutlich wird, daß das erläuterte Beispiel bereits viele innere Restriktionen aufweist. So wird die Frage einer völlig anderen, besser verwertbaren Verpackungsart genauso ausgeklammert wie die Notwendigkeit des Allzweckreinigers allgemein bzw. der von ihm verursachten Umweltbelastungen. Dennoch zeigt sich, daß eine Ökobilanz punktuell ein sinnvolles Entscheidungsinstrument sein kann. Umfassendere Erkenntnisse werden jedoch nur bei einem ganzheitlichen betrieblichen Ansatz möglich.

Die Umweltberichterstattung

Das weitest entwickelte bekannte Beispiel, welches hier genannt werden kann, ist die Umweltberichterstattung der Kunert AG, die Bekleidung herstellt. Die Kunert AG⁶ hat in ihrer Umweltberichterstattung 1991 den Versuch unternommen, eine ganzheitliche Erfassung aller umweltrelevanten Faktoren durchzuführen. Hierbei ist die Kunert AG tatsächlich soweit gegangen, auch ihre Lieferanten bezüglich der eingesetzten Stoffe genauestens zu befragen. Dazu wurden für alle Input-Güter/Stoffe sowie für den gesamten Output zahlreiche Einzelökobilanzen aufgestellt. So wurde es möglich, Schwachstellen im System systematisch zu erkennen und ggf. zu beseitigen. Im Schlußwort des Kunert-Berichtes wird ausdrücklich festgehalten, daß eine Ökobilanz jährlich fortgeschrieben werden sollte, um den Ökobericht zu einem festen betrieblichen Bestandteil und Informationsträger für die Teilorganisationen des Unternehmens zu machen.

Neben den aufgezählten Instrumenten einer ökologischen Unternehmenspolitik sind noch weitere Maßnahmen notwendig. Hierzu gehört z.B. die gesetzliche Schaffung eines betrieblichen unabhängigen Umweltschutzbeauftragten, der nicht nur über eine entsprechende Ausbildung verfügt, sondern eine eigenständige Einrichtung in der betrieblichen Organisation wird. Bei der Berufung muß auch der Betriebsrat ein Mitbestimmungsrecht haben. Darüber hinaus sind dem Umweltbeauftragten weitreichende Kompetenzen einzuräumen, die ausreichend sind, um im Sinne einer ökologischen Unternehmenspolitik tätig werden zu können. Daher ist auch eine Einbindung seiner Arbeit in ein betriebliches Umweltinformationssystem erforderlich. Zur Zeit gibt es jedoch die Funktion eines Umweltbeauftragten in diesem Sinne nicht. Dort, wo nach gesetzlichen Vorschriften Gefahrstoffbeauftragte bzw. Betriebsbeauftragte für Abfall, Gewässerschutz, Emissionsschutz oder die Fachkraft für Arbeitssicherheit tätig sind, spielt der ökologische Aspekt nur eine sehr untergeordnete Rolle. Eine umfassende Betrachtung findet schon aufgrund der qualifikatorischen Ausbildung selten statt, noch wird sie seitens der Unternehmen gewünscht. Die Praxis zeigt, daß die Gefahrstoffbeauftragten

i.d.R. unter starkem Druck der Geschäftsleitungen stehen. Maßnahmen mit dem Ziel der Verbesserung der Arbeitssicherheit und des betrieblichen Umweltzustandes werden nur dann gerne gesehen, wenn unmittelbar keine Kosten entstehen. Die Erfahrungen zeigen, daß man auch davon ausgehen muß, daß Teile der Belegschaft für den „Umweltgedanken“ bisher nicht ausreichend sensibilisiert sind. Es gibt jedoch erste Versuche, hier eine Verbesserung zu schaffen, indem man das Thema „Ökologie“ in die Ausbildung integriert. Auch zeigt die Praxis, daß die Gefahrstoffbeauftragten nicht nur eine bessere Ausbildung, sondern auch eine ausreichende technische Ausstattung benötigen, um z.B. Einsatzstoffe vor Ort analysieren zu können.

Für eine ökologische Umgestaltung reichen diese Institutionen nicht aus. Vielmehr sind Maßnahmen zu treffen, die über die bisherigen Ansätze hinausgehen. Solche Maßnahmen sind die Herstellung der Betriebsöffentlichkeit, umfangreiche Weiterbildung der Belegschaft und verschiedene betriebliche Beteiligungsformen mit dem Ziel, die ökologische Betriebspolitik ständig zu optimieren.

Mitbestimmungsrechte unzureichend

Unter dem gewerkschaftlichen Aspekt, aber auch im Interesse einer positiven Entwicklung von ökologischer Unternehmenspolitik ist die Bedeutung der ArbeitnehmerInnenvertretung ausdrücklich hervorzuheben. Die Betriebsräte haben allerdings nach den geltenden Mitbestimmungsrechten so gut wie keine Einwirkungsmöglichkeiten, wenn es z.B. darum geht, eine neue Produktionsanlage nach ökologischen Kriterien zu bewerten. Erste Schritte sind jedoch in der Chemieindustrie gemacht worden. Dort gibt es in etwa 70 Unternehmen Betriebsvereinbarungen zum Umweltbereich. Hier werden umfassendere Informationsrechte geregelt, sowie die Möglichkeit, sich auch nach BetrVG § 37,6 zu Umweltfragen schulen zu lassen. Dies ist nach den bestehenden gesetzlichen Regelungen nicht möglich. Es besteht ein paritätisch besetzter Arbeitsschutzausschuß⁸ der Einsicht in Daten und Meßwerte erhält, über

Gesamtkosten der Verpackungsalternativen				
Kosten für (in DM)	10l-Kanister	10l bag in box	2l-Dosierflasche	20ml-Beutel
Herstellung/Abfüllung	293,30	422,79	248,18	822,90
Transport	75,68	76,09	16,67	18,18
Entsorgung der Packmittel	74,00	41,50	45,60	50,30
Gesamtkosten	442,98	540,38	310,45	891,38
Belastungswerte der Verpackungssysteme bei der Herstellung der Packstoffe				
	10l-Kanister	10l bag in box	2l-Dosierflasche	20ml-Beutel
Energiebedarf MJ th eq	30,83	11,90	14,52	21,57
Krit. Luftmenge m3	272138,00	168976,00	154598,00	280176,00
Krit. Wassermenge dm3	190,16	218,87	167,36	260,26
Volumen fester Abfälle cm3	14,40	10,93	6,50	17,58

meldepflichtige Störfälle informiert und im begrenzten Maße auch an Planungsaufgaben im Unternehmen beteiligt wird. Schwierig wird es, wenn externe Sachverständige durch den Betriebsrat zur Beurteilung herangezogen werden sollen, um das fehlende Know-how zu liefern bzw. Erfahrungen in den Betrieb zu transferieren. Hierzu enthalten die Betriebsvereinbarungen der Chemieindustrie bisher keinerlei Regelung. Sinnvoll wäre es, dem Betriebsrat die Möglichkeit einzuräumen, auf Umwelt-sachverständige im Konfliktfalle zurückgreifen zu können, wie dies heute schon das Betriebsverfassungsgesetz für andere Fragen vorsieht⁹. In einigen wenigen Großbetrieben anderer Branchen gibt es auch paritätisch besetzte Umweltausschüsse, in denen jedoch die Betriebsräte nur begrenzte rechtliche Möglichkeiten haben. Solche Umweltausschüsse bieten jedoch die Möglichkeit, einen umfassenden betrieblichen Ansatz im Sinne einer ökologischen Betriebspolitik entwickeln zu können.

Neue Aufgaben für Betriebsräte

Im Rahmen einer ökologischen Unternehmenspolitik kommen daher auf den Betriebsrat neue Aufgaben zu:

1. Der Betriebsrat muß dem Informations- und Schutzbedarf der Beschäftigten zum Arbeits- und Umweltschutz verstärkt nachkommen. Der Betriebsrat wird so zum Gesundheits- und Umweltschützer im Betrieb.
2. Der Betriebsrat muß Initiator von neuen Informations-, Aufklärungs- und Qualifikationsstrategien werden, um die Beschäftigten für den Umweltschutz im Betrieb zu sensibilisieren.
3. Der Betriebsrat muß Promoter zur Nutzung des betrieblichen Innovationspotentials werden. Dabei sind die Kenntnisse der Beschäftigten, die sie an ihrem individuellen Arbeitsplatz erworben haben, zu nutzen, um praxisnah Lösungsmöglichkeiten im Sinne einer ökologischen Umstellung der Produktion entwickeln zu können. Damit nehmen die Arbeitnehmervertreter auch Einfluß auf die strategischen Unternehmensplanungen.

Die gesetzlichen Möglichkeiten der Betriebsräte sind hierfür deutlich zu verbessern. Daher sind entsprechende Mitbestimmungsregelungen im Betriebsverfassungsgesetz neu zu fassen.

Ich habe versucht deutlich zu machen, daß es inzwischen erste Ansätze für eine ökologische Unternehmenspolitik

gibt. Leider geht die notwendige Entwicklung aufgrund der bestehenden Hemmnisse nur sehr langsam voran. Alle Maßnahmen werden jedoch nur bei einem vernetzten Vorgehen die gewollte Wirkung erzielen. Die innerbetrieblichen Aktivitäten müssen mit den Forderungen der Umweltbewegung gekoppelt werden, um den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft zu ermöglichen. Nicht zuletzt gilt es Einfluß auf die Politik zu gewinnen, um auch entsprechende gesetzliche Regelungen zu erwirken.

spw

1. Unternehmensverband Baum, Hamburg; Unternehmensverband Future, Osnabrück
2. POPP&Co GmbH, Elektrotechnische Fabriken, Bad Berneck
3. Bei Energie- und Rohstoffeinsatz wird inzwischen anerkannt, daß Einsparung bis 40% möglich ist.
4. Institut für ökologische Wirtschaftsforschung, Berlin
5. 1990 bei der Firma Henkel
6. Ökobericht 1991, Kunert AG, Immenstadt
7. IKS, 1991
8. Vereinigte Aluminium Werke, Neuss
9. BVerfG § 80 Abs.3

DETLEF BIMBOES

DIE KÖPFE MÜSSEN RAUCHEN UND NICHT DIE SCHLOTE

Internationale Stoff- und Energieflüsse und
ihre Herausforderungen für Politik und Gesellschaft

Die Art und Weise des zwischen Natur und Gesellschaft betriebenen Stoffwechsels hat zu schweren Umweltschäden geführt. Er beginnt in einer Reihe von Bereichen außer Kontrolle zu geraten. Die stoffliche Seite des Problems ist bekannt. Weniger bis gar nicht wahrgenommen wird, daß die Aufblähung des Stoffwechsels in den hochindustrialisierten Staaten auch entscheidend damit zu tun hat, wie sich diese in den Besitz von (Energie) Rohstoffen und/oder Produkten bringen, mithin also die gesellschaftli-

chen und stofflichen Beziehungen zwischen den Völkern gestaltet.

Eine vernünftige Steuerung des Stoffwechsels zwischen Natur und Gesellschaft setzt daher die Kenntnis und Bewertung der lokalen, regionalen, nationalen, europa- und weltweiten Stoff- und Energieflüsse voraus. Stoff- und Energieflüsse gemeinsam deshalb, weil die Gewinnung, Herstellung, Nutzung und Beseitigung von Stoffen stets an den Verbrauch und Verlust von Energie gekoppelt ist.

Rohstoffwirtschaft widerspiegeln die Art und Weise ihres politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Umgangs.

Dabei werden wirtschaftspolitische Abhängigkeiten in mehrfacher Hinsicht deutlich. So besteht beispielsweise für die kapitalistischen Zentren Nordamerika (USA und Kanada), Westeuropa und Japan (sog. Triade) eine durchweg hohe, z.T. wechselseitige Importabhängigkeit von mineralischen Rohstoffen (Metalle, Industriemineralien und Düngemittel). Die Importe werden in wichtigem Umfang aus den Zentren befindlichen Rohstoffquellen (bes. aus Kanada) oder vielfach durch Importe aus den rohstoffreichen Ländern Südafrika und Australien gedeckt. Aus den sogenannten Entwicklungsländern kommen derzeit in die westlichen Industriestaaten insgesamt mehr als 30% aller benötigten strategischen Metalle. Für eine Reihe von Metallen bestehen aber weitaus höhere Lieferquoten. Wirklich abhängig sind die Industriestaaten jedoch nur im Nachschub für die technologisch bedeutsamen Metalle Niob, Tantal, Kobalt, Zinn und Kupfer. Lieferausfälle können hier den wirtschaftlichen Lebensnerv der Industrienationen empfindlich treffen, zumal sich die Förderung dieser wichtigen Metalle - bei zu erwartender technologischer Entwicklung - noch verstärken wird. Die Länder der sog. „Triade“ sind im übrigen darüberhinaus sehr abhängig von der Zufuhr beispielsweise von Mangan, Chrom, Nickel, Wolfram und Platinmetallen. Allerdings ist dies nicht mit einer generellen Lieferabhängigkeit der Industriestaaten von den sog. Entwicklungsländern verbunden. Von den 154 nominell bestehenden Staaten verfügen 74 über keine Vorräte und von den übrigen 80 Ländern lediglich 32 über nennenswerte Rohstoffreserven. Demgegenüber verfügen - zum Vergleich - die USA, UdSSR, Australien und Südafrika über mehr als zwei Drittel des Gesamtbergbaus der Welt.

Ein großer Exporteur für mineralische Rohstoffe - auch strategisch wichtiger - ist die Sowjet-Union, deren weltwirtschaftliche Bedeutung zur Rohstoffversorgung durch die mögliche Öffnung der Schatzkammer Sibirien zur raschen Devisenbeschaffung noch erheblich steigen dürfte. Hoffentlich gelingt es im Interesse der ganzen Menschheit wenigstens, in den nächsten Jahrzehnten die Nutzung der riesigen Rohstoffvorkommen der Antarktis nicht anzutasten. Die Realität wird zeigen, ob der kürzlich abgeschlossene Vertrag das Papier wert ist, auf dem er geschrieben wurde.

In den Zentren verwandeln sich die Rohstoffströme in Produkt- und Warenströme für den Welthandel. Hierbei hat der Handel innerhalb der Blöcke ein merklich größeres Gewicht als jener zwischen den Blöcken. Vor allem der innereuropäische Handel, aber auch der zwischen den USA und Kanada sowie den asiatischen Ländern ist größer als die meisten Handelsströme zwischen den Blöcken der Triade. Zugleich ist der Warenexport der sog. Entwicklungsländer in diese Zentren bescheiden geblieben. Bereits Ende der siebziger Jahre wickelten die kapitalistischen Industriestaaten über 70% ihres gesamten Handels vorzugsweise untereinander ab. Ihr Warenaustausch mit den Ländern der 3. Welt betrug dagegen wenig mehr als 20% (Fidel Castro, 1984). Die kapitalistischen Staaten bilden, z.T. gestützt auf die einheimischen Machteliten in Ländern der „Dritten Welt“, gleichsam eine Rohstoff-

pumpe, die die dortigen Vorräte absaugt und für den eigenen Warenaustausch verbraucht.

In den Ländern der „Dritten Welt“ hat die Schuldenkrise die wirtschaftliche und technologische Entwicklung stranguliert und den technologischen Abstand in überschaubarer Frist uneinholbar werden lassen. Dabei bewirkt die Strategie der technologischen Blockade jenseits der militärischen und sicherheitspolitischen Dimension, daß die nicht zum „Norden“ zählenden Nationen von der technologischen Entwicklung noch mehr als bisher schon abgekoppelt werden. Dieser Ausschluß von Staatengruppen der südlichen Welt von technischer Modernisierung zementiert die Ungleichheit und läßt so auch keine effiziente und gleichzeitig schonende Nutzung eigener Rohstoffquellen zu.

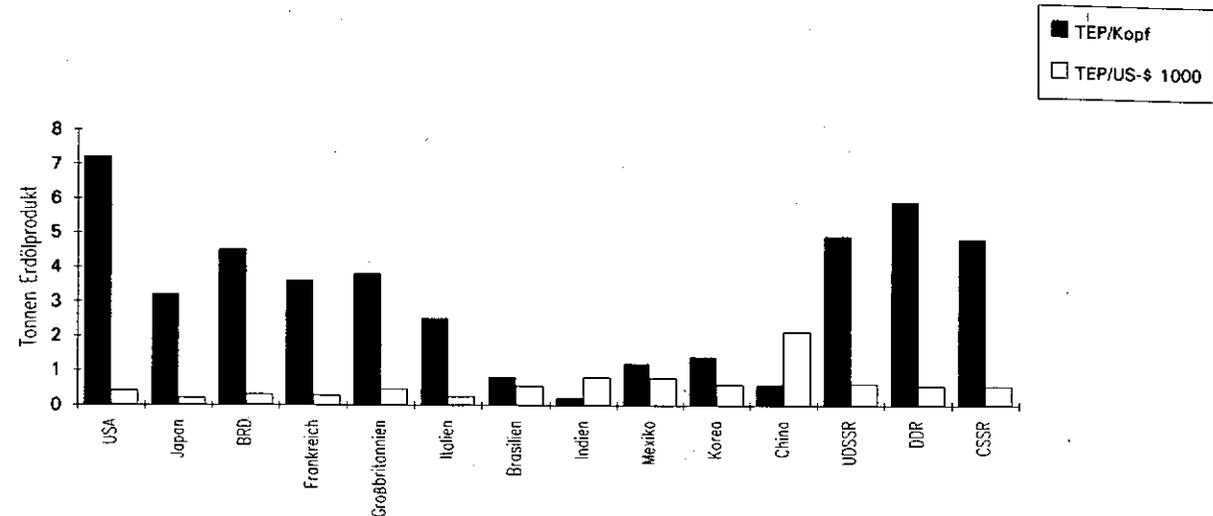
Auf diese Weise halten die Länder des „Nordens“ in neokolonialer Manier über die Beschaffung der Rohstoffe hinaus diese Länder in tiefer Abhängigkeit und Armut. Die dortige, deutliche Abnahme von Rohstoffvorräten oder die Erschöpfung der Natur, der z.B. durch Monokulturen pflanzliche Rohstoffe abgepreßt werden, sind Ausfluß dieser Politik. Beides führt zur Zerstörung von Umwelt.

Das ständige Scheitern der Suche nach gerechteren „Terms of Trade“ auf der internationalen Bühne bei den GATT- und UNCTAD-Verhandlungen ist Ausdruck der Spannungen über die Form der ungleichen Beziehungen zwischen den „reichen“ und „armen“ Ländern. So hat der Verfall der internationalen Rohstoffpreise durch Wechselkurspekulationen und künstliche Rohstoffverknappung allein in Afrika im Jahre 1986 zu einem Verlust von über 16 Mrd. Dollar an Exporterlösen geführt.

Diese gewalttätigen Beschaffungsformen sind nicht spezifisch für den Kapitalismus, sondern haben viele Vorläufer in vergangenen Gesellschaftsepochen und -formationen. Eine solche Feststellung ist - so banal wie sie ist - dennoch von großer aktueller und künftiger Brisanz für Positionsbestimmungen in Politik und Gesellschaftslehre. So ist der Besitz, Nichtbesitz oder eine schlechte Verfügbarkeit von Rohstoffen in der Geschichte in Abhängigkeit von den jeweiligen Machtkonstellationen stets von gewalttätigen Auseinandersetzungen (mittels kriegerischen oder politisch-wirtschaftlichen Pressionen) begleitet gewesen. So die Ausplünderung Lateinamerikas durch die Spanier und ihre Nutznießer im übrigen Europa, die Niederwerfung fortschrittlicher Regimes Anfang der fünfziger Jahre im Iran (Präsident Mossadegh - Britische Ölblockade), in Guatemala (Präsident Arbenz - United Fruit Company), 1973 in Chile (Präsident Allende - Kupfer) oder jüngst der Golfkrieg. Bei diesem Konflikt standen für die USA herrschaftssichernde Gründe deutlich stärker im Vordergrund, denn die Ölversorgung war durch gestreute Bezugsquellen in Wirklichkeit nicht gefährdet (offenkundig deswegen hielt sich auch die Ölwirtschaft der USA im Golfkonflikt sehr bedeckt). Dies besagen jedenfalls Analysen der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung (FR vom 8. Juni 1991).

Die Aufrechterhaltung der Zufuhr strategischer Rohstoffe wird

Energieverbrauch pro Kopf und pro Fertigungseinheit (1986)



Quellen: British Petroleum; World Bank; CIA (nach: Greenpeace, Global Warming)

von den USA als wichtiger Kriegsgrund angesehen (Air-Land-Battle 2000 Konzept und Low-Intensity-Conflict Strategy). So bezieht das NATO-Bündnis über 90% seiner unverzichtbaren Mineralien aus Quellen außerhalb seines Territoriums, wobei übrigens die USA eigene Lagerstätten für eine ganze Reihe von Metallen aus politischen und wirtschaftlichen Gründen nicht antasten: Südafrika ist eines der ganz großen Förderländer für strategische Metallrohstoffe. Dies erklärt auch, weswegen sowohl die USA als auch die EG so lange bereits das Apartheid-Regime am Kap stützen. Erst aufgrund der unübersehbaren Erfolge der Freiheitsbestrebungen des Volkes werden nun Veränderungen im politischen System gerade auch für eine Absicherung des Zugangs zu Rohstoffen auf neuer Grundlage unterstützt. Strategische Metalle sind entscheidend für technologische Durchbrüche und ihre Umsetzung in Produktionsverfahren und Produkte im Bereich von Wirtschaft und Rüstung. Ihr Besitz entscheidet über Konkurrenzfähigkeit auf den internationalen Märkten, über die materielle und soziale Absicherung des politischen und wirtschaftlichen Systems und sichert die Überlegenheit des rüstungstechnologischen Drohpotentials. Der Aufbau einer internationalen militärischen Eingreiftruppe durch die USA oder die Instrumentalisierung einer UNO-Eingreiftruppe für solche Zwecke gewinnt vor diesem Hintergrund seine eigentliche Erklärung und seine bedrohliche Funktion für die Zukunft.

Diese Sichtweise geht davon aus, daß die USA infolge der Kombination von militärischer, wirtschaftlicher und politischer Macht über imperiale, d.h. globale Reichweite verfügen. Damit wird nach der Aufhebung der bipolaren Weltordnung auf das Fortbestehen einer unipolar geprägten Weltordnung unter der Führung der USA abgestellt. Das aber ist nur eine

der denkbaren Varianten künftiger weltpolitischer Entwicklungen.

Wesentlich unübersichtlicher wird die globale politische Großwetterlage aber, wenn sich längerfristig eine multipolare Weltordnung einstellen sollte. Hierfür bestehen begründete Hinweise. Der neue Merkantilismus, die Regionalisierung und der neue Protektionismus (z.B. in Form nichttarifärer Handelshemmnisse, bilaterale Selbstbeschränkungsabkommen) markieren Tendenzen einer Desintegration bzw. Segmentierung der Weltwirtschaft, die sich vor allem dadurch auszeichnet, daß auf der einen Seite die globalen gegenseitigen Abhängigkeiten zunehmen, während auf der anderen Seite das „globale Regime“, das die USA nach dem Kriege ausgeübt hatten, verfällt und durch politische Regulationsformen oder Regime ersetzt wird, bei denen nationale bzw. (im Falle der EG) regionale Interessen, die von den Regierungen der Nationalstaaten wahrgenommen werden, die Oberhand gewinnen. Sollte sich jedoch diese Widerspruchskonstellation zwischen wirtschaftlicher Globalisierung und politischer Segmentierung in der Weltwirtschaft (die zudem den Schwankungen der weltwirtschaftlichen Konjunktur höchst sensibel reagiert) verstärken und sollte es nicht zu einem neuen politischen Ausbalancieren dieser drei Elemente kommen, so werden die Gefahren, die von weiteren merkantilistischen Konflikten sowie von einem weiter destabilisierendem wirtschaftlichen Nationalismus ausgehen, in der Zukunft noch zunehmen. Der amerikanische Ökonom C. Fred Bergsten schließt für die Entwicklung der Weltwirtschaft nach dem Ende des kalten Krieges, das eine allgemeine Aufwertung der wirtschaftlichen gegenüber den militärischen Strategien in der Weltpolitik

beinhalte, die Gefahr eines Rückfalls der internationalen Beziehungen zwischen den USA, Japan und Europa auf jene Konfliktformationen nicht aus, die die weltpolitische Instabilität in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts charakterisiert hatten. Weil die Japaner und Westeuropäer nicht länger der US-amerikanischen, atomaren Sicherheitsgarantie bedürfen, wächst für ihn die Gefahr von Handelskriegen. Es gibt einen engen Zusammenhang zwischen den grundlegenden politischen und wirtschaftlichen Veränderungen in der Welt: die Beseitigung des „Sicherheitsschirms“ erhöht das Risiko von wirtschaftlichen Konflikten, die die Sicherheitsbindungen weiter auflösen könnten. Das Risiko wirtschaftlicher Konflikte ist bereits höchst aktuell. Der japanische Politiker Shintaro Ishihara hat vorausgesagt, daß das 21. Jahrhundert ein Jahrhundert von Wirtschaftskriegen sein wird.

Damit rücken unmittelbar Fragen der Versorgung mit Rohstoffen aller Art, nicht nur strategisch wichtiger, und der Austausch von Produktströmen im zwischenstaatlichen Handel in den Mittelpunkt der künftigen Beziehungen zwischen den Völkern einzelner Staaten oder zwischen denen regional miteinander verbundener Staaten. Bei stockenden Versorgungslagen gerade z.B. technologiebestimmender und die wirtschaftliche Prosperität berührender Rohstoffe ist der Einsatz wechselseitiger politisch-wirtschaftlicher Pressionsmittel vorhersehbar. Dabei ist auch die Verwendung militärischer Mittel zur Aufrechterhaltung eines ungehinderten Stoffflusses nicht auszuschließen. Letzteres ließe sich besonders leicht gegenüber kleineren, schwächeren Staaten des Südens anwenden. Das Ganze wird sich entsprechend den bisherigen Erfahrungen gerade dann auf Massenloyalität und die nach wie vor wirksame Feindlichkeit gegenüber dem Fremden abstützen können, wenn Wohlstand und Arbeitsplätze real oder auch nur vermeintlich berührt sind. Hier erwächst unmittelbar die Brisanz des Themas Rohstoffflüsse in den großen Verbraucher- besser Verschwenderländern. Es erheben sich für fortschrittliche Politik Fragen danach, wie denn drohende Einschnitte in Arbeitsvolumen, Außenhandelsbilanzen und sozial-spezifische Wohlfahrt nicht nur wirtschaftlich-technologisch, sondern auch psychosozial und kulturell so verarbeitet werden, daß nicht alte, nationalistisch unterlegte Aggressionsmuster gegen den Nachbarn und das Fremde wieder und wieder belebt und für entsprechende Machtpolitiken instrumentalisiert werden können. Oder einfacher ausgedrückt und was doch so schwierig ist: wie es geschafft werden kann, daß die Völker, anstatt sich gegeneinander aufhetzen zu lassen, sich besser mit den dafür verantwortlichen Macht- und Herrschaftsverhältnissen auseinandersetzen, diese durchschauen, ihre Träger beiseite schieben und Vernunft untereinander und auch auf der Ebene ihrer selbst geschaffenen Stoffflüsse einkehren lassen.

Die Auswege bestehen nur in einer demokratisch verfaßten, ressourcenschonenden Weltwirtschaft mit gerechten Terms of Trade, die beispielsweise auf GATT und UNCTAD-Konferenzen ausgehandelt werden müßten. Hierzu müßte den Entwicklungsländern machtpolitisch mehr Gewicht zur Durchsetzung gerechter Rohstoffpreise eingeräumt werden. Die großen kapitalistischen Staaten müßten bereit sein, Rohstoffe, Technologien, Informationen zur Verfügung zu stellen, die

Das 21. Jahrhundert wird ein Jahrhundert von Wirtschaftskriegen sein.

überhaupt erst den Aufbau moderner, ressourcensparender Industriestrukturen ermöglichen würden.

Gerade das wäre die Voraussetzung für den Beginn einer nachhaltigen, schonenden gesamtwirtschaftlichen Nutzung von Arbeitsvermögen, gegenständlichem Nationalreichtum und Naturpotentialen in den Rohstofflieferländern der Dritten Welt.

Eine weitgehende Gerechtigkeit müßte gerade mineralische Rohstoffe aus den großen Förderländern in die „3. Welt“ zu günstigen Preisen umlenken. Hinzutreten müßten auch Produkte, Waren und vermehrte Dienstleistungen. Das wäre nur zu gerecht, beruht doch ein Großteil des Reichtums der reichen Industrienationen auf der Ausplünderung ferner Kontinente. Dies könnte mit deutlichen Abstrichen im Verbrauch kostbarer Rohstoffressourcen für die großen kapitalistischen Wirtschaftszentren verbunden sein. Hierauf müßten die Völker sozial und kulturell langfristig vorbereitet werden.

Die künftigen Beziehungen zwischen rohstoffliefernden Entwicklungsländern und Verbraucherländern werden im übrigen möglicherweise durch im Werden begriffene Tendenzen zu einer weitgehend eigenständigen Regionalentwicklung der Subkontinente Afrika, Lateinamerika und Asien mit regional bedeutsamen Stoff- und Energieflüssen mit beeinflußt werden. Vor dem Hintergrund der desaströsen weltwirtschaftlichen Gegebenheiten wird derzeit von den Vereinten Nationen mit wachsender Zustimmung der betroffenen Entwicklungsländer das Konzept der Entwicklung ihrer Regionen mit entsprechenden Märkten vorgeschlagen. Dies trifft sich nicht zufälligerweise mit Überlegungen der internationalen Geschäftswelt. Zum einen zwingt der verschärfte internationale Konkurrenzkampf seit geraumer Zeit die Konzerne in die regionale Tiefe, insbesondere Schwellenländer, um dort Positionen zu besetzen, Marktpotentiale zu entwickeln und auszuschöpfen. Zum anderen wird mit dem Konzept langfristig eine gewisse Linderung der Folgewirkungen der Schuldenkrise verfolgt. Eine Tendenz wird dabei sein, daß mit dem dortigen Aufbau von Industrien durch die selbständig agierenden Tochterunternehmen Rohstoffzuflüsse in die Metropolen abnehmen und sich in Produktzuflüsse verwandeln werden (z.B. Halbfertigerzeugnisse). Damit dürfte sich zwar die Abhängigkeit z.B. der EG-Mitgliedstaaten von Rohstoffen verringern, nicht aber jene von „veredelten“ Rohstoffen.

Der Aufbau regionaler Wirtschafts- und Stoffkreisläufe wird sich solange ungehindert entfalten können, solange nicht Weltwirtschafts- bzw. weltweit operierende Konzerninteressen berührt werden.

Sollte nämlich der Abfluß von Rohstoffen und/oder Produkten zugunsten mehr eigenständiger Entwicklungen (z.B. im Rahmen von Nationalisierungen) verändert werden und dies zugleich ein erhöhtes Maß an eigenständigem Verbrauch strategisch wie auch sonstiger weltwirtschaftlich bedeutsamer Rohstoffe einschließen würde, wären erhebliche Spannungen gerade mit davon betroffenen kapitalistischen Rohstoffverbraucherländern absehbar. Auch hier ist dann der Einsatz politisch-wirtschaftlicher Pressionsmittel vorhersehbar und auch militärischer Mittel zur Aufrechterhaltung des ungehinderten Rohstoffflusses nicht auszuschließen.

Tiefgreifendes Umdenken und Reformstrategien müssen jetzt beginnen. Einstiegsstadien bestehen hierfür. Für ihre Verwirklichung werden ökologisch-soziale Umbauprogramme von Volkswirtschaften mit realistischen, sozial verantwortlichen Zeithorizonten (z.T. über mehrere Jahrzehnte) unabdingbar sein. Derartige Zeithorizonte sind auch deshalb erforderlich, weil die vielfältigen und weit reichenden Verflechtungen nationaler Volkswirtschaften mit denen auf internationaler Ebene nicht kurzfristig aufhebbar sind. Sozial verantwortliche Zeithorizonte sind im übrigen erst die Voraussetzung für die notwendige gesamtgesellschaftliche Akzeptanz.

III. Internationale (Schad-)Stoffflüsse und globale Umweltprobleme

Die mit der gewaltigen Steigerung von industrieller Produktion und Energienutzung freigesetzten Schadstoffströme haben für die Umwelt Gefahren heraufziehen lassen, die inzwischen den nationalen Rahmen gesprengt haben. Längst sind globale Naturstoffkreisläufe betroffen und beginnen durch Überfütterung und Vergiftung aus den Fugen zu geraten. In den Kreislauf von Kohlenstoff ist durch die enorme Zufuhr von Kohlendioxid aus Verbrennungsprozessen eingegriffen worden. Als Folge sind nun klimatische Veränderungen auf längere Sicht (Treibhauseffekt) zu verzeichnen. Der Problemdruck erhöht sich zudem dadurch, daß zusätzliche Faktoren wie die lange in der Atmosphäre verweilenden FCKW oder Ozon als Folge der Emission von Stickoxiden das Ausmaß der Veränderungen mitbestimmen.

Die gewaltigen Emissionen von Stickoxiden sind im übrigen nicht nur Energieerzeugung und Verkehr geschuldet. Verantwortlich sind auch großflächige Brandrodungen von Tropenwäldern. Ihre Ursachen wurzeln in erster Linie in den rabiaten

kapitalistischen Verhältnissen dieser Länder (Landbesitznahme aus Armut, agro-industrielle Profitinteressen), aber auch nicht zuletzt in falsch weiter betriebenen, traditionellen Formen von Brandrodungskulturen.

Der Stickstoffkreislauf ist durch den gewaltigen Einsatz von Stickstoffdüngern insbesondere in den kapitalistischen Staaten längst lokal und regional aufgebläht worden und hat zur Belastung der Grund- und Trinkwasservorkommen mit Nitraten sowie zu Bodenschäden geführt. Der Schwefel- und Phosphatkreislauf sind ebenfalls aufgebläht worden und tragen zu ernsthaften Beschädigungen von Natursystemen (Stichworte „Waldsterben“, „Bodenversauerung“ und „Eutrophierung der Gewässer“) bei.

Der Export großer Mengen an Pestiziden durch die führenden Industrienationen - vornehmlich kapitalistische Länder - in Entwicklungsländer hat dort zu beträchtlichen Schäden von Mensch und Natur geführt. Die Ursachen sind mannigfaltig. Sie reichen vom Gewinnstreben, über systembedingte mangelnde Ausbildung der Anwender, achtlosen Umgang bis hin zu einem rabiaten Menschenbild der für die Anwendung Verantwortlichen. Die Pestizid-Stoffflüsse haben überdies weit verzweigt Eingang in Nahrungsketten gefunden und kehren in bestimmten Mengen fein verteilt mit den Produktflüssen in Form von tierischen und pflanzlichen Nahrungsgütern in ihre Erzeugerländer zurück. So hat z.B. die frühere immense, weltweite Verwendung von DDT inzwischen zu einer globalen, allerdings regional und lokal unterschiedlichen Belastung der menschlichen Muttermilch geführt.

(Schad-)Stoffflüsse haben entscheidenden Anteil an globalen Problemen. Sowohl die Durchsetzung einer neuen Produktionskraftlogik, als auch die dazu erforderliche politische Kooperationsordnung verlangen deshalb nach globalen Strukturereformen. Der Begriff „Strukturereform“ soll aussagen, daß es um mehr geht als um Reformen im Sinne der Anpassung einzelner quantitativer Parameter und einzelner Wirkungsmechanismen. Es geht um die Veränderung globaler Strukturmechanismen, um die Abschaffung alter, den Umbau vorhandener und um ganz neue Mechanismen. Der Begriffsteil „Reform“ steht dafür, daß es nicht primär um die revolutionäre Umgestaltung einzelner Gesellschaftssysteme geht, sondern darum, ausgehend von den heutigen Realitäten verschiedener Gesellschaftssysteme kooperative Lösungen zu schaffen. Dem widerspricht nicht, daß es als Voraussetzung globaler Strukturereformen Veränderungen der heutigen Gesellschaftsorganisationen bedarf bzw. solche daraus folgen werden. Der Begriffsteil „global“ steht dafür, daß es erstmals nicht um einen einzelstaatlichen Reformprozeß geht oder um einen einer Gruppe von Staaten, ein „Lager“, betreffenden. Es geht um globale Strukturereformen als dem notwendigen Instrument zur Lösung weltweiter Probleme.

Einen brauchbaren Einstieg in solche Strukturereformen ermöglicht das Globalprogramm „Umweltperspektive der Vereinten Nationen bis zum Jahr 2000 und danach“, in die im übrigen auch eine von der UN-Wirtschaftskommission für Europa (ECE) verabschiedete und langfristig angelegte regionale Umweltschutzstrategie eingebettet worden ist.

Entscheidend für die Umsetzung solcher Regional- und Globalstrategien ist die Ausstattung der Fonds der Vereinten Nationen mit genügend Finanzmitteln. Dies ist bislang nicht geschehen. Gerade die reichen kapitalistischen Industriestaaten müßten - gemessen an ihrem Bruttosozialprodukt - nennenswerte Finanzmittel dauerhaft bereitstellen. Dies dürfte politisch außerordentlich schwierig durchzusetzen sein. Abstriche an gewachsenen Bedürfnisstrukturen - noch dazu vor dem Hintergrund eigener sozialer, ökologischer und materieller Problemlagen - werden von der Bevölkerung nicht ohne weiteres hingenommen werden. Hier ergeben sich ganz praktische Fragen an die Gesellschaftspolitik, wie und auf welche Weise eine Bevölkerung dennoch dazu als ganzes motiviert werden könnte. Vorstellbar ist u.a. ein prozeßhafter Charakter mit langsamer Anhebung der Finanzmittel über einen größeren Zeitraum, der auch vom Massenbewußtsein her verkraftbar ist. Er könnte auch einen neuen Zugang zur Notwendigkeit internationaler Solidarität bilden, der über das vom Mitleid getragene Spendenaufkommen hinausreicht.

IV. Zur Bedeutung nationaler Stoff- und Energieflüsse

Globale Lösungsansätze zur Problem- und Krisenregulierung erlangen keine Wirksamkeit, wenn nicht zugleich ein Zugang zu ihrer Lösung „von unten“ gefunden wird. Globales Denken und Handeln erlangt seine Wirksamkeit erst durch das Handeln „vor Ort“.

Die Instrumente müssen vor allem auf eine vorausschauende, umfassende und vorsorgende Steuerung energetischer und stofflicher Umsätze setzen, insbesondere durch Prüfungen der Umwelt- und Ressourcenverträglichkeit nicht nur großer Projekte, sondern auch der Planungen und Gegebenheiten von Nutzungen und Belastungen von Mensch und Natur in der Fläche. Im folgenden seien einige wichtige Aspekte hierfür herausgegriffen. So bedarf es neben einer Umgestaltung des Systems der preislichen Steuerung in der Energie- und Stoffpolitik sicherlich einer entschiedenen Weiterentwicklung des vorhandenen Systems der sachlichen Steuerung, also der Limitierung und Kontrolle energetischer (z.B. kommunale Bauleitplanung) und stofflicher (z.B. Immissionsschutzrecht) Inputs und Outputs der Appropriierten (Nutzer, Besitzer) bzw. Emittenten von Stoffen und von Energie. Bei den aktuellen Problemen des Stoff- und Energieumsatzes handelt es sich wesentlich um quantitative und zugleich qualitative, oft durch die Mengensteigerung hervorgerufene oder veranlaßte Toxizitäts-Probleme. Deshalb ist hier das Postulat einer dynamischen Minimierung stofflicher und energetischer Inputs und Outputs wichtig. Ordnungsgerechte Mittel als eines der möglichen Instrumente eines

solchen Realsteuerungssystems stehen für eine derartige Form des Vorgehens noch nicht zur Verfügung.

So notwendig auch weiterhin noch Erfolge bei der Begrenzung von Emissionen sind, es muß dennoch das Feld der primär emissions-orientierten Umweltpolitik der letzten 20 Jahre verlassen werden. Zukünftige, vorausschauende Umweltpolitik muß sich vielmehr auf die die Unternehmen verlassenden Stoffe - die Produkte - konzentrieren. Für eine am nachhaltigen Wirtschaften orientierte ökologische Produktpolitik ist hierfür am Freiburger Öko-Institut die Produktlinienanalyse entwickelt worden, die gleichzeitig auch die Aufstellung von Ökobilanzen ermöglicht.

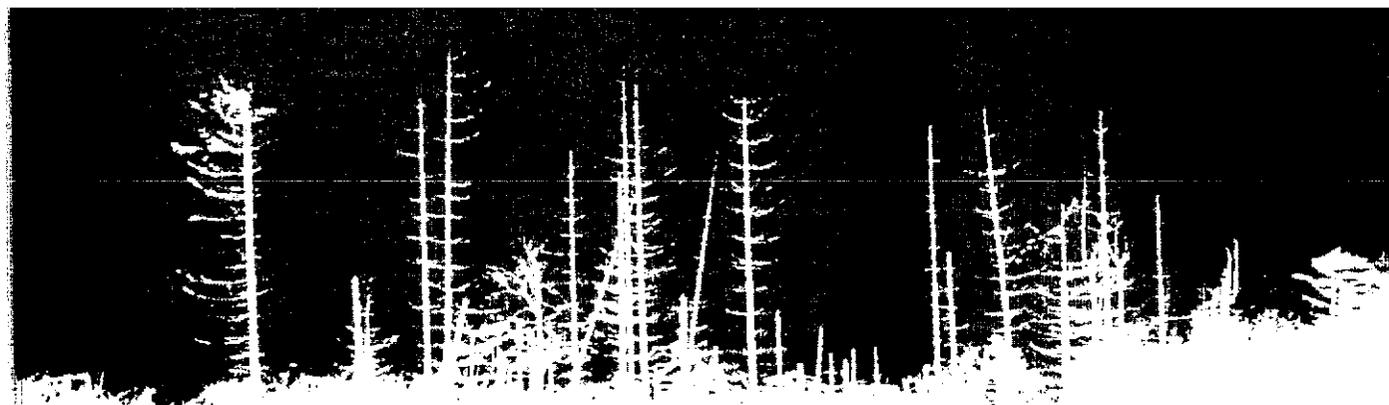
Sie beruht auf vier Leitideen:

- Bedürfnisorientierung (Hinterfragung des Bedürfnisses);
- Vertikalbetrachtung (Untersuchung eines Produktes über seinen ganzen Lebenszyklus, also von der Rohstofferschließung und Verarbeitung, über den Transport, die Produktion, Handel und Vertrieb, Konsum und Entsorgung);
- Horizontalbetrachtung (für jede Lebenszyklusphase werden die jeweiligen Auswirkungen auf Natur, Gesellschaft und Wirtschaft untersucht);
- Variantenvergleich (dabei kann eine der Alternativen auch aus einer Nullvariante bestehen).

In Verbindung mit den chemiepolitischen Leitsätzen des BUND (Minimierungsgebot für den Chemikalienverbrauch, Recyclinggebot und Grundsatz des ökologischen Designs, sozialer Nettonutzen) werden damit Kernelemente zukünftigen politischen Handelns im Bereich von Stoff- und Energieflüssen sichtbar. Das Konzept der Produktlinienanalyse ist auch deshalb so bedeutsam, weil es im kleinen den Blick freigibt auf das gesamte Verhältnis zwischen Natur und Gesellschaft, auf Abhängigkeitsverhältnisse im Hinblick auf (Roh)stoffe und zwischen Völkern, auf Zusammenhänge zwischen Produktion, Konsum und Lebensweise etc.

Die Produktlinienanalyse verweist auf komplexe Sachverhalte im stofflich-energetischen Bereich. Sie zwingt im Hinblick auf die notwendige Akzeptanz für eine ökologisch-strukturelle Umsteuerung in Industriegesellschaften wie die der Bundesrepublik dazu, auch eine grundlegende Veränderung und Demokratisierung der Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse vorzunehmen.

Entscheidend bleibt aber, daß auch eine ökologische Produktpolitik gleichzeitig als konstituierender Bestandteil eines sozial verträglichen Umbaus einer Industriegesellschaft begriffen wird. Er muß von verantwortbaren, längerfristigen Zeiträumen ausgehen, um damit auch jene Akzeptanz innerhalb einer Bevölkerung zu finden, die für einen demokratisch organisierten Umgestaltungsprozeß notwendige Voraussetzung ist.



Ralf Krämer

"Subsistenzielle Effizienz" versus "Gewalttätigkeit der Produktionsweise" ?

Kritische Anmerkungen zum Aufsatz von K. H. Tjaden in spw 57

I. Zur Problematik der „subsistenziellen Effizienz“

Tjaden kritisiert bisherige Kriterien volkswirtschaftlicher Effektivität: Selbst bei (versuchter) Internalisierung aller sozialen Kosten und Berücksichtigung nur „nützlicher“ (wer immer das beurteilen mag) produzierter Gebrauchswerte werde die Bewertung und Kritik der technischen Struktur, der Beanspruchung der natürlichen, menschlichen und sächlichen „Vermögen“ und der Qualität und Effizienz von Konsumtion und Bedürfnisbefriedigung ausgeblendet. Er postuliert dagegen als notwendiges Maß einer vernunftgemäßen Wirtschaftsverfassung und Politik die „subsistenzielle Effizienz“, in der all dies berücksichtigt werden soll.

Die Kritik an geläufigen Effektivitätskriterien ist berechtigt, aber sie kann sinnvoll nie mehr sein als Kritik, und sie muß letztlich konkret sein gegenüber bestimmten Momenten der Produktions- und Lebensweise. Insbesondere eine Quantifizierung und Zusammenfassung der zu berücksichtigenden Kriterien in einem Gesamtmaß „subsistenzielle Effizienz“ (dessen Entwicklung dann

etwa der des BSP gegenübergestellt würde) wäre mehr als problematisch. Die Vorstellung, „subsistenzielle Effizienz“ könnte als solche zu einem real wirksamen Kriterium der Entwicklung gesellschaftlicher Produktions- und Lebensprozesse gemacht werden, wäre unter mehreren Gesichtspunkten unsinnig.

1. Erstens ist eine solche Größe als vermeintlich objektive gar nicht bestimmbar. Eine monetäre Bewertung externer Effekte wie sozialer und ökologischer Kosten (oder auch positiver Nebenwirkungen) ist immer ein Stück weit willkürlich, eine politische Entscheidung. Dies schon deshalb, weil diese Effekte nie auch nur annähernd vollständig und schon gar nicht wertmäßig zu erfassen sind. Denn die Wertbestimmung kann sich immer nur auf reproduzierbare Produkte beziehen. Dabei muß streng genommen immer von irgendwelchen externen Effekten abgesehen werden. Der zur Reproduktion natürlicher Zustände oder zur Vermeidung externer Effekte gesellschaftlich notwendige Arbeitsaufwand wäre nicht zu bestimmen oder unendlich hoch, weil diese Effekte nicht (jedenfalls nicht völlig) zu vermeiden oder die Ausgangszustände nicht zu reproduzieren sind.

Auch ein Ausgleich von Beanspruchungen durch entsprechende Verbes-

Ich würde vorschlagen, die Verwendung der Kategorie „Bedürfnis“ auf Lebewesen zu beschränken, die diese Bedürfnisse in ihrem Verhalten äußern können.

serung anderer natürlicher oder menschlicher „Vermögen“ ist nicht objektivierbar. Die Bestimmung des Maßstabs, was und in welchem Maße als negativ oder positiv zu bewertender Effekt zu betrachten ist, ist mehr als problematisch. Dies wird besonders deutlich bei der Betrachtung der hier verwendeten Kategorie der Bedürfnisse. Die „Bedürfnisse“ der Bevölkerung, des Naturhaushalts und des Sachreichtums der Gesellschaft sollen bestimmt und „vernünftig“ befriedigt werden. Was sollen bitte die „Bedürfnisse“ des Naturhaushalts und des Sachreichtums sein? „Erhaltung“ dieser Vermögen? Unmöglich, alles ist in ständiger Veränderung. Nicht-Ausbeutung oder gar Steigerung/Ver-

besserung dieser Vermögen? Wer soll das bewerten, was ist das Kriterium? Ich würde vorschlagen, die Verwendung der Kategorie „Bedürfnis“ auf Lebewesen zu beschränken, die diese Bedürfnisse in ihrem Verhalten äußern können: nur dann kann man auch sinnvoll davon sprechen, daß Bedürfnisse befriedigt werden sollen.

Wer sich um Essen, Wohnung, Kleidung sorgen muß, wird sich im Zweifelsfall wenig um die Natur kümmern

Die Bewertung jeglicher Beanspruchung der Natur, der Menschen und der Produkte ihrer früheren Arbeit ist immer eine gesellschaftliche Entscheidung, die vor dem Hintergrund materieller Lebensbedingungen, sozialer Strukturen und Kräfteverhältnisse, der Definition und Durchsetzung von widersprüchlichen Interessen getroffen wird. Es geht immer um Prioritätensetzung in mehrdimensionalen Alternativen der Gebrauchswertproduktion und -konsumtion und der Beanspruchung der „Vermögen“. Es geht in ökologischer Hinsicht um Entscheidungen, welche Zustände und Entwicklungstendenzen der natürlichen Umwelt die Gesellschaften und die Menschheit insgesamt anstreben und was sie sich das gesellschaftliche Bedürfnis an gesunder Umwelt und langfristiger Entwicklung der natürlichen Lebensgrundlagen kosten lassen wollen. Konkret: einen wie großen Teil der gesellschaftlichen Arbeitszeit können und wollen sie dafür aufwenden, der damit nicht für die Befriedigung anderer Bedürfnisse genutzt werden kann.

Diese Kritik richtet sich gegen jeden vorgeblich objektiven oder gar monetarisierten Wohlfahrtsindikator. Maßstab kann letztlich immer nur die Befriedigung der Bedürfnisse der Indivi-

duen sein, die können nur von ihnen selbst definiert und begründet werden. Für SozialistInnen muß der gleiche Anspruch aller Individuen auf Achtung (unter Berücksichtigung zukünftiger Generationen) ihrer Bedürfnisse und Interessen Ausgangspunkt von Politik sein. Dies kann nur als regulatives Prinzip in Diskurse und Auseinandersetzungen eingebracht werden, in denen real entschieden wird, was als „gesellschaftliches Bedürfnis“ wirksam wird, und ist nicht verobjektivierbar. Auch „Bedürfnisse“ der Natur werden nur dann wirksam für die Tätigkeit der Menschen (und darum geht es ja wohl), wenn sie von ihnen zum eigenen Bedürfnis gemacht werden.

Dabei muß das Ziel realistisch gesetzt werden: Die Beanspruchung natürlicher Vermögen ist unvermeidbar (=Arbeit, als Stoffwechselprozeß mit der Natur ewige Naturbedingung menschlichen Lebens, vgl. auch MEW 23/198). Die Kreislaufförmigkeit des Stoffwechselprozesses kann aus naturgesetzlichen Gründen nur annäherungsweise erreicht werden. Diese Annäherung aber ist notwendig für eine nachhaltige und langfristig tragbare Entwicklung. Trotz aller Sparsamkeit und effektiven Verwendung von Energie wird Energieumwandlung immer notwendige Lebensbedingung sein, und viele Aktivitäten zur Vermeidung von Rohstoffverbrauch und Müllproduktion oder zum Recycling werden mit erhöhtem Energieaufwand verbunden sein. Neben Einsparung muß es hier darauf ankommen, diesen Energiebedarf aus regenerativen Quellen zu decken.¹

Problematisch ist auch die Bewertung „vernünftiger Bedürfnisbefriedigung“ und die damit zusammenhängende Differenzierung des Gebrauchswertbegriffs (vgl. Anm. spw 57, S. 47). „Vernünftige Bedürfnisbefriedigung“ darf nicht als „objektives“ Kriterium verstanden werden. Dieser Anspruch kann nur durch die konkrete Kritik bestimmter Lebens-, Produktions- und Konsumtionsweisen und die Formulierung von Alternativen inhaltlich gefüllt und aufklärerisch ins Bewußtsein der Individuen und in demokratische Entscheidungsprozesse eingebracht werden. Alles andere wäre der ökologisch motivierte Versuch der „Diktatur über die Bedürfnisse“ und würde auch nicht funktionieren. Die Diffe-

renzung des Gebrauchswertbegriffs kann auch nur diesen argumentativen Sinn haben, sie ist identisch mit einer Kritik entsprechender Bedürfnisse.²

Es muß auch vermieden werden, in eine Kritik vielfältiger entfalteter Bedürfnisse insgesamt zu verfallen. Denn diese Bedürfnisse und die Produktion der zu ihrer Befriedigung geeigneten Gebrauchswerte sind der materielle Kern zivilisatorischen und kulturellen Fortschritts (vgl. auch MEW 3/28). Sie ist nicht bzw. nur unter äußerem Zwang zurückzudrängen und auf dem gegenwärtigen Produktivkraftniveau schon gar nicht, weil sie ein notwendiges Moment dieser Produktivkraftentwicklung ist. Es kommt also darauf an, grundlegenden ökologisch (und sozial) orientierten Umbau der Produktions- und Lebensweise so voranzutreiben, daß er mit der Entwicklung differenzierter und höchstem Produktivkraftniveau entsprechender Bedürfnisse und ihrer Befriedigung kombiniert wird. Im Gesamtprozeß muß dabei eine Steigerung von Bedürfnisbefriedigung für die Mehrheit der Menschen erzielt werden. Nur dann wird dies demokratisch durchsetzbar sein.

Dies ist schwierig, aber nicht unmöglich. Einerseits kann Entfaltung der Bedürfnisse durchaus verbunden sein mit weitestgehend geringerer und sinkender Naturbeanspruchung. Andererseits geht es eben nicht nur um individuelle Bedürfnisse an Warenkonsum, sondern auch und immer mehr um die Entfaltung der Bedürfnisse an gesunder Umwelt und dauerhaft gesicherten natürlichen Lebensgrundlagen, an Muße und Lebenskultur, sozialer Kultur und Solidarität, um zunehmend ethisch motivierte Bedürfnisse. Die Grundlage für die Entwicklung all dieser Bedürfnisse ist aber die gesicherte Befriedigung grundlegender Lebensbedürfnisse und damit ein hohes Produktivkraft- und Zivilisationsniveau. Wer sich um Essen, Wohnen, Kleidung sorgen muß, wird sich im Zweifelsfall wenig um die Natur kümmern. Diese Bedingungen für die ganze Menschheit zu realisieren ist vielleicht das schwierigste Problem. Da es darum geht und dies etwas anderes ist als was normalerweise unter dem Begriff subsistenzieller Ökonomie verstanden wird, halte ich auch die Bezeichnung „subsistenzielle Effizienz“ für die Zielorientierung für nicht geeignet.

2. Zweitens besteht das Problem, daß mit der Konstruktion eines Kriteriums wie der „subsistenziellen Effizienz“ nicht viel gewonnen wäre, wenn es um die praktische Veränderung geht. Denn es handelt sich zunächst um ein theoretisches und von außen an die realen Prozesse herangetragen Konstrukt, das deshalb keineswegs reale Wirksamkeit für die ökonomisch und sozial handelnden Subjekte hätte.

Der Profit ist ja auch nicht deshalb das zentrale ökonomische Steuerungskriterium in kapitalistischen Gesellschaften, weil prokapitalistische Wissenschaftler es theoretisch so konstruiert und dann gesellschaftlich durchgesetzt hätten, sondern weil er in der Realität das Erfolgskriterium ist, das vom Kapital als der beherrschenden ökonomischen Macht der bürgerlichen Gesellschaft allgemein entwickelt und durch die Konkurrenz der Einzelkapitalen gegenüber verobjektiviert wird. Er ist in der Realität als solcher zu entdecken, die „subsistenzielle Effizienz“ dagegen muß erfunden werden. Im übrigen darf in diesem Zusammenhang nicht vergessen werden, daß das wirkliche Kriterium der ökonomischen Subjekte (oder genauer gesagt: der Einzelkapitale) auch nicht Maximierung „des Profits“ auf gesamtwirtschaftlicher Ebene ist, sondern Maximierung ihres konkreten einzelkapitalistischen Profits. Dieser wie auch die Wertschöpfung stellen sich allerdings überall in der gleichen und sich nur quantitativ unterscheidenden Form des Gelds dar und können daher durch Addition zu einem Gesamtindikator zusammengefaßt werden (im Gegensatz zur „subsistenziellen Effizienz“).

Nun könnte eingewendet werden, daß es ja gerade um ein Steuerungskriterium gehe, das im Rahmen fortschrittlicher Wirtschaftssteuerung und Gesellschaftsverfassung als solches erst realisiert werden müßte. Sozialismus soll sich ja auch gerade dadurch auszeichnen, daß die Gesellschaft planvoll und nach bewußten Kriterien ihren Lebensprozeß gestaltet. Genau dann stellen sich aber alle obengenannten Fragen und Probleme und zusätzlich eine ganze Reihe weiterer:

Wie und von wem soll dieses auf gesamtgesellschaftlicher und letztlich in globaler Interdependenz zu formulierende Krite-

rium für das ökonomische (und außer-ökonomische) Handeln der einzelnen Subjekte (vom Nationalstaat bis zum Gemeindehaushalt, vom multinationalen Konzern bis zum Tante-Emma-Laden, vom Deutschen Sportbund bis zu den einzelnen Individuen in ihren Eigenschaften als in den verschiedenen Formen Erwerbsarbeitende, KonsumentInnen, Hausarbeitende, HeimwerkerInnen, sich im Raum und in der Natur Bewegende etc.) operationalisiert und dann diesen vielfältigen Subjekten gegenüber und in ihren vielfältigen Aktivitäten als wirksam durchgesetzt werden?

Die Vielfalt der ökonomischen und sozialen Subjekte ist nicht aufhebbar. Bezogen auf die Individuen ist die möglichst freie Entwicklung dieser Subjekte sogar Ziel sozialistischer Politik. Diese Subjekte und ihre Freiheit zeichnen sich u.a. dadurch aus, daß sie (natürlich in ihrem sozialökonomischen Zusammenhang) ihre Bedürfnisse, Interessen und Effizienzmaßstäbe selbst definieren und durchzusetzen versuchen. Es muß aber immer darum gehen, 1. soziale und ökologische Kriterien in die Definition und Umsetzung der Interessen der einzelnen Subjekte aller Ebenen einzubringen und 2. komplexe Systeme der Wechselwirkung dieser Subjekte (Ökonomie, sonstige soziale Systeme) so zu gestalten, daß sozial und ökologisch schädliche Aktivitäten möglichst unterbunden oder konterkariert werden können. Die dazu nötigen Maßnahmen sind inhaltlich und von den Mechanismen her jeweils konkret zu diskutieren und zu gestalten, abzuwägen und durchzusetzen gegenüber konkurrierenden Kriterien. Abgesehen davon, daß die ökologischen und sozialen Gesichtspunkte, die sich in dem Begriff widerspiegeln sollen, dabei im einzelnen jeweils konkret zu beachten sind, wüßte ich nicht, was die Konstruktion eines Kriteriums „subsistenzielle Effizienz“ dabei helfen sollte.

II. Zur Problematik der „Gewalttätigkeit“ bisheriger Produktionsweisen

Nach Tjaden basiert die antagonistische Weise der Produktion auf dem Grundsatz der mengenmäßigen Steigerung des Stoff- und Energieumsatzes. Dies

geschehe nicht nur durch Steigerung der Produktivkraft der Arbeit bzw. effektiveren Einsatz der Arbeits- und Naturkräfte, sondern auch durch die immer weiter gesteigerte Ausnutzung und Nichtregeneration der natürlichen Energie- und Rohstoffquellen, der domestizierten Pflanzen und Tiere, der Gebärfähigkeit und „hausfrauisierten Tätigkeiten“ der Frauen und des Arbeitsvermögens unterdrückter Menschengruppen und Völker. Insoweit trägt für ihn das System der materiellen Transaktionen der modernen Gesellschaften noch wesentlich neolithischen (d.h. jungsteinzeitlichen) Charakter und handelt es sich um eine „gewalttätige“ Form des gesellschaftlichen Stoff- und Energieaustausches zwischen Mensch und Natur.

Bei dieser Darstellung werden m.E.:

1. die stofflichen und die gesellschaftlichen Dimensionen vermischt und durcheinandergeworfen,
2. eine Nichtreproduktion (Erschöpfung und Verbrauch) bzw. regelmäßige Beschränkungen der Reproduktionskapazität nicht nur der natürlichen, sondern auch der menschlichen Fähigkeiten und Leistungen behauptet, was der Realität nicht entspricht,
3. pauschal und unangemessen die Kategorie der „Gewalttätigkeit“ verwendet,
4. der „Gewalttätigkeit“ als „Produktionstyp“ quasi der Status einer gesellschaftsformationsübergreifenden Triebkraft der antagonistischen Gesellschaften zugemessen, wodurch diese „Gewalttätigkeit“ fetischisiert und nichts real erklärt wird,
5. dabei (und durch die Charakterisierung als „neolithisch“) die realen Triebkräfte und formationspezifischen Mechanismen ausgeblendet.

Zur Begründung meiner Auffassung: Der Antagonismus der Produktion wird von Tjaden bestimmt durch zwei Momente: a) Produktion und Aneignung von Mehrarbeit über das zur Reproduktion nötige hinaus, und b) Nichtreproduktion natürlicher und menschlicher Vermögen. Bei b) werden menschlich-gesellschaftliche Seiten mit natürlich-stofflichen vermischt. Die gesellschaftliche Seite von b) wäre

marxistisch als Überausbeutung zu bezeichnen. Seit Marx wissen wir, daß dies ein eher ausnahmsweises Phänomen und jedenfalls nicht grundlegend und notwendig für ökonomische Ausbeutung ist, die wesentlich auf a) beruht.

Eine Beanspruchung der Natur und insbesondere die Nichtreproduktion von Bodenschätzen ist in erheblichem Maße unvermeidbar.

Im Gegensatz zur These fortschreitender Nichtreproduktion ist in der Geschichte der Menschheit und insbesondere in der Entwicklung des Kapitalismus eine massiv erweiterte Reproduktion der Menschen zu verzeichnen (in jeder Hinsicht, sowohl bezogen auf die Anzahl der Menschen, ihre Lebensdauer, ihre Fähigkeiten und Leistungen, das Niveau ihrer täglichen Reproduktion). Das gilt auch für die Frauen und hier bei aller Doppelbelastung und „Hausfräusierung“ (hierbei ist das Problem v.a. die persönliche Abhängigkeit und nicht unzureichende Reproduktion) insbesondere für die Frauen in den kapitalistischen Zentren. Diese Aussage bezieht sich auf die Gesamttendenz, sie stimmt m.E. trotz kapitalistischer Ausbeutung und der damit verbundenen Prozesse von Ausgrenzung und Armut, Dequalifizierung, gesundheitsgefährdender Produktion, rassistischer und sexistischer Diskriminierung usw. Problematischer ist diese Aussage vielleicht für die Menschen in den armen Ländern, aber auch da ist differenziertere Analyse nötig. Zentral ist in keinem Fall „Nichtreproduktion“, sondern die Deformation und Zurichtung der Individuen und ihrer Re-

produktion und des Stoffwechsels zwischen Menschen und Natur gemäß den spezifischen Anforderungen der jeweiligen Produktionsweise. Das hat aber mit „neolithisch“ gar nichts zu tun.

Ich halte es insgesamt nicht für sinnvoll, die Nutzung bzw. den Verbrauch reproduzierbarer „Vermögen“ (Arbeitskraft, produziertes Sachvermögen) analytisch in einen Topf mit dem Verbrauch nichtregenerierbarer Ressourcen zu werfen. Eine Beanspruchung der Natur und insbesondere die Nichtreproduktion von Bodenschätzen ist in erheblichem Maße unvermeidbar und kann nicht sinnvoll pauschal als „Gewalttätigkeit“ bezeichnet werden. Das wird auch daran deutlich, daß die Menschen praktisch überall in „Kulturlandschaften“ leben, die ökologisch anders als unberührte Naturökosysteme sind (dennoch z.T. relativ stabil und teilweise schützenswert). Diese „Kultivierung“ der Natur und ihrer Landschaften ist die notwendige Grundlage des gesellschaftlichen Lebensprozesses. Dies als „Gewalttätigkeit“ zu bezeichnen und damit negativ bewerten oder in der Konsequenz abschaffen zu wollen, wäre identisch mit der negativen Bewertung und dem Ziel der Abschaffung der menschlichen Zivilisation. Außerdem könnte man auch bei Jäger- und Sammlergesellschaften und selbst bei Naturprozessen ohne Eingreifen der Menschen ständig Prozesse der Zerstörung und Nichtreproduktion bestimmter Naturbedingungen (= zugleich Produktion anderer Bedingungen, Veränderung) feststellen. That's life.

Eine andere Frage ist die Notwendigkeit, die Eingriffe in die Natur so zu gestalten, daß dauerhaft stabile Reproduktionskreisläufe ermöglicht werden. Dies ist auf einem hohen Niveau der menschlichen Reproduktion allerdings erst auf Grundlage entwickelter Produktivkräfte möglich. In früheren Epochen war die einzige Alternative zur „linearen“ Produktion, bei der die Natur praktisch als Rohstoffquelle und universelles Endlager genutzt wird, eine Lebensweise auf niedrigstem Niveau oder sogar überhaupt keine Lebensmöglichkeit in weiten Teilen der menschlich besiedelten Regionen der Erde. Realhistorisch war das natürlich überhaupt keine Alternative. Allerdings wurden in jeder Epoche Verwüstungen angerichtet, die über

die für die Produktion des menschlichen Lebens unvermeidliche Beanspruchung der Natur hinaus gingen. Diese sind einerseits auf die mangelhaften Kenntnisse und Fähigkeiten der Menschen zur Reduzierung und zum Ausgleich dieser Belastungen zurückzuführen, andererseits auf destruktive Kräfte und Wirkungen, die im antagonistischen Charakter der Gesellschaften und in zwischengesellschaftlichen gewalttätigen Konflikten begründet sind.

Die Menschen haben sich immer und überall die Natur zunutze gemacht und mußten dies, um ihre Bedürfnisse zu befriedigen. Im Maß wie ihre Produktivkräfte wuchsen, weiteten sie diese Beanspruchung und Veränderung der Natur für ihre Zwecke aus. Die Natur wurde dabei insoweit geschont, wie es sich als praktisch erfahrbares Erfordernis aufdrängte oder sich als Ergebnis der geringen Stufenleiter der Produktion von selbst ergab. Die im Zuge der Produktion eines Mehrprodukts sich entwickelnden Klassengesellschaften führten systematisch zu „Gewalttätigkeiten“ gegenüber der Natur, die nicht der Befriedigung menschlicher Reproduktionsbedürfnisse dienten, sondern der Sicherung und Ausweitung der Herrschaft und Aneignung von Mehrprodukt. Diese Mechanismen und deren geschichtliche Entwicklung sind dann für jede Gesellschaft konkret zu analysieren. Durch die Fetischisierung von „Gewalttätigkeit“ als bestimmendem Inhalt der bisherigen Zivilisationsentwicklung wird diese Aufgabe geradezu wegdefiniert und Erkenntnis blockiert statt produziert.³ „Gewalttätigkeit“ gegenüber der Natur ist eine Dimension, aber nicht Ursache der Entwicklung, genausowenig wie eine abstrakte „Ausbeuterigkeit“ der Gesellschaften als Ursache der Entwicklung auf Ausbeutung beruhender Klassengesellschaften betrachtet werden könnte. In den modernen auf industrieller Produktion beruhenden Gesellschaften wird die Schonung der Natur immer mehr zu einem Erfordernis der weiteren Entwicklung und zu einem Bedürfnis der Menschen, weil die Eingriffe in die Natur im Vergleich zu früher weit größere Dimensionen haben und mittlerweile die Akkumulation der Folgen bisheriger Eingriffe immer deutlicher wird. Dies ist der Ausgangspunkt für die Diskussion und die politische Anstrengung für einen ökologischen Umbau. Dieses Bedürfnis

gilt es zu entwickeln und durchzusetzen gegen Interessen, die auf die rücksichtslose Steigerung der Produktion von Gütern und Diensten und Aneignung und Akkumulation von Mehrwert gerichtet sind. In Richtung Sozialismus geht es darum, den Gesamtkomplex der Wechselwirkungen des gesellschaftlichen Lebensprozesses mit der Natur im Sinne menschlicher Bedürfnisbefriedigung im Rahmen stofflich möglichst geschlossener, energetisch effektiver und aus regenerativen Quellen gespeister Produktions- und Konsumtionskreisläufe und langfristig stabiler Ökosysteme zu gestalten.

III. Strategie des ökologischen Umbaus

Zu Tjadens Vorschlägen für eine Politik des ökologischen Umbaus gibt es aus meiner Sicht keinen Dissens. Sie beschreiben aber erst die Aufgabe, einen gesellschaftlichen (und globalen) Regulierungsmechanismus zu entwickeln, der in diesem Sinne wirkt. Dies ist nun aber in der Tat das Problem und nicht so einfach, wie man bei Tjaden den Eindruck haben könnte, wenn er schreibt, daß es sich bei „Plan“ oder „Markt“ „nur um Steuerungsmittel handelt, die man so oder so verwenden und miteinander verbinden kann“ (spw 57, S.45). Der Text leistet leider nur wenig zur angekündigten „politischen Ökonomie der Stoff- und Energieströme“

spw

1 „Regenerativ“ sind diese Quellen streng genommen auch nur relativ, für die Erde und sehr lange Zeiträume. Letztlich handelt es sich immer um Energie aus den Kernfusionsprozessen in der Sonne, und als solche betrachtet sind die natürlich nicht regenerativ und auch nicht ewig. Mit gesundheitsgefährdenden Wirkungen sind die übrigens auch verbunden, z.B. krebserzeugende kurzweilige Sonnenstrahlung - einige Menschen setzen sich dem sogar bewußt und freiwillig mehr als nötig aus, um mit Pigmentproduktion verbundene Abwehrreaktionen der Haut hervorzurufen. Diese unnötige „Beanspruchung ihres Hautvermögens“, gekennzeichnet durch Beschleunigung der Hautalterung und Erhöhung der Wahrscheinlichkeit der Entwicklung von Hautkrebs, nennen sie dann auch noch „Urlaub“. Eigentlich

müßten unter Arbeitsschutzgesichtspunkten für im Freien ausgeübte Berufe maximale jährliche Sonnenexpositionen festgesetzt bzw. das Recht auf Arbeit im Schatten verankert werden - ähnlich der maximalen jährlichen Dosis an Radioaktivität oder Röntgenstrahlung, der Beschäftigte ausgesetzt werden dürfen. Fazit: Realität ist immer Veränderung, nichts ist wirklich regenerativ, die Natur bleibt nie unberührt und ist auch kein Paradies, und das Leben ist auf jeden Fall beanspruchend und ziemlich tödlich.

2 Beispiel: Kritik des Bedürfnisses nach Kohle, weil es auch andere Möglichkeiten zum Heizen gibt; des Bedürfnisses nach Heizung, weil bessere Isolierung auch zu entsprechender Raumtemperatur führen kann. Man könnte es auch weiter treiben und das Bedürfnis nach dieser Raumtemperatur kritisieren, weil man sich ja auch wärmer anziehen oder durch körperliche Bewegung die gewünschte Körpertemperatur und Wärmeempfindung herstellen könnte, was bei hinreichender Ernährung vielleicht sogar gesünder wäre. Allerdings dürfte diese Argumentation auf weniger Akzeptanz bei den Betroffenen treffen als die Vorgezogenen.

3 Z.B.: „Um sie (die bis in die Urgeschichte zurückreichende Gewalttätigkeit) geschichtlich durchsetzen und immer wieder fortsetzen zu können, wurden die Klassengesellschaften erfunden“ (spw 57, S. 44). Erfunden?, deshalb?, von wem?, wie durchgesetzt? Oder ähnlich dubios: Die umweltschädliche Form der modernen Industrie „ist jedoch nicht unvermittelte Folge dieser (der kapitalistischen) Herrschaftsform, sondern vorab Steigerung des Wesens eines Produktionstyps, der diese ökonomisch-soziale Form brauchte, um sich weiter entwickeln zu können, was schließlich diese Substanz hervorbringen sollte“ (ebd.). Unzutreffend ist m.E. Tjadens Aussage, daß antagonistische Produktion auf dem Grundsatz der mengenmäßigen Steigerung des Stoff- und Energieumsatzes beruht (ebd.). Die Reproduktion vorkapitalistischer Klassengesellschaften ist nicht notwendig erweitert und dies auch vielfach real nicht gewesen. Im Kapitalismus ist erweiterte Reproduktion zwar immanenter Zwang bzw. Tendenz, aber das bedeutet hier Akkumulation von Kapital, also Wert, nicht notwendig stofflich erweiterte Reproduktion. Die Entwicklung des Kapitalismus wird uns vielleicht noch zeigen, daß es auch mit sinkendem Stoff- und Energieumsatz geht. Man sollte auch in ökologischer Hinsicht die Flexibilität kapitalistischer Produktion nicht unterschätzen, wenn genug Druck ausgeübt wird.

15 Jahre

SOZIALIST

Zeitschrift marxistischer Sozialdemokraten/Innen

Jetzt zum Kennenlernen:
15 Hefte aus 15 Jahren
zum Preis eines Jahresabos
von nur DM 21,00

solange Vorrat reicht!

Ich bestelle die 15 Sozialist-Ausgaben

Name _____

Strasse _____

PLZ-Ort _____

Bitte DM 21,00 beilegen
(Briefmarken oder V-Scheck)

Bestellcoupon ausfüllen, ausschneiden
und einsenden an:
SOZIALIST
im Korbchen 10
3400 Göttingen

ERDPOLITIK

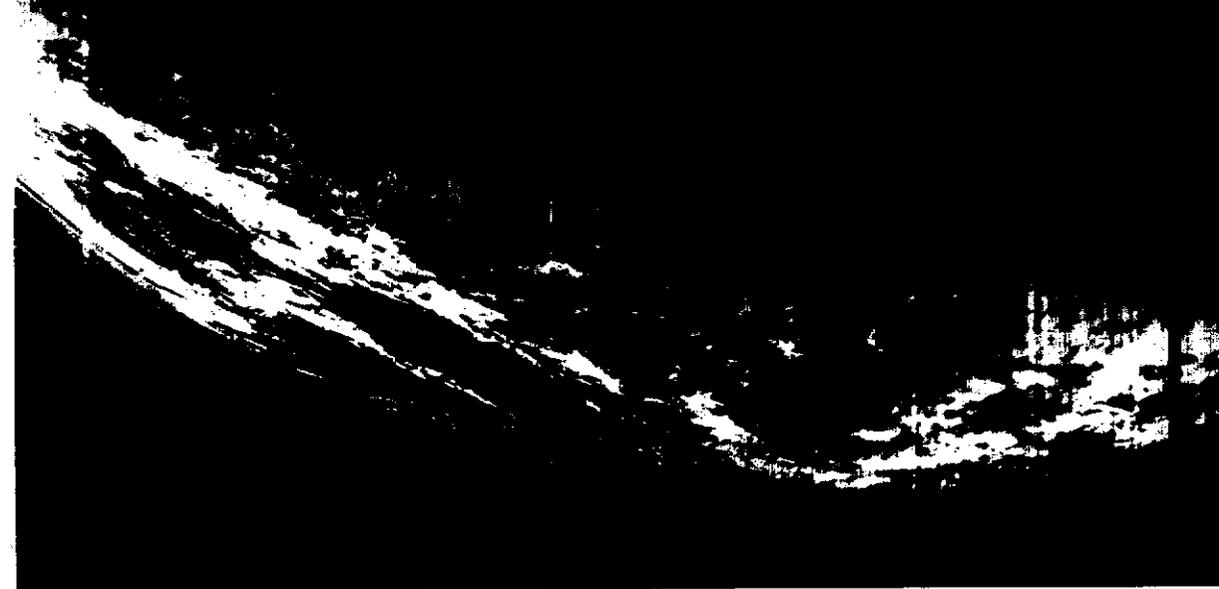
„Wenn die Tage des ökonomischen Jahrhunderts gezählt sind, was kommt danach? ... Wir treten, ob wir es wollen oder nicht, in ein Jahrhundert der Umwelt ein.“ Diese unerschütterliche Auffassung zieht sich durch alle Kapitel des Buches, und das überzeugend dargelegt. Dem Autor - Leiter des Europäischen Umweltinstituts in Bonn und Präsident des neugegründeten Institutes für Klimaforschung und Energie in Wuppertal - ist es gelungen, ein allgemein verständliches Fachbuch zu schreiben, mehr noch, ein motivierendes Buch. Vor allem die letzten Kapitel lassen nach der Lektüre nicht so schnell los. Unter der Überschrift „Ein neues Wohlstandsmodell ist gefordert“ werden die Grundzüge einer neuen, erdpolitischen Vision dargelegt, die „aufzubauen das Werk einer ganzen Generation von Menschen sein wird ... ein historischer Wandlungsprozeß vom heutigen Verschwendungswohlstand zu einer neuen Kultur des Wohlstands für alle.“

Alle Kapitel sind einzeln zu lesen - ein Vorzug beim täglichen politischen Gebrauch. Vollgespickt mit historischen Informationen der erste Teil über die Entstehung der „klassischen Umweltpolitik“ in

den USA, Japan und Europa; eine umfassende Bestandsaufnahme der „fünf Krisenfelder“ Energie und Stoffe, Verkehr, Landwirtschaft, Dritte Welt sowie biologische Vielfalt und Gentechnik im zweiten Teil; „Realpolitische Lösungsansätze“ dann im dritten Teil. Eine ökologische Steuerreform und Strukturwandel werden vorgestellt, die nicht Kosten verursachen, sondern Nutzen bringen und von revolutionärer Effizienz sind. Abschließend wird im vierten Teil die Vision des neuen Wohlstandsmodells entwickelt - auf sorgsam vorbereitem realpolitischem Boden der Teile 1 und 3 und daher überzeugend.

Ein stacheliger Gedanke schleicht sich ein trotziger Lektüre: Derart überzeugend formulierte Lösungsmöglichkeiten - schon fast unglaublich? Wir dokumentieren mit freundlicher Genehmigung des Autors und des Verlages das letzte Kapitel des Buches.

Ernst-Ulrich von Weizsäcker, „Erdpolitik - ökologische Realpolitik an der Schwelle zum Jahrhundert der Umwelt“, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt, 49,- DM



Ernst Ulrich von Weizsäcker

EIN NEUES WOHLSTANDS- MODELL

Was war nochmal die Frage?

Wenn sich einer auf die Straße stellt (oder an ein Rednerpult) und redet von einem neuen Wohlstandsmodell, einem Modell mit vielweniger Naturverbrauch, dann setzt er sich dem Gelächter aus. Wir haben doch Wohlstand, tönt es ihm entgegen, und er vermehrt sich immer weiter. Wir haben doch verbindliche Umweltgesetze und ausgefeilte Genehmigungsverfahren. Wozu brauchen wir irgend etwas anderes? Komme uns keiner mit Verzichtspredigten. So tönt es

aus dem Runde der Realisten. Tatsache ist aber, daß ungeachtet aller Bekenntnisse zum Umweltschutz die konkreten Entscheidungen in der Wirtschaft sowie in Kommunen, Ländern, Bund und EG noch immer im Mittel auf mehr Verbrauch der Umwelt und der natürlichen Ressourcen hinauslaufen. Trotz aller Bekenntnisse zum Umweltschutz stehen wir noch fest und uneingeschränkt im Jahrhundert der Ökonomie. Die Forderung nach einem neuen Wohlstandsmodell, einem dauerhaften und ökologisch verträglichen Wohlstand wider-

spricht der heutigen Realität noch diametral. Und doch ist sie unabweisbar.

Die jetzige Form von Wohlstand, den wir für erreicht, für die Ausgangslinie künftiger goldener Zeiten halten, ist nicht durchhaltbar.

Zur Erinnerung: 3000 Quadratmeter Wald und tausend Tonnen Mutterboden verlieren wir sekundlich. Der Artentod grassiert. Ozonloch und Treibhauseffekt bedrohen uns. Und wir im Norden verbrauchen rund zehnmal soviel Energie, Wasser, Land und Rohstoffe pro Kopf wie die Entwicklungsländer. Eine Verfünfachung der weltweiten Verbräuche hält die Erde nicht aus. Es ist absolut zwingend, daß wir im Norden uns auf geringere Verbräuche einstellen. Die jetzige Form von Wohlstand, den wir für erreicht, für die Ausgangslinie künftiger goldener Zeiten halten, ist nicht durchhaltbar. Wenn wir diese banale Tatsache verdrängen, bereiten wir einen politischen und ökologischen Weltbrand vor, gegen den der zweite Weltkrieg wie ein Scharmützel wirken würde.

Wenn ich einen das Kriterium der Dauerhaftigkeit erfüllenden neuen Wohlstand fordere, dann spreche ich nicht von einem idyllischen, idealistischen Wunschtraum, sondern von einer äußerst ersten Gefahrenabwehr. Den Ernst der Lage können wir nicht erkennen, wenn wir nicht über den nationalen Tellerrand hinausblicken. Erst der erdpolitische Horizont zwingt uns, den Ernst der Lage zu erkennen.

Aber wenn es so ernst um uns steht, warum verwende ich dann so konse-

quent das Wort „Wohlstandsmodell“? Warum rede ich nicht direkt von Umkehr und Verzicht? Meine Antwort ist ganz einfach: weil eine Halbierung oder Drittelung der Verbräuche an Energie, Wasser und Mineralien, Stillstand im Bodenverbrauch und ein konsequenter Übergang zu sauberen Technologien ohne Verzicht auf Wohlstand möglich ist. Und weil sich andererseits ein politischer Konsens zum Verzicht auf Wohlstand nicht rasch genug herbeiführen läßt. Aber den Verteidigern von Komfort und Wohlstand muß mit aller Schärfe klargemacht werden: Wenn wir uns nicht rasch und gemeinsam auf den Pfad zu einem dauerhaften Wohlstand begeben, dann ist der Verlust und verzichtreiche Zusammenbruch der alten Wohlstandsidylle vorprogrammiert.

Und die Rolle der Ökonomie?

Im Einleitungskapitel hatte ich das Jahrhundert der Ökonomie als Episode bezeichnet und zum Aufbruch ins Jahrhundert der Umwelt aufgerufen. Und doch sind die konkreten Vorschläge des ganzen Buches an der ökonomischen Realität, an der Wirtschaftsverträglichkeit und an der Wohlstandspräferenz der Menschen orientiert. Wie verträgt sich das? Darauf gibt es zwei Antworten.

Die erste lehnt sich an die laienhafte Geschichtsphilosophie des ersten Kapitels an. Der Übergang von einem kulturbestimmenden Prinzip auf ein anderes weist keine wirklichen Brüche auf. Die Ablösung des Nationalstaatsgedankens durch die Ökonomie vollzog sich über die „Nationalökonomie“. Für die Ablösung der Fürsteherrschaft war es höchst bedeutsam, daß man das Volk als „Souverän“ titulierte - ein Begriff, der ein Jahrhundert später schon einen antiquierten Klang hat.

Die Konfessionskriege wurden nicht durch die Entwertung der Konfessionen, sondern durch die heute höchst eigenartig klingende Zauberformel „cuius regio, eius religio“ (die Region übernimmt die Konfession des Fürsten) zu einem Ende gebracht. Ohne gute Verankerung in der Gegenwart sind Zukunftsentwürfe politisch nicht tragfähig. Umweltpolitik ohne oder gegen die Ökonomie ist in unserem Jahrhundert Traumtänzeri.

Der zweite Grund geht etwas tiefer. Die Ökonomie ist denn doch etwas zeitunabhängiger, als es die Konfessionskriege waren. Auch wenn der Erhalt der Natur zum dominanten Handlungsprinzip wird, so werden doch dadurch bestimmte ökonomische Grundtatsachen wie Wohlstandsorientierung, Egoismus, Neid, Gewinnstreben und das Vergnügen an Machtakkumulation nicht ausgelöscht, sondern lediglich in einen langfristig tragfähigen Rahmen eingefasst. Auch hat der Erhalt der Natur und ihrer Produktivität durchaus eine ökonomische Rechtfertigung: Umweltschutz ist Langzeitökonomie. Und das neue Wohlstandsmodell will nichts anderes als Langzeitwohlstand.

Worin besteht das neue Wohlstandsmodell?

Wie sieht es aber aus, das neue Wohlstandsmodell? Die erste Antwort mag überraschen: Das „Modell“ sieht überhaupt nicht aus. Es ist nicht ein Zustand, sondern ein Vorgang. Es ist der historische Wandlungsprozeß vom heutigen Verschwendungswohlstand zu einer neuen Kultur.

Die zweite Antwort ist rein äußerlich und ist eine Art Negativ-Definition, die nach dem bisher Gesagten fast selbstverständlich ist: Der neue Wohlstand, die neue Kultur ist durch eine rasche Verminderung der Verschmutzung und des Naturverbrauchs pro Kopf gekennzeichnet. Aber die Antwort geht noch weiter. Der neue Wohlstand besteht auch darin, daß die Vermeidung von Kosten endlich auch als der Nutzen wahrgenommen wird, der sie ist. Und die Vermeidung von Luftverschmutzung, von Wasserverschmutzung, von Rohstoff- und Energieverschleiß ist eine Vermeidung von Kosten. Wieder frei durchatmen können, ist Nutzen, und Energievergeudung zu vermeiden sowieso.

Der Umweltschutz scheint sich historisch von einem Kostenfaktor (Sanierung, Filterbau) zu einem Nutzenfaktor (Effizienzrevolution) zu entwickeln. Aber bislang ist die Wahrnehmung noch beim „Kostenfaktor“ stehengeblieben. Die Wahrnehmung der guten Umwelt und der Effizienzsteigerung als Nutzen führt zu der dritten, der schwierigsten Antwort

Der private Luxus
ist nur das
grelleste Merkmal
von menschlichen
Gesellschaften
mit ungleicher
Wohlstandsverteilung.

auf die Frage nach dem Gesicht des neuen Wohlstandes. Nur Anhaltspunkte sind möglich. Jeder Leser mag zunächst versuchen, sich selbst vorzustellen, wie sich Wünsche und Lebensumstände verändern, wenn Heizöl, Autofahren, Fliegen, Fleisch, Kunststoffe, Aluminium und manches andere wesentlich teurer und Information, viele Dienstleistungen, Kultur deutlich billiger werden; wenn die Anbieter von Waren deren Haltbarkeit, Reparierbarkeit oder Rezyklierbarkeit preisen, wenn das öffentliche Verkehrsnetz im Nah- und Fernbereich bedeutend besser funktioniert (aber teuer bleibt); wenn Eigenversorgung und Eigenarbeit gefördert oder zumindest geduldet werden; wenn die Erwerbsarbeit flexibilisiert wird; wenn die ökologische Verödung des ländlichen Raums rückgängig gemacht wird und sich das Naherholungsgewerbe neue Verlockungen ausdenkt (was hat das für Auswirkungen auf die Urlaubsplanung?); wenn sich das Bildungswesen verstärkt auf neue Lebensstile einstellt und wenn neue Kommunikationstechniken alltaglich verfügbar sind.

Aus der Summe von Millionen individueller Antworten auf solche Fragen und

aus deren laufender, zum Teil modischer Veränderung ergibt sich dann eine neue Kultur. Aber schon die Art der Fragen deutet an, daß es sich dabei nicht um einen tristen Marsch ins materielle Elend handelt, sondern tatsächlich um neue Formen des Wohlstands.

Um diese Aussage noch zu verstärken, spreche ich sogar ungeniert von *Luxus* im Jahrhundert der Umwelt. Durch die Umweltkrise wird der Wunsch nach Luxus ebensowenig verstummen, wie er durch die französische, russische oder chinesische Revolution verschwunden ist. Der Luxus wird aber ein ganz anderes Gesicht haben. Unter der Randbedingung, daß die Umwelt und die unwiederbringlichen Ressourcen geschont werden müssen, wird sich der Luxus mit einiger Sicherheit auf andere Gebiete verlagern. Exquisite Kunstgenüsse, exquisite Bildung und eine exquisite (aber ohne Natur-Raubbau auskommende) Küche scheinen ökologisch unbedenklich zu sein. Selbst Reiten, Segeln, gute Hotels und parkähnliche Grundstücke (mit hoher Artenvielfalt) sind nicht sonderlich umweltschädlich und könnten einer Luxuskaste von Genießern nicht weniger Vergnü-

gen vermitteln als Rennfahrten im Maserati und mit Öl geheizte Schwimmbäder.

Es wird immer ein legitimes Ziel der Gesellschaftspolitik sein, den Luxus zu bekämpfen und den Bedürftigen zu helfen; aber des ökologischen Arguments kann sich die Gesellschaftspolitik nicht mehr so gut bedienen, wenn sich der Luxus ökologisch anpaßt.

Der private Luxus ist nur das grellste Merkmal von menschlichen Gesellschaften mit ungleicher Wohlstandsverteilung. Der tägliche Arbeitskomfort der Manager vom Kurzstreckenflug und dem Wagenpark bis zur klimatisierten, geräumigen Zimmerflucht im Büro und den Konferenzen in Verschwendungshotels ist nicht weniger umweltgefährdend als der private Luxus. Auch hier ist eine Umstellung nötig und wahrscheinlich. Im Vier-Sterne-Hotel werden die Minuten unter der heißen Dusche gezählt werden, während vielleicht der Konsum aus der Minibar oder die Telefoneinheiten in bestimmten Grenzen kostenlos werden. Für die Büroarchitektur werden umweltschonendere Alternativen wiederentdeckt, und die Benutzung von Flugzeugen und Autos wird auf das funktionale Minimum beschränkt.

Längerfristig ist es durchaus denkbar, daß sich die Vorstellung von Wohlstand und Luxus weitgehend vom *Verbrauch* von Natur abkoppelt. Unsere heutige Idee von Wohlstand und Luxus durch immer weiter wachsenden Konsum ist nicht nur ökologisch unhaltbar, sondern auch unter dem Gesichtspunkt der Bedürfnisbefriedigung äußerst fragwürdig. Die „Grenzen der Bedürfnisbefriedigung“ hat der Kanadier William Leiss¹ aufgezeigt. Ivan Illich wird nicht müde, immer neue „Kontraproduktivitäten“ in den Hamsterrädchen der Konsumgesellschaft und ihren Dienstleistungen aufzuzeigen.² Und eine Arbeitsgruppe um Klaus M. Meyer-Abich hat die Fehlleitung der Bedürfnisse in Deutschland analysiert.³

Das Feiern von Festen mit Freunden, die Erfüllung in geistigen, religiösen und künstlerischen Erfahrungen sowie die ästhetische Freude an einer sich regenerierenden Natur sind Formen der Befriedigung, die uns schon heute vertraut oder zumindest vorstellbar sind.

Nichts spricht dagegen, daß sich die kulturelle Bedeutung solcher Erfahrungen verstärkt und daß neue hinzukommen, vorausgesetzt, daß die materielle Versorgung nicht insgesamt in Gefahr gerät.

Die ersten drei Antworten auf die Frage nach dem Gesicht des neuen Wohlstandsmodells sind weitgehend unpolitisch formuliert. Das darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Frage in Wirklichkeit politisch höchst brisant ist.

Ökodiktatur im Jahrhundert der Umwelt?

Die vierte und vielleicht wichtigste Antwort auf die Frage nach dem Gesicht des neuen Wohlstands ist *politischer* Natur, und es ist eine aus der Besorgnis stammende *Forderung*. Es ist das klare Nein zur Ökodiktatur.

Die Mangelwirtschaft in Krieg oder Nichtkrieg war schon immer der ideale Ansatzpunkt für Diktaturen. Die freiheitliche Demokratie umgekehrt konnte sich am leichtesten dort ausbreiten, wo es genug zu verteilen gab. Die ökologischen Sachzwänge, die uns, ob wir es wollen oder nicht, in ein Jahrhundert der Umwelt hineinzwingen, wären ein geradezu idealer Vorwand für Staaten, Staatenbünde oder Wirtschaftsgiganten, eine Art Ökodiktatur zu errichten.

Diktaturen haben immer irgendeinen populären oder moralischen Grund gehabt oder herbeimanipuliert, der ihr totalitäres Auftreten legitimiert. Die im ersten Kapitel charakterisierten Jahrhunderte der Konfessionskriege, der Fürstentümer und der Nationalstaaten bieten jede Menge Anschauungsmaterial für diese Tatsache. Das erste Jahrhundert seit langem, in welchem die Ablehnung des Totalitarismus zum Prinzip erhoben wurde, ist tatsächlich unser jetziges. Aber eben um den Preis, daß mehr verteilt und versprochen wurde, als eigentlich da ist. Es wird ein großes Kunststück sein, die antitotalitären Prinzipien des Rechtsstaates, der Demokratie und der ökonomischen und kulturellen Entscheidungsfreiheit des einzelnen, welche dem Jahrhundert der Ökonomie seine Kraft verliehen haben, in eine Zeit hinüberzueretten, in welcher weniger zu verteilen ist.

Die Versuchung für den Staat wird groß sein, die begrenzten Ressourcen zu rationieren, das Wirtschaftsgeschehen im Detail zu lenken und von oben festzulegen, was Bürger „um der Umwelt willen“ tun und lassen müssen. Experten für „Lebensqualität“ könnten von oben definieren, was für Bedürfnisse befriedigt werden dürfen. Die Umweltverwaltung kann ihrerseits zur Megamaschine (Lewis Mumford) werden. Eine ökologische „schöne neue Welt“ (Aldous Huxley) ist in Sicht. Und da die Umweltkrise weltweit ist, kann es theoretisch ganz leicht zur weltweiten Einigung auf totalitäre ökologische Prinzipien kommen. Der Ausweg der Emigration wäre verbaut. Wie verhindert man die Ökodiktatur? Drei Wege müssen beschritten werden:

1. Wir müssen die ökologische Umsteuerung *rechtzeitig*, solange noch reichlich Freiheitspielräume vorhanden sind und noch nicht alles der akuten Not untergeordnet ist, vornehmen.
2. Wir müssen unter den umweltpolitischen Instrumentensystematisch diejenigen fördern, die freiheitsfördernd sind, und diejenigen zurückdrängen, die strukturell polizeirechtlich sind.
3. Wir müssen uns schon jetzt um Freiheitsräume kümmern, die unbedingt zu schützen sein werden, wenn die Zwänge und Nöte des Jahrhunderts der Umwelt zur alles beherrschenden Realität werden.

Die ersten beiden Wege sind Gegenstand dieses Buches in seinen ersten drei Teilen.⁴ Der dritte Weg führt durch Neuland. Ich kann nur einige Stichworte dafür angeben, worauf zu achten sein wird⁵:

- Die Menschenrechte heutiger Prägung dürfen nicht eingeschränkt werden.
- Die ökologische Begrenzung des Handelns soll sich in einem transparenten Handlungsrahmen, nicht in Detail und Verhaltensvorschriften ausdrücken.
- Das Subsidiaritätsprinzip, nach welchem die höhere Ebene nur dort tätig wird, wo die untere dies braucht und möchte, muß ein staatlicher Grundpfeiler sein.
- Die Selbstversorgungsfähigkeit sollte gefördert werden. Auch ganze

Dörfer, Stadtviertel oder Regionen sollten vor staatlicher Detailregelung oder wirtschaftlicher Abhängigkeit geschützt werden; dies bedeutet eine Einschränkung des Wirtschaftshandelns.

- Arbeitszeitmuster und Berufs“menüs“ sollten verstärkt der individuellen Wahl überlassen werden.
- Rechtsstaat, Demokratie (einschließlich lokaler Demokratie) und die Begrenzung wirtschaftlicher Macht gewinnen zusätzliche Bedeutung.
- Anti-Uniformitätsbestimmungen für Produkte, Landschaften und das Bildungswesen sollten entwickelt werden.

All dies klingt auf den ersten Blick idealistisch. Für Leute von heute ist der harte Konkurrenzkampf um Marktanteile, um Exporte und technologische Vorsprünge die alles beherrschende Realität. Mit schönen Worten über Subsidiarität oder Berufsmenus wird die Übernahme von Firmen durch japanische Banken oder das aggressive Marketing der „Vier Tiger“ (Korea, Taiwan, Singapur und Hongkong) nicht abgewehrt. Wenn überhaupt, dann müßten solche hehren Prinzipien weltweit durchgesetzt werden.

Das ist sicher richtig, aber es muß **einer** den Anfang mit den neuen **Prinzipien** machen. Die nächste Aufgabe ist es dann, Bundesgenossen in Japan und anderswo zu finden. Die erdpolitischen Realitäten bereiten ja überall den Boden für Proteste, Neubessinnung und neue rechtliche und institutionelle Bedingungen. Zwei Ziele der weltweiten erdpolitischen Solidarität sollten im Vordergrund stehen: die Abrüstung sowie die einschneidende Begrenzung der Käuflichkeit von ökologisch relevanten Dingen wie Wäldern oder Land durch Kapital von außen.

Bildung und Kultur

Kultur und Bildung verändern sich über die Jahrhunderte. Sie prägen auch die Jahrhunderte. Viele unserer Wertvorstellungen beziehen wir aus den Schulen unserer „Kultur“. Wenn wir jetzt auf das Jahrhundert der Umwelt zugehen und ein neues Wohlstandsmodell entwickeln wollen, dann müssen wir auch unsere Kultur weiterentwickeln und das

Sozialgeschichte in der Diskussion

Rüdiger Scholz (Hg.)



Kritik der
Sozialgeschichtsschreibung

Argument

Kritik der Sozialgeschichtsschreibung

Hg. von Rüdiger Scholz
Argument-Sonderband AS 166
216 S., br., DM 18,50

Mit Beiträgen von Hans Peter Hermann, Georg G. Iggers, Rüdiger Scholz und Immanuel Wallerstein

Daß in der Geschichte aller Gesellschaften die Entwicklung der Aneignung und Bearbeitung der Natur und der Formen des Eigentums an menschlicher Arbeit zu den Hauptmotoren historischer Prozesse gehört, ist eineinhalb Jahrhunderte lang nur von ganz wenigen bürgerlichen Historikern akzeptiert worden. Mit dem internationalen Aufschwung der Sozialgeschichte in allen historischen Disziplinen zeichnet sich eine Änderung ab. Die Dominanz der Politik- und Ereignisgeschichte wird mittlerweile entschieden in Frage gestellt. Zugleich verstärkt sich die Diskussion um die verschiedenen Konzepte, Kategorien und Begriffe von Sozialgeschichtsschreibung. Neu begonnen wurde die Auseinandersetzung mit marxistischen Historikern. Diese Debatte wird infolge des Zusammenbruchs des Marxismus-Leninismus in den ehemals sozialistischen Ländern eine neue Wendung nehmen.

Argument

Rentzelstraße 1 · 2000 Hamburg 13

Bildungswesen der neuen Aufgabe anpassen.

Das ist leichter gesagt als getan. Das heutige Bildungswesen ist weder inhaltlich noch strukturell auf die neue Aufgabe vorbereitet. Es ist nach Schulfächern und Disziplinen geordnet und hauptsächlich auf die Berufsqualifizierung ausgerichtet. Abfragbarkeit, Gerechtigkeit und objektive Leistungsmessung rangieren hoch. Erziehung zur Verantwortung ist zwar ein Ziel, aber der Hauptschulalltag, die Leistungskurse der Gymnasien oder die Berufsschulwirklichkeit lassen nur minimalen Spielraum für die Verfolgung des Ziels. Ökologische Inhalte werden von Biologie- und Geographielehrern vermittelt. Aber mit Feuchtbiosphärenökologie und Lagerstättenkunde wird man den Herausforderungen der Umweltkrise nicht gerecht. Ganze Schulfächer müßten umdefiniert, die Zusammenarbeit von verschiedenen Fachlehrern erleichtert und die Lehrerbildung und -fortbildung von Grund auf reformiert werden. Berufsprofile jeglicher Art, Wissenschaftsverständnis und der Praxisbezug der Bildungseinrichtungen müßten generalüberholt werden. Der Erwachsenenbildung könnten faszinierende neue Aufgaben im Dienste der ökologischen Umgestaltung von Betrieben, Haushalten und Gemeinden zuwachsen.⁶ Die Internationalität der Umweltkrise und der lokale Bezug der ökologischen Beobachtung bilden einen herausfordernden Spannungsbogen. Kein Schulfach, vielleicht mit Ausnahme von Sport, Musik und alten Sprachen, bleibt unberührt.

So aufreibend und ärgerlich eine solche erneute tiefgreifende Reformwelle sein mag - sie hat einen großen Vorteil, den frühere Bildungsreformen nicht in dem Maße hatten: Diesmal werden die Schüler mitmachen und nicht abseits stehen, geht es doch um ihre Zukunft.

Die Kultur im Jahrhundert der Umwelt dürfte sich grundlegend von der heutigen unterscheiden. Natur, Tiere und Pflanzen müssen - wie in vielen Religionen - einen Wert an sich darstellen. Sie müssen aus ihrer heutigen Rolle als bloße „commodity“ (Ware, vom Wortstamm her auch „Bequemlichkeit“) herausgehoben werden.

Eine Ästhetik der Vielfalt, der ökologischen Dauerhaftigkeit, der Langfristig-

keit, der Langsamkeit, der Fehlerfreundlichkeit, der bewußten Grenzziehungen (und dennoch der weltweiten Zusammengehörigkeit), der Unverkäuflichkeit, der Eigenarbeit, der Allmende kann zum überlebenswichtigen Merkmal der Kultur im neuen Jahrhundert werden. Wertvorstellungen und monetäre Bewertung von Waren und Diensten könnten sich tiefgreifend verändern, und viele Dinge und Tätigkeiten werden der monetären Bewertung wieder völlig entzogen.

All dies ist aber keineswegs eine Vision des Rückschritts in mittelalterliche oder steinzeitliche Kulturen. Die Hochtechnologie, der Wohlstand, der weltweite und der kosmische Horizont gehen ja nicht verloren.

Mit diesen Andeutungen über die neue kulturelle Richtung, die Europa der Welt schuldet, endet dieses Buch über die Erdpolitik.

Die Erde verdient es, daß wir sie als unsere Heimat ansehen. Die Heimat, das wissen alle Kulturen, zerstört man nicht.

spw

Anmerkungen

- ¹ William Leiss, *The Limits to Satisfaction*, University of Toronto Press, 1979.
- ² Z.B. Ivan Illich, *Fortschrittsmythen* (Schöpferische Arbeitslosigkeit Energie und Gerechtigkeit - Wider die Verschulung), Reinbek 1983.
- ³ Klaus M. Meyer-Abich/Dieter Birnbacher, *Was braucht der Mensch, um glücklich zu sein. Bedürfnisforschung und Konsumkritik*, München 1979.
- ⁴ Es verdient insbesondere festgehalten zu werden, daß die „ökologische Steuerreform“ (Kapitel 11) unter den wirksamen Instrumenten das freizügigste zu sein verspricht.
- ⁵ Sehr lesenswert sind hierzu: James Robertsons neues Buch *Future Wealth - A New Economics for the 21st Century*, Cassell, London 1990, sowie das neue Buch von H. Daly, dem „Klassiker“ der dauerhaften Wirtschaftsweise: Herman E. Daly/John B. Cobb jr., *For the Common Good. Redirecting the Economy Toward Community, the Environment and a Sustainable Future*. Beacon Press, Boston 1989.
- ⁶ Eine bemerkenswerte Form der Erwachsenenbildung ist das gemeinsame Erarbeiten von Wunsch- und Planungsvorstellungen, wie sie z.B. Peter C. Dienel mit seinen „Planungszellen“ oder Robert Jungk mit den „Zukunftswerkstätten“ entwickelt haben. Im Raum Basel hat sich ein „Basler Regio Forum“ konstituiert, welches die Zukunftswerkstättenidee räumlich verwirklicht: Hartmut E. Arras/Willy Bierter, *Welche Zukunft wollen wir? - Drei Szenarien im Gespräch*, Basel 1989.

Elmar Altvater Die Zukunft des Marktes

Ein Essay über die Regulation von Geld und Natur
nach dem Scheitern des real existierenden Sozialismus



Für den ökologischen Abbau des Kapitalismus - oder: Was ist Entropie?

Elmar Altvater, *Die Zukunft des Marktes* - Ein Essay über die Regulation von Geld und Natur nach dem Scheitern des „real existierenden Sozialismus“, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 1991, 386 Seiten, 38,- DM

Halbe Revolution und große Krise

Das Scheitern des „real existierenden Sozialismus“ ist für Altvater keine Frage der zukünftigen Entwicklung, sondern eine Tatsache. Der Versuch, das kapitalistische Vorbild einzuholen und zu überholen, machte aus der sozialistischen Revolution, die „1917 ihren Siegeszug begann, bis in ihre alten Tage - ein Dreivierteljahrhundert später - eine halbe Revolution: die gesellschaftliche Regulierung, das politische System, die ökonomische Planung wurden grundlegend umgestaltet, doch die „Technostruktur“, die Arbeitsorganisation, die Produktionsmethoden, die Konsumstandards - und mit ihnen das Bewußtsein der Menschen - waren vom entwickelteren Vorbild im Westen abgekupfert, ganz nach dem Motto: die entwickelteren Produktivkräfte können auch in den sozialistischen Aufbau inte-

griert werden.“ Allerdings - Altvater wiederholt bei der Analyse des gescheiterten Sozialismus nicht altbekannte Verklärungsmuster, sondern stellt fest: „Die angedeuteten Krisenerscheinungen im kapitalistischen Westen sind durch die Auflösung der real-sozialistischen Gesellschaften in den Hintergrund getreten; was bedeuten schon Dauerarbeitslosigkeit, Schuldenkrise der Dritten Welt, Börsenkrach und Verfall hegemonialer Macht gegenüber dem Kollaps einer Gesellschaftsordnung?“ Denn es sieht ja nicht so aus, als würden die kapitalistischen Gesellschaften vor einer organischen Krise (Gramsci) stehen: „Dies wirft aber sofort die Frage auf, warum in einer großen gesellschaftlichen Krise die eine Gesellschaftsformation zusammenbricht, während die andere transformiert wird.“ Diese Fragestellung durchzieht den ersten Teil des Buches: Die unterschiedlichen Gesellschaftsformationen Kapitalismus und Sozialismus werden mit ihren kleinen und großen Krisen und deren Ursachen historisch und aktuell beleuchtet. „Unter dem Primat der Ökonomie (im Kapitalismus, d.A.) müssen Krisen schon politisch werden, um den Charakter der großen Krise anzunehmen, während im System des realen Sozialismus unter dem Primat der Politik, institutionell sichtbar in der Partei- und Staatsbürokratie, ökonomische Krisen unmittelbar politisch sind. (...) Die destruktive Kraft von Krisen ist also für die Entwicklung von kapitalistischen Gesellschaften eine Produktivkraft; sie ist eine materiale Basis für die heilsame Inangansetzung der schon angedeuteten transformistischen Prozesse. In dem trägen Fluß krisenfreier Entwicklung in real-sozialistischen, aber dennoch widersprüchlichen Gesellschaften sinken soviel destruktive Potenzen als Sedimente ab, daß der Fluß zum Stehen kommt.“ Die politischen Instanzen sind für Fehlentwicklungen und Fortschrittsblockaden verantwortlich und haben kein Interesse daran, daß sie dafür verantwortlich gemacht werden - geschweige denn, überhaupt Fehler zuzugeben: „Die gesellschaftliche Stagnation wird zur sozialen Explosivkraft und treibt die Destrukturierung weit über die innersystemischen Transformationen im Verlauf der „großen Krise“ hinaus. Nicht Mutation, nicht Transition und Transformation finden statt, sondern eine Revolution. Was danach kommt ist ungewiß. Revolutionen aber

sind nicht per se progressiv; in der Geschichte gibt es regressive Involution. Die Versprechungen der russischen Revolution werden zurückgenommen und dem Projekt der Moderne in seiner hochentwickelten kapitalistischen Form wird Tribut gezollt. "Der Markt ist nach einer solchen „Revolution“ aber gerade nicht die zeitlose Antwort auf die Herausforderungen der Zeit: „Die Möglichkeiten, mit marktwirtschaftlich gesteuerten Prozessen Wohlstand, Industrialisierung und Modernisierung zu erreichen, sind nur im zeit- und raumlosen Modell gegeben, nicht aber in der Chaotik der wirklichen Welt.“ Die Konsequenzen einer solchen Marktgläubigkeit sind bekannt: „Die „förmliche“ Ökonomie des Marktes kann saniert werden, aber um den gesellschaftlichen Preis der Verlagerung der Überlebensstrategien der Menschen in den „informellen Sektor“, durch die Schaffung der „Zwei-Drittel-Gesellschaft“. Aber es geht Altvater dabei nicht nur um die Fehlentwicklungen in den Metropolen des Kapitalismus: Brasilien z.B., das hinter Japan und der BRD auf der Liste der exportierenden Länder steht, befindet sich in einem Teufelskreis: „Das Wachstum der Wirtschaft wird beschnitten, wenn seit Jahren an die fünf Prozent des Sozialprodukts für Zinszahlungen an internationale Banken aufgewendet werden müssen und folglich für Investitionen zur Ankurbelung des Wachstums zu wenig übrigbleibt. Die Inflation läßt sich nicht eindämmen, wenn die Importe reduziert und die Exporte ausgedehnt werden müssen, um mit dem Handelsbilanzüberschuß den Schuldendienst finanzieren zu können. Mit anderen Worten: es ist heute vor allem die Art und Weise der monetären Steuerung der internationalen Arbeitsteilung, mit der der globale Gegensatz zwischen reichen und armen Ländern in Spannung gehalten wird. Wir müssen uns also dem Geld des Weltmarktes zuwenden.“

Über Geld und Revolutionen - oder: Die Herrschaft des Zinssatzes

Im Abschnitt „Das Geld des Marktes“ tut Altvater dies dann auch ausführlich. „Das Geld ist der Feind der Ware und umgekehrt. Denn Geld entfernt sie aus der Zirkulation und nimmt die geräumte

Stellung ein und die Ware attrahiert das Geld, um es aus der Zirkulation zu ziehen. Der wechselseitige Reiz existiert freilich nur so lange, wie sich beide knapp halten: Warum sollte Geld für Dinge im Überfluß gezahlt werden, die auch ohne Geld zu haben sind - die Luft zum Atmen beispielsweise? Und warum sollten Waren gegen überschüssiges Geld hergegeben werden, mit dem nichts zu holen ist? Im Fall der Ware hat deren Besitzer wenigstens einen konkreten Gebrauchswert, im Fall des Geldes nur einen monetären Anspruch, dessen Einlösbarkeit unsicher ist: „Diese Unsicherheit ist entscheidend - denn Geld kann die Ökonomien auf Trab bringen oder zerstören: (...) das Geld als Zahlungsmittel ist das Problem, weil es Schuldverhältnisse voraussetzt (und konstituiert), Gegenwart und Zukunft verknüpft, also ein Moment von Unsicherheit enthält, und zur Produktion rückgekoppelt ist, die nicht nur den Bedingungen der Finanzsphäre von Zahlung und Nichtzahlung gehorcht, sondern technischen und sozialen Verhältnissen, in denen erstens der Klassenkonflikt zwischen Lohnarbeit und Kapital enthalten ist und zweitens die Umformung von Stoffen und Energien unbedingt das monetäre Resultat der Erwirtschaftung von Tilgungen und Zinsen haben muß.“ Der Überblick über die Geschichte des Geldes und des Kreditwesens verdeutlicht mit vielen Beispielen die „destruktive Kraft“, die „menschliche Tragödien erzeugt und soziale Verhältnisse umwirft, und mit denen die Schneisen geschlagen“ werden, „in denen sich die kapitalistische Produktionsweise vorwärts bewegt.“ Schulden- und Kreditkrisen sind wesentlicher Bestandteil des industriellen Zyklus, die periodische Wiederkehr ist seit über 150 Jahren zu beobachten. Die Macht des Geldes ist der Kredit, mit dem die Modernisierung der Gesellschaft und der Produktionsverhältnisse angetrieben werden soll - was aber meist mißlingt. Die Darstellung der Geschichte von Schuldenkrisen dient dabei nicht der Anhäufung von Wissen an und für sich, sondern liefert exaktes Material und Argumente gegen die Politik der Weltbank, die immer noch von der Hypothese des Schuldenzyklus ausgeht: „Ein Land durchläuft nach der idealtypischen Lesart fünf Stadien der Entwicklung, nämlich vom jungen Schuldnerland (1) über das reife Schuldnerland (2) zum Schulden tilgenden Land (3) und

zum jungen Gläubigerland (4). Schließlich erreicht es das Klassenziel als reifes Gläubigerland (5). Dieser Schuldenzyklus hat aber mit dem schleichenden Bankrott vieler Länder nichts zu tun, da die fallenden Rohstoffpreise und die steigenden Zinsen seit Beginn der achtziger Jahre alle Gewinne wieder in den Schuldendienst fließen lassen. Politische Lösungen sind gefragt, die zur Voraussetzung die Streichung der Schulden haben muß, damit eine andere Entwicklung in den betreffenden Ländern überhaupt möglich werden kann.“

Ökologische Kritik der politischen Ökonomie

Die Wirkung der Schulden ist noch eine andere: „Schulden können von Generation zu Generation vererbt werden, man kann die Zahlung seitens der Schuldner einstellen oder sie generös seitens der Gläubiger streichen. Doch von den heute verbrauchten nicht erneuerbaren Ressourcen bleiben zukünftigen Generationen nur Abfall, Abwasser, Abluft; der Mensch ist ein Müll produzierendes Wesen. (...) Die in Vergangenheit und Gegenwart degradierte oder zerstörte Natur verhindert ökonomische Entwicklung in der Zukunft. Die durch den Markt geforderte Effizienz ist zustande gekommen, weil aus dem Reservoir der natürlichen Ressourcen so geschöpft worden ist, als ob sie grenzenlos zur Verfügung stünden und die Menschen nicht mit der inneren wie der äußeren Natur haushalten müßten. Zwischen dem ökonomischen System und der Natur kann sich ein positiver, also sich ein wechselseitig steigender Rückkopplungsmechanismus ausbilden: Die ökonomischen Zinssignale erzwingen die Erwirtschaftung eines Überschusses, dieser kommt durch Übernutzung von natürlichen Ressourcen zustande. Die degradierte Naturbasis des Produzierens und Konsumierens erschwert die Erwirtschaftung einer den Zinsen angemessenen Rendite. Die Schuldenkrise hat negative ökologische Wirkungen und degradierte Natur verschärft die Schuldenkrise.“ Für den Ausgleich dieser Naturschäden überall auf der Welt hält Altvater eine monetäre Herangehensweise für ungenügend. „Selbst wenn die Veränderungen der natürlichen Umwelt in Preisen bewertet und in Geld kompensiert werden, bleiben sie zunächst als Sachverhalt beste-

Ein zentraler Punkt der Marxschen Theorie ist die Erkenntnis, daß ökonomische Prozesse immer einen Doppelcharakter aufweisen: Als Transformation von Werten (Verwertung/ Wertbildung) und als Transformation von Stoffen und Energien

hen, mit dem alle ökonomischen Akteure umzugehen haben: Auch finanziell kompensierte Wasserverschmutzung macht das Wasser nicht sauber, und auch eine CO₂-Abgabe für sich genommen hält den Treibhauseffekt nicht auf, solange nicht technische Veränderungen des Produktionsprozesses forciert und die individuellen und kollektiven Konsumgewohnheiten nicht gemäß energiesparender Normen umgestellt werden. Anhand des tropischen Regenwaldes macht Altvater ausführlich darauf aufmerksam, wie die politische Ökonomie des Kapitalismus in ihrer Bemächtigung der äußeren Natur Schäden hervorruft, die die Entwicklungsmöglichkeiten der Menschen weltweit einschränkt. Altvater macht klar, daß von vornherein sparsam mit Energie und Naturstoffen umgegangen werden muß - auch bei der Reparatur von schon geschädigten Regionen, da sonst an anderer Stelle wieder der Naturverbrauch höher ist als der Nutzen. Dabei kommt Marx gut weg - Altvater bezeichnet dessen Theorie als einzigartig, denn „sie erlaubt den theoretisch konzeptionellen Brückenschlag vom System der Werte zu den Gesetzmäßigkeiten der Natur, ohne die Natur

-wie in der Neoklassik - zu ökonomisieren oder die Ökonomie ganzheitlich-anthroposophisch zu naturalisieren“.

Denn ein zentraler Punkt der Marxschen Theorie ist die Erkenntnis, daß ökonomische Prozesse immer einen Doppelcharakter aufweisen: Als Transformation von Werten (Verwertung/Wertbildung) und als Transformation von Stoffen und Energien (Arbeitsprozeß/„Stoffwechsel“ zwischen Mensch und Natur). Diesen Zusammenhang heute mit den Kenntnissen über die Natur auch in einem Zusammenhang zu sehen, ist für Altvater eine vordringliche Aufgabe. „Ökonomische Theorie kommt um eine Theorie des Gebrauchswerts nicht mehr herum; in ihr kommt dem Entropiebegriff ein zentraler Stellenwert zu.“ Abluft, Abwasser, Abfall und Energieverbrauch bei der Produktion von Gebrauchswerten müssen vermieden werden. Die Qualitätsverschlechterung (Entropie) von Energie (und Stoffen) als Folge ihrer Nutzung ist sozial gestaltbar - aber nur unter der Voraussetzung, daß das vorherrschende verdinglichte Naturbewußtsein überwunden wird. Bei der Umsetzung und Gestaltung einer Produktionsweise, die die Überlastung des Ökosystems der Erde verhindern könnte, brauchen die Menschen deshalb Beteiligungsrechte als Produzenten und Konsumenten: „Dem Markt kommt eine widersprüchliche Rolle zu. Zum einen ersetzen Planung und Produzentendemokratie (Selbstverwaltung) die Funktion des Marktes als Findungs- und Abstimmungsmechanismus von ökonomischen Entscheidungen. Auf der anderen Seite allerdings ist der Markt innerhalb eines komplexen demokratisierten Systems der Regulation ökonomischer und gesellschaftlicher Verhältnisse unverzichtbar; denn nicht alle ökonomischen Prozesse sind planbar und in einer arbeitsteiligen Gesellschaft sind die Menschen nicht nur Produzenten, sondern sie bleiben Konsumenten, die hoffnungslos überfordert wären, jede alltägliche Konsumentscheidung als politischen Wahlakt artikulieren zu müssen. (...) Der Fehler des liberalen Diskurses besteht ja nicht darin, die Leistungen des Marktes bei der Bildung von stimmigen (relativen) Preisen zu unterstreichen, sondern darin, dieses Prinzip zu einem für alle gesellschaftlichen Bereiche strukturierendem Rationalprinzip zu deklarieren und andere nichtmarktmäßige Formen der

Regulation ökonomischer Prozesse zu bergwöhnen und in der marktradikalen Variante (...) gar auszuschließen.“

Fazit:

Auch wenn es wohl eher seiner Bescheidenheit zuzurechnen ist - das Wort „Essay“ im Titel von Altvaters neuestem Buch ist ein vollkommener Fehlgriff: Denn ein Essay ist eigentlich eine „knappe, anspruchsvolle Abhandlung“. Knapp ist die „Zukunft des Marktes“ aber nicht abzuhandeln. Dafür ist dieses Essay aber sehr anspruchsvoll.

Elmar Altvater ist eine detailreiche, erschöpfende und kompetente Kritik am Kapitalismus gelungen, die es nicht nötig hat, ständig auf der Feststellung herumzureden, daß Markt und Plan kein Gegensatz sind. Zwar erzeugen manche seiner theoretischen Abhandlungen auch mal Schweißperlen auf den Augen und Schwielen im Gehirn - aber konkrete Beispiele belohnen die Mühe immer. Und wenn der Überblick mal verloren geht: Jeder neue Abschnitt des Buches bringt eine Zusammenfassung des vorher dargelegten Inhalts; so wird die Einordnung einfacher und der Stellenwert der einzelnen Abschnitte untereinander deutlich.

Diese Rezension ist denn auch mehr eine Leseprobe - mit hoffentlich den Stellen, die Lust auf mehr machen. Interessierte werden Altvater allerdings verzeihen müssen, daß der eigenwillige Sprachgebrauch von Worten wie „eskamotieren“, „desaströs“ oder „eklatieren“ zuweilen die inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Buch unnötig erschwert. Aber: „Die Zukunft des Marktes“ mit seinem ausführlichen Literaturteil sollte ohnehin nicht individuell konsumiert werden, sondern besser in Lesekreisen oder Seminaren Gegenstand von Diskussionen und Gesprächen sein - die vorliegende Anhäufung von Wissen in diesem Buch gibt der Linken ein Stück der Kompetenz, die sie brauchen wird, um die Zukunft zu gestalten. Also: Lest los!

Hans-Joachim Olczyk, Oldenburg

Der Frauenkalender



WIR FRAUEN 1992

Taschenkalender mit flexiblem Einband in Lila & Lesebändchen, 11 x 15cm
Redaktion: Florence Hervé & Renate Wurms
Gestaltung: Gitta Büsch

288 Seiten, DM 11,80
ISBN 3-89438-018-7

Der "Liebste"... Treu und seit Jahren bewährt, und doch alle Jahre wieder ganz neu. Der Lila-Kalender. Frauentaten in Kalenderdaten, Tips, Ratschläge, Wissenswertes aus Geschichte und Gegenwart. Für Anfängerinnen und Fortgeschrittene. Viel Schönes fürs Auge: Fotos, Karikaturen, Raritäten. Und fürs Herz: Gedichte und Geschichten von klugen Frauen. Geeignet als Terminkalender wie auch als Büchlein zum Schmökern und Sammeln. Im 14. Jahr mit Beiträgen u.a. von Peggy Parnass, Ute Gerhard, Gisela Steineckert, Margret Gottlieb, Lilo Rauner, Felicia Langer, Christiane Barckhausen und einem neu entdeckten Text von Agnes Smedley. Im "Kleinen Lexikon" gehen dieses Mal die Hexen um...

PapyRossa Verlag

Petersbergstr. 4, 5000 Köln 41, Tel. 0221/44 85 45 und 44 62 40

Uwe Kremer

Linke Weltsichten

Vorbemerkungen zum Artikel von
Christoph Spehr

Mit dem Artikel von Christoph Spehr in dieser und dem Aufsatz von Frank Wilhelmy in der letzten Ausgabe der spw ist es zu einer gewissen Zuspitzung in der laufenden Debatte um die „neue Weltordnung“ gekommen - einer Ende des vergangenen Jahres in unserer Zeitschrift begonnenen Diskussion, in der es seitdem nicht nur um das Thema „Golfkrieg“, sondern zugleich auch um die linken Weltsichten nach dem Ende der „alten Weltordnung“ geht. Ich halte es an dieser Stelle für angebracht, die Diskussionslinien etwas nachzuzeichnen und auf Querverbindungen und Gegensätze hinzuweisen, die vielleicht so aus den verschiedenen Artikeln nicht erkennbar werden. Dieses diskursive Verfahren (Aufspüren bzw. Entwickeln von Sinnzusammenhängen zwischen unterschiedlichen gedanklichen Linien und Elementen) ist aber unbedingt notwendig, damit die ganze Diskussion „Sinn“ macht und uns gemeinsam weiterhilft. Hierbei wird sich schon in den folgenden kurzen Ausführungen zeigen, daß der Diskurs um die „neue Weltordnung“ außerordentlich weit greift und vor allem um das Verständnis von moderner „Zivilisation“ und in diesem Kontext auch um die „Zivilgesellschaft“ kreist.

Hierbei handelt es sich um zwei Begriffe, die im Laufe der 80er Jahre zunehmend aus dem Schatten der klassischen Terminologie des System- und Klassengegensatzes (auf der Basis von „Gesellschaftsformationen“ und „Produktionsverhältnissen“) herausgetreten sind und sie in den letzten Jahren zunehmend überlagert oder sogar schon abgelöst haben. Es ist offenkundig, wie sich in diesem diskursiven

Vorgang die realen Prozesse niedergeschlagen haben - vermittelt über das „neue Denken“ auf der einen, Debatten über die soziale Um- und Entstrukturierung in der „Risikogesellschaft“ auf der anderen Seite. Die Ausbreitung der Kategorien „Zivilisation“ und „Zivilgesellschaft“ ging zwar von den existierenden globalen und sozialen Fragestellungen aus, zielte aber zugleich auf ein positives und noch zu realisierendes Programm der „Zivilisierung“ der Weltgemeinschaft wie der Gesellschaft - ein Programm, das sich im Prinzip als kritische Fortführung der „Moderne“ und auf der Basis westlicher Errungenschaften (v.a. Technologie und Demokratie) versteht.

Es scheint aber so, daß diese Verbindung von radikaler Kritik der globalen und gesellschaftlichen Zustände auf der einen und „moderner“ Programmatik auf der anderen Seite bislang nicht gelungen, zumindest aber kaum verbreitet ist. So hatte etwa das „Projekt Moderner Sozialismus“ genau diesen Versuch unternommen: Aber darüber sind die Zeiten mittlerweile auch hinweggegangen und die Ausdifferenzierungen haben eher noch zugenommen. Auf der einen Seite das „moderne“ Spektrum: Bisherige System- und Klassenfragen sind hier noch stärker in einen Ansatz verwandelt worden, der vor allem auf Strukturen der aufgeklärten Kommunikation und Konfliktregulierung zielt. Hinsichtlich der „Zivilgesellschaft“ des modernen Kapitalismus finden wir diesen Ansatz vor allem in verschiedenen Beiträgen zur „demokratischen Frage“ (in der spw 1/91 durch Klaus Dörre reflektiert), besonders deutlich übrigens in einem Interview mit Eberhard Fehrmann (ebenfalls in der spw 1/91). Hinsichtlich der „Zivilisation“ geht es in mehreren Aufsätzen um die „Zivilisierung“ internationaler Konflikte (so Klaus-Peter Weiner in spw 2-91/ und Corinna Hauswedell in spw 3-91/), die im jüngsten Artikel von Frank Wilhelmy allerdings erheblich zugespitzt worden ist: Gestützt auf die Zivilisationstheorie von Norbert Elias verlangt er mit Blick auf den Golfkrieg ein „internationales Gewaltmonopol“ mit - auch militärischer - Interventionskapazität.

Vor allem bei Frank Wilhelmy kann man unterstellen, daß diese Art der internationalen Konfliktregulierung sich im

wesentlichen auf das Machtpotential des „Westens“ stützt. Dies dürfte aber nicht nur eine Frage von „Macht“ sein, sondern wäre letztendlich nur durch die modernen Strukturen der westlichen Staaten und vor allem ihrer „Zivilgesellschaften“ von links her zu rechtfertigen. Der diskursive Zusammenhang zwischen Fehrmann und Wilhelmy könnte demnach lauten: Je positiver die Bezugnahme auf die (mehr oder weniger) demokratische „Zivilgesellschaft“ des Westens, desto stärker die Hinwendung zur modernen, d.h. westlich geprägten „Zivilisation“ als Grundmuster für die „neue Weltordnung“. Genau an dieser Stelle - dem modernen westlichen Zusammenhang von „Zivilgesellschaft“ und Zivilisation“ - schlägt nunmehr Christoph Spehr mit seinem vorliegenden Artikel zu (ohne sich auf Fehrmann oder Wilhelmy explizit zu beziehen).

Spehrs Argumentation knüpft dabei an einer anderen diskursiven Entwicklungslinie an, die sich vor allem während des Golfkonfliktes herausgebildet hat. In seinen Thesen zur „Neuen Weltordnung“ in der spw 2-91 sieht Ingolf Ahlers die „moderne Zivilisation“ mit ihrer Rationalität und ihrer „Aufklärung“ nicht so sehr als ein positives Programm oder gar als fortschrittliche Realität, sondern im wesentlichen als ein globales Gewalt- und Ausplünderungsverhältnis an. Ökonomisch beruhe dieses Verhältnis auf dem Raubbau an den natürlichen (incl. menschlichen) Ressourcen, der durch den Industrialismus weltweit ausgedehnt worden sei. In dieser Hinsicht besteht eine Querverbindung zur historischen Ableitung einer „Politischen Ökonomie der Stoff- und Energiekreisläufe“ durch Karl-Hermann Tjaden in der spw 1-91 (vergleiche auch die Kritik daran durch Ralf Krämer im vorliegenden Heft).

Auf der anderen Seite wird dieses Verhältnis als Herrschaft des „weißen Mannes“ interpretiert und der „modernen Zivilisation“ des Westens demnach ein tiefgehender Rassismus unterstellt, der aktuell im Verhältnis zum „Orient“ besonders krass zum Vorschein komme. In dieser Hinsicht bestehen Querverbindungen zu mehreren Essays von Rainer Bäcker (spw 3-90 und - zum Bertolucci-Film „Himmel über der Wüste“ - spw 6-90), zu einem „kurzum“ meinerseits (2-91) und zur Besprechung

Dr. Uwe Kremer, spw-Redakteur und Politikwissenschaftler, Dortmund

des Mahmoody-Buches (bzw. -Filmes) „Nicht ohne meine Tochter“ durch Birgit Zoerner in der letzten spw. Vor allem die beiden Filmbesprechungen thematisieren die massenhafte Verbreitung rassistischer Einstellungen „für gehobene Ansprüche“ in den aufgeklärten „Zivilgesellschaften“ des Westens. So wird auch in kultureller Hinsicht der positive Bezug auf die „Zivilisation“ und die „Zivilgesellschaft“ (einschließlich mancher „multikultureller“ Konstruktionen auf der Linken) in Frage gestellt.

Allerdings geht Christoph Spehr nun darüber noch deutlich hinaus, zumal er etwas unternimmt, was bei Ahlers fehlt: die Diskussion einer Perspektive. Es ist eindeutig: Er sieht sie im Bruch mit dem Projekt der (westlichen) Moderne und „Aufklärungsemanzipation“, in der Abkoppelung aus den weltweit vorgegebenen ökonomischen Zusammenhängen (Perspektive: selbstverwaltete Subsistenzproduktion) und in der Zurückweisung internationaler (letztlich westlich dominierter) Regulierungsversuche (festgemacht an der Migrationsfrage).

Hierbei gerät Sabine Kebir in sein argumentatives Schußfeld: Er wirft ihren Ausführungen in der spw 1-91 vor, die Menschen in der „3. Welt“ den Erfordernissen und Normen des Industriesystems und damit des Westens ausliefern zu wollen. Dies ist im gesamten Diskursfeld insofern ein sehr spannender Punkt, als Sabine Kebir selbst in einem früheren Artikel (spw 1-91) die „Weltherrschaft des Industriemenschen (bzw. -mannes)“ in einer zunächst durchaus ähnlichen Weltsicht wie Ahlers, Spehr u.a. thematisiert hat. Allerdings wendet sie sich in diesem wie auch im von Spehr kritisierten Artikel zugleich gegen jede Form von Nischenstrategien, sieht zur Industrialisierung der bisherigen Entwicklungsländer keine Alternative und stellt „nur“ die Frage, ob eine andere Form der Industrialisierung jenseits des „Industrialismus“ möglich sei. In gewisser Hinsicht fordert sie die Teilhabe der Massen in den südlichen Erdteilen an den Errungenschaften der bislang westlichen Moderne ein. Was gleichzeitig ihre Transformation und „Entwestlichung“ einschließen dürfte.

Tatsächlich sehe ich hierin auch den Ansatz dafür, die radikale Zivilisations- und Gesellschaftskritik wieder mit dem

„Projekt der Moderne“ zu verbinden und damit den Sackgassen zu entfliehen, in die sich fundamentale Kritiker der Moderne wie Spehr und realpolitische Weltzivilisierer wie Wilhelmy verrennen.

Kritik und Perspektiven für den weiteren Diskurs seien an dieser Stelle nur kurz zusammengefaßt:

1. Der Ansatz von Spehr zielt geradewegs auf die von Kebir kritisierte Nischenkonzeption. Die geforderte Abkoppelung aus der weltweiten ökonomischen Arbeitsteilung ist für die (zumeist rohstofflosen) Länder der '4. Welt' längst bittere Realität im Rahmen einer ökonomischen Weltordnung, in der der größte Teil der Handelsbeziehungen zwischen den entwickelten kapitalistischen Ländern abgewickelt wird. Spehrs Abkoppelungswirtschaftsposition akzeptiert faktisch die gegebene Weltordnung, indem sie den Anspruch auf Teilhabe am weltwirtschaftlichen Reichtum mit dem Loblied auf die Subsistenzwirtschaft konfrontiert. Weltweite Umverteilung zugunsten einer anderen, selektiven und ressourcensparenden Industriestruktur (s. Kebir, aber auch Dettlef Bimboes in diesem Heft) ist die einzige Perspektive für den Süden. In der ökonomischen, sozialen und politischen Kultur müßte daher ein Weg gefunden werden, der die Modernisierung der südlichen Weltregionen mit einer Entwestlichung der Moderne verbindet.

2. Eine derartige weltweite Regulierungskonzeption ist allerdings nur schwerlich durch die Überlegungen von Frank Wilhelmy abgedeckt: Die Suche nach einem 'internationalen Gewaltmonopol' bedeutet unter den gegebenen Umständen tatsächlich, eine Weltherrschaft des 'zivilisierten' Westens (unter US-Führung) über die anderen Weltregionen zu reetablieren. Denn eben dies - hierin Ingolf Ahlers folgend - war der tiefere Sinn des Golfkrieges, der auch einen Konflikt zwischen der 'modernen' Zivilisation der weißen Völker und dem 'Orient' darstellt. Hierfür steht stellvertretend wie auch zugespitzt der Konflikt zwischen Israel und Arabien. Die Ausführungen zum Thema Israel/Irak zeigen deutlich die grundsätzlich westliche

Parteinahme durch Frank Wilhelmy, die faktisch die neue Weltordnung unter Führung der USA akzeptiert. Im Rahmen einer derartigen Weltordnung kann man allerdings die nur angedeutete Perspektive weltweiter Umverteilung zugunsten des Südens ebenso getrost vergessen wie im Ansatz von Spehr.

3. Aus meiner Sicht bietet der von Ahlers skizzierte Diskurs - in Verbindung mit der 'Politischen Ökonomie der Stoff- und Energiekreisläufe' a la Tjaden und Bimboes und der kulturellen Kritik am zivilisierten Rassismus hiesiger Prägung - durchaus geeignete Grundlagen für eine radikale 'neue Weltansicht' der Linken. In der Konsequenz aber wird man auf der einen Seite eine derartige Politische Ökonomie weltweit etablieren müssen. Auf der anderen Seite - und dies ist ein springender Punkt - braucht der 'Süden' Bündnispartner im 'Norden'. Wie immer man im einzelnen zur vergangenen Rolle der UDSSR gestanden haben mag: sie hinterläßt gerade in dieser Hinsicht eine Lücke, die man nicht durch Abkopplungsstrategien oder 'internationale Gewaltmonopole' ausfüllen kann. Notwendig ist ein Aufbrechen der 'nördlichen' bzw. 'westlichen' Allianz und die Entwicklung einer eigenständigen Rolle Europas (d.h. zunächst einmal Westeuropas) mit Blick auf die weltweite Produktionsweise wie auch auf das internationale Sicherheitssystem.

4. Die Linke wird daher nicht daran vorbeikommen, ihre radikale Kritik in eine machtpolitische Option umzusetzen, die den Ländern der '3. Welt' Bündnisperspektiven für eine Modernisierung jenseits des bisherigen - in der Tat gewalttätig und rassistisch geprägten - Zivilisationsmodells verschafft. Und es wird daher hierzulande darauf ankommen, den Diskurs entsprechend fortzuentwickeln und zu organisieren: im Sinne einer radikalen europäischen Perspektive für die 'neue Weltordnung'.

spw

Christoph Spehr

"Westliche" Kultur und "multikulturelle" Weltgesellschaft

„Die Beute wird, wie das immer so üblich war, im Triumphzug mitgeführt. Man bezeichnet sie als die Kulturgüter.“

(Walter Benjamin, Über den Begriff der Geschichte)

„Wir“ fühlen uns gut. Es ist uns praktisch nicht auszutreiben. „Linke unterscheiden sich von Linken durch die Lernfähigkeit der Einen ... Der angeschimmelte Linke heute jedoch ist nicht nur bewegungsunfähig, sondern dazu noch bequem geworden. Er malt sich die Kämpfe im sog. Trikont nicht mehr aus, sondern er holt sich diese ins eigene Haus. Multikulturell ist das Stichwort. Ausdrücke dieser Bewegung, die es so toll findet, wenn alles so schön bunt ist, finden sich an jeder Straßenecke: in den postmodernen Trinkhallen wird der neue Rausch kreiert ...“ (1)

Man kann nicht mehr vom Golfkrieg reden um vorzuführen, daß die Selbstgefälligkeit westlicher kultureller „Überlegenheit“ und die von uns ausgeübte Gewalt zusammengehören. Es würde verdecken, daß wir es nicht mit einer Ausnahmeerscheinung zu tun haben. Die Gewaltförmigkeit des westlichen Systems nach „außen“ nimmt empirisch zu; und die Propagierung von „Zivilgesellschaft“, „Aufklärung“, „Demokratie“ als Exportschlager des westlichen Systems ist ein Teil dessen. Nicht nur im Rahmen „präventiver Strategien“ gegen Kontrollverluste in der „Dritten Welt“, auch über die ganz normale „Entwicklung“. Und gleichzeitig möchten wir uns mit allen an den „multikulturellen“ Tisch setzen ...

Christoph Spehr, Historiker, Augsburg

Aber viele möchten das nicht mehr mit uns. Über die „multikulturelle“ Gestik wollen wir die Einhaltung unserer Hausordnung garantieren: das Credo in unsere Werte. Denn wir gehen davon aus, daß wir mit den Werten westlicher Kultur, den Glaubenssätzen der Aufklärung, den demokratischen Errungenschaften und der industriellen Orientierung der Welt etwas Bleibendes gegeben haben, woran sie sich zu halten hat. Ich stimme dagegen denjenigen zu, die das bestreiten.

I. Multikulti und rassistische Ordnung: die historische Einheit von „Aufklärung“ und Unterdrückung

Gegen das Dogma von der westlichen Zivilgesellschaft und ihrer historischen Errungenschaft der Freiheit und Gleichheit gilt es festzuhalten, daß ihre 500jährige Geschichte gleichzeitig das hervorgebracht hat, was wir heute unter Rassismus verstehen und was - unbeschadet älterer und anderer

Historisch waren alle Gesellschaften mit einer florierenden Güterproduktion und einer herausgehobenen Stellung im Weltsystem Einwanderungsgesellschaften und insofern „multikulturell“: die mittelalterlichen orientalischen Gesellschaften, die frühneuzeitlichen schwarzafrikanischen Staaten, im 15. Jhd. Spanien, Portugal, Frankreich, usw. Die Eingewanderten waren nicht „gleich“ mit den Einheimischen, sie waren rechtlich beschränkt und leisteten häufig schwere und schlechte Arbeit. Jedoch fanden sie sich grundsätzlich in allen Berufen und Positionen, die auch Einheimischen offenstanden; so wie es umgekehrt genug Einheimische gab, deren Leben und

Die Gewaltförmigkeit des westlichen Systems nach „außen“ nimmt empirisch zu

Arbeit denen der am schlechtesten gestellten ImmigrantInnen gleich.

Erst die westlichen Staaten seit dem 16. Jhd. erfanden eine besonders starre Fixierung der ImmigrantInnen auf minderwertige und schlechte Arbeit, die sie außerhalb der eigentlichen Gesellschaft und zunehmend auch außerhalb des nationalen Kernterritoriums ansiedelten - in den Kolonien. So lebte tatsächlich kein Weißer wie die Sklaven in den spanischen Zuckermöhlen, auf den amerikanischen Plantagen, wie die Zwangsarbeiter in den deutschen Kolonien. Schon gar nicht wie die Sklavinnen, die zugleich vergewaltigt und deren Kinder getötet werden konnten.

Erst jetzt galten Nicht-Weiße pauschal als Menschen minderen Rechts, begründet aus ihrer angeblich minderen Natur. Erst jetzt wurde allen fremden Gesellschaften eine unterlegene Kultur zugeschrieben. Die Kreuzritter kannten noch islamische Krieger, Venedig und Byzanz afrikanische Könige und Händler. Bis zum 18. Jhd kannten die weißen Herren dann nurmehr sich selbst (Menschen), nicht-weiße Untermenschen und weiße nicht-männliche „defizitäre Menschen“. Der „moderne“ Rassismus, der sich herausbildete, war Teil einer neuen Logik, die auf den Grundlagen des Völkermords, der Zerstörung fremder Gesellschaftsgrundlagen und der massenhaften Deportation wuchs. Die portugiesische Krone, die englischen Sklaventransporture und deutschen

Finanziers des 16. und 17. Jhdts lernten, daß sich eine vernichtete Bevölkerung der Neuen Welt erfolgreich und profitabel durch eine eingefangene Bevölkerung Schwarzafrikas ersetzen ließ. Damit konnten sich erstmals Machthaber von den Reproduktionsnotwendigkeiten unterworfenen Fremdbevölkerungen und ihrer gesellschaftlichen Mikrostrukturen „emanzipieren“. Die ganze Welt wurde zum Rechenbrett austauschbarer Einheiten, Menschenleben eingeschlossen.

Die Industrialisierung ist die Übersetzung der sozialen Technologie der Rationalisierung und der politischen Technologie der Aufklärung in eine maschinelle Technologie, die äußerste Festschreibung der Trennung von Produktion und Reproduktion.

gleichermaßen zum Objekt wurden, war eine scheinbare Gleichheit: denn der Machtzuwachs, den diese Konstruktion barg, war bei einer konkreten Gruppe angesiedelt, die davon profitieren konnte. Die „kartesianische Wende“ war das Bekenntnis zum Willen zur Macht weißer gebildeter Männer in den verschiedenen Staatsfunktionen der abendländischen Zentren.

Dabei hat die „Aufklärung“ als politisch-soziale Bewegung historisch hinlänglich klar gemacht, für wen sie da ist. Im Zeichen der „Aufklärung“ vertrat und organisierte männliche weiße Herrschaft die Ausübung von Macht auf einer antiklerikalen und antifeudalen Grundlage - durch die demokratische Organisation der öffentlichen Sphäre, an der keineswegs alle teil hatten. Die „TrittbrettfahrerInnen“ der Gleichheit, die glaubten die Versprechen der Französischen Revolution auch für sich in Anspruch nehmen zu können, wurden abgeschmettert: die Frauenrechtlerin Olympe des Gouges starb auf dem Schafott, der Anführer der „schwarzen Jakobiner“ auf Saint Domingue, Toussaint L'Ouverture, in einem französischen Kerker.

Die patriarchal-weiße „multikulturelle Weltordnung“ wurde in der Aufklärung aufrechterhalten, wie sie vorher mit dem „Siegeszug der Vernunft“ entstanden war. Wenn heute über „multikulturelle Gesellschaft“ und „multikulturelle Weltgesellschaft“ positiv gesprochen wird, kann dies deshalb bedeuten, daß die vorhandene rassistische Unterdrückung und Ausgrenzung zur Normalität erklärt wird: Das Problem sind wieder einmal die „Anderen“. Die rassistische Struktur der Weltordnung wird beschönigt.

Wir müssen stattdessen uns selbst als das Problem erkennen. Hinter multikultureller „Toleranz“ befestigen wir die ideologische Gleichung: westliche „Aufklärung“ = Emanzipation. Diese ideologische Gleichung ist die große Sackgasse heutigen emanzipatorischen Bestrebens, hier wie weltweit. Ihre Zerstörung erfordert die historische Klärung der Frage, „welche Emanzipation“ sich mit der westlichen Zivilgesellschaft verbunden hat, und die (Rück-)Gewinnung einer emanzipatorischen Theorie und Praxis jenseits dieser „westlichen“ Gleichung.

II. Aufklärung als Auslieferung: Die logische Einheit von „Aufklärung“ und Unterdrückung

„Verlieren wir keine Zeit mit sterilen Litaneien oder ekelhafter Nachäfferei. Verlassen wir dieses Europa, das nicht aufhört, vom Menschen zu reden, und ihn dabei niedermetzelt, wo es ihn trifft, an allen Ecken seiner eigenen Straßen, an allen Ecken der Welt. Ganze Jahrhunderte lang ... hat es im Namen eines angeblichen 'geistigen Abenteuers' fast die gesamte Menschheit erstickt.“ (2) So hieß es 1961 bei Frantz Fanon in den „Verdammten dieser Erde“. 30 Jahre später triumphieren die Zumutungen an die Länder des Trikont. Das folgende Zitat (von Sabine Kebir in spw 57) ist typisch, gerade weil es sich eines fortschrittlichen Anspruchs sicher wähnt:

„Allen romantischen Vorstellungen zum Trotz sind die Länder der Dritten Welt dazu verdammt, die Herausforderungen der Industrialisierung anzunehmen, wodurch sie auf Dauer nicht umhinkommen, auch gewisse neue, für die Industrialisierung notwendige Überbauten zu entwickeln, wie zum Beispiel einen mit dem Arbeitsrhythmus einhergehenden Lebensrhythmus ... Bei der Entwicklung von modern funktionierenden Industrienationen verwandeln sie sich (die traditionellen Überbauten) jedoch größtenteils in Hindernisse ... kann der Einfluß, der über Film und Fernsehen auf die Entwicklung eines neuen Bildes der Frau transportiert wird, nicht nur negativ gesehen werden. Er fördert das anzustrebende Resultat zwar nicht auf direktem Wege, sondern eher über den Umweg von Konsumwünschen, in Bezug auf das Freizeitverhalten, Mode, Reisen usw. Diese Wünsche können jedoch viele junge Mädchen in die Welt der Arbeit führen.“ (3)

Man muß die einzelnen Bestandteile dieser Vorstellung analysieren, um den Zusammenhang zwischen westlicher „Aufklärung“ und westlicher Zumutung an die „Anderen“ genau zu sehen, der darin beispielhaft zum Ausdruck kommt. Da ist zunächst die Unausweichlichkeit einer Entwicklung hin zu „modern funktionierenden Industrienationen“, die sich die Entwicklung der westlichen Staaten zur verbindlichen Zeitachse nimmt, auch

wenn damit Katastrophen („verdammt“) impliziert werden. Soziale Gefährdung und Gewalt gelten dann als vertretbar, wenn sie gleichzeitig mit Industrialisierung auftreten.

Die Katastrophen der Industrialisierung werden als „Herausforderung“ bezeichnet - d.h. als zu akzeptierende „Härten“. Die Industrialisierung ist die Übersetzung der sozialen Technologie der Rationalisierung und der politischen Technologie der Aufklärung in eine maschinelle Technologie, die äußerste Festschreibung der Trennung von Produktion und Reproduktion. Ihr Wesen ist es, daß dem Menschen real alles genommen und potentiell alles wiedergegeben wird - abhängig von seiner sozialen Machtstellung und produktiven Position. Dabei ist es gleichgültig, ob dies über einen Markt oder über Zuteilung erfolgt. Die Entäußerung ist auf jeden Fall total - und die Gefährdung immer vorhanden.

Die Gesellschaft und der Mensch sollen sich selbst in umfassendem Sinne ausliefern an die rationalen Erfordernisse des Industriesystems - störende Denkweisen und Sozialnormen („traditionelle Überbauten“) haben ebenso zu verschwinden wie ein dem erforderlichen „Arbeitsrhythmus“ entgegenstehender „Lebensrhythmus“. Der ideale Mensch ist, wie die natürlichen Ressourcen, dem Prozeß der industriellen Wertschöpfung schrankenlos disponibel. Diese Idealperson ist eine männliche, die von einer weiblichen reproduziert wird, was erst ihre volle Disponibilität garantiert. Junge Mädchen sind als das größte und billigste „neuzugewinnende“ Arbeitskräfte-reservoir zu mobilisieren, bevor sie erwartungsgemäß in eine reproduktive Biographie fallen. Dieser Gesamtprozeß gilt als „vernünftig“.

Wo steckt bei all dem die Vernunft? Sie steckt nicht in der Entscheidungskompetenz der einzelnen, die ja - durch Zerstörung unpassender Denkweisen und Verführung über „Konsumwünsche“ - gezielt gebrochen werden soll. Der Gesamtprozeß selbst gilt als vernünftig, die Transformation in ein System, das die totale Verfügbarkeit von Menschen und Ressourcen gewährleistet; „Entwicklung“ selbst wird als das Fortschreiten dieser Verfügbarkeit definiert. Tendenzen rationaler Durchdringung von

traditionellen Annahmen, von Beweisführung, naturwissenschaftlichen Methoden und Selbstreflexion kannte auch die islamische „Aufklärung“ des Mittelalters. Demokratie im Sinne von allgemeiner, gleicher Partizipation an Entscheidungen ist ebenfalls keine abendländische Erfindung, sondern fand sich in afrikanischen „Dorfdemokratien“ wie in vielen anderen frühen lokalen Strukturen. Was wir als die philosophischen, politischen und sozialen Errungenschaften der konkret-historischen westlichen „Aufklärung“ apostrophieren, hat seine Spezifik in der totalen gesellschaftlichen Neuorganisation unter der Führung zentraler Instanzen, und im Prinzip der totalen Disponibilität. Was wir uns als „Aufklärung“ vorstellen, bedeutet Auslieferung. Und wir hängen an ihr, weil sie unsere Vormacht befestigt.

Zivilisationstheorie, Rassismus und Sexismus sind in dieser westlichen „Aufklärung“ genuin miteinander verbunden. Denn die Auslieferung an ein gesellschaftlich konstruiertes „vernünftiges Subjekt“ und den von ihm initiierten Wandel kommt den Machthabern zugute. Sie kommt denen zugute, die erklärtermaßen „produktive“ Arbeit leisten und nicht etwa reproduktive: d.h. im gesamten Durchschnitt den Männern und nicht den Frauen bzw. den Zentrumsländern und nicht den Ländern der Peripherie. In den nicht-westlichen Ländern hat dieser Wandel nicht einfach katastrophale Nebenfolgen, sondern der Wandel ist die Katastrophe. Die Experimente der „nachholenden Entwicklung“, am berühmtesten die „Grüne Revolution“ Indiens und die „Weiße Revolution“ in Persien, zerstörten zunächst die ländliche Subsistenzwirtschaft, um sie zur „rationaleren“ Massenproduktion von Lebensmitteln für den Export und Menschen in die Industrie zu treiben; die solcherart in Stadt und Land geschaffenen reinen Arbeitskräfte waren dann den Schwankungen des (Welt-)Marktes ausgeliefert und Schüben von Verelendung ausgesetzt. Vom Wandel profitieren konnten diejenigen, die über viel Grund verfügten oder in „qualifizierten“ Stellungen tätig waren. Neue Ungleichheit und der Verlust von Resten einer selbstkontrollierten Lebensweise waren die Folge.

Im Zentrum dagegen fällt für die meisten doch etwas ab. Die Integration in die

Zeitschrift Marxistische Erneuerung

Z.

Vierteljahresschrift

Schwerpunktt Themen '91:

Kapitalismuskritik
(Juni-Heft)~~Zivilgesellschaft~~
(September-Heft)Neue Weltordnung
(Dezember-Heft)192 Seiten, 15,- DM. Abo: 45,- DM
Z., Kölner Str. 66, 6000 Frankfurt/M 1.

Zeitschrift Marxistische Erneuerung

Z.

Vierteljahresschrift

Schwerpunktt Themen '91:

Kapitalismuskritik
(Juni-Heft)Zivilgesellschaft
(September-Heft)~~Zivilgesellschaft~~
(Dezember-Heft)192 Seiten, 15,- DM. Abo: 45,- DM
Z., Kölner Str. 66, 6000 Frankfurt/M 1.

weiße heterosexistische Zwangsgesellschaft verspricht Teilhabe am Gewinn. Die Integration der weißen Arbeiterschicht und die ungleiche Integration weißer Frauen haben die Stabilität erhöht, den Großteil der Bevölkerung auf den Erfolg „ihrer“ Staaten verpflichtet.

Selbst im Zentrum gilt aber: man kann gar nicht so viel verdienen, wie man gleichzeitig an Selbstbestimmung und unmittelbarer Kontrolle verliert. Trotz der privilegierten Stellung im Weltsystem gilt der Befund, daß der Einschränkung von Lebensmöglichkeiten auch in den Zentren nicht mit dem „westlichen Emanzipationskonzept“ zu begegnen ist. Die „Unbewohnbarkeit“ der Städte, die psychosomatischen Reaktionen auf Entfremdung und Vergiftung, die zerstörerischen Folgen einer komplett „ausgelieferten“ Lebensweise und Selbstdisziplinierung, die Unerreichbarkeit realer Entscheidungspartizipation sind Streiflichter darauf.

Selbst wenn „multikultureller“ Politik in den Zentrumsländern gewisse Verbesserungen der Situation von ImmigrantInnen gelingen sollten, kann die Partizipation deren Unterdrückung nicht auf-

heben: sie stärkt die Grundlagen des Systems und damit die Voraussetzungen der Unterdrückungsverhältnisse, die einen selbst wieder treffen. Der „Erfolg“ der westlichen Staaten erzeugt immer neue Katastrophen an der Peripherie, mit denen die ImmigrantInnen in rassistischer Weise identifiziert werden. „Angebote“ ändern nichts daran, daß der Erfolg des Auslieferungssystems die Kluft zwischen Gewinnern und Verlierern immer weiter steigert.

Die Betrachtung heutiger emanzipatorischer Bewegungen, die sich gegen Ausbeutung und Gewalt wehren, zeigt, daß der Ideen katalog westlicher „Aufklärung“ vermehrt auf Ablehnung stößt, ja daß diese Bewegungen sich gegen die Vernunft der ausliefernden „Aufklärung“ direkt wenden. Die letzten Jahrzehnte sind voller Versuche, in andere Richtung davonzuschwimmen. Autonome „Basisprojekte“ in den Trikont-Ländern; Befreiungsbewegungen und linke Trikontländer, die reale technisch-soziale Alternativen schufen oder suchen; weißer und nicht-weißer Feminismus; schwarze Emanzipation und Militanz; „Ecoresistance“; Flüchtlingsbewegung etc.: Sie alle folgen zu einem erheblichen Teil eigenständigen Logiken von

Emanzipation, die nicht mehr auf „Übernahme und Anwendung“ der westlichen „Aufklärungsemanzipation“ auf die eigene Gruppe abzielen.

III. Step across the border: Annäherung an einen emanzipatorischen Diskurs jenseits des westlichen Modells.

Ich rede hier über „uns“. Wir befinden uns in einer jener Detektivgeschichten, an deren Ende der Nachforschende sich selbst als den Täter erkennt. Autor und Lesende sind vereint in unserer Täterschaft, wenngleich in unterschiedlichem Maße und unterschiedlichen Rollen.

Deshalb kann es nicht angehen, hier eine andere Emanzipationstheorie, eine Theorie der Unterdrückten, formulieren zu wollen. Diese Theorie und ihre Praxis formuliert sich gegen „uns“, gegen die Herrschaft weißer nichtausgegrenzter Männer in den Zentrumsländern, mit ihrer „produktiven Rolle“ und „westlichen Kultur“. Diese Tatsache können weder ich noch „wir“ (das heißt die weiße

männliche Mehrzahl der LeserInnen dieser Zeilen) durch flotte Solidarität überspringen. Leute wie ich und mein aktueller „ideeller Gesamtleser“ haben wenig vorzuweisen, was uns Teilhabe an einem alternativen Diskurs erlauben würde; auch wenn ich glaube, daß unsere eigene wirkliche Befreiung, wenn wir sie denn wagen sollten, von diesem Diskurs lernen müßte. Wir können aber mit unserer selbstherrlichen theoretischen und praktischen Verhöhnung dieser anderen Emanzipation aufhören und besser begreifen, warum wir mit unserer Partizipation am System westlicher Aufklärungs- und Auslieferungunterdrückung brechen müssen. Und sei es, um den Feuerlöscher stehen zu lassen, wenn Teile des westlichen Hauses aus berechtigten Gründen angesteckt werden.

Meine These ist, daß sich in den alternativen Versuchen der erwähnten Emanzipationsbewegungen Annäherungen und Überschneidungen erkennen lassen, die ich hier um drei Hauptbegriffe gruppieren, und daß diese alternativen emanzipatorischen Begriffe sowohl über einen utopischen Gehalt, eine Bedeutung eines möglichen anderen Lebens, verfügen, als auch Maßstäbe für konkrete Handlungsentscheidungen setzen. Es sind keine Bausteine einer „Logik“, die über den Subjekten und Bewegungen steht, sondern eher Verständigungsbegriffe.

(1) „Selbstbestimmung“

Selbstbestimmung meint: Das eigene Leben, die eigene Körperlichkeit, die eigene Lebensführung und Gedanklichkeit, die eigene Biographie bestimmen, entscheiden und verwirklichen können. Sie ist nicht aufspaltbar in einzelne „Individualrechte“, sondern meint tatsächliche, umfassende Kompetenz. Utopisch gesehen zielt sie auf eine selbstverwaltete Ökonomie, die Formen der Subsistenzproduktion nicht via Zirkulation und Warenform von der Konsumtion trennt, und auch die Unterbindung von Eigentumsrechten jenseits der eigenen Reproduktions- und Lebenssphäre.

Strategische gesehen bedeutet „Selbstbestimmung“, die Bereitstellung bzw. Aneignung kostenloser Arbeit zu verweigern. Dies betrifft weibliche Arbeit, die sich Männer kostenlos aneignen,

wenn sie Reproduktionsarbeit für sich selbst (und für Kinder, Alte, Kranke usw.) auf Frauen abwälzen. Und es betrifft die Zurichtung von Gesellschaften der weltwirtschaftlichen Peripherie zu Lebensmittel- und Textilfabriken und Rohstofflagern, deren Gesamtarbeit unbezahlt in unseren privaten und industriellen Konsum fließt. „Lohn für Hausarbeit“ und „gerechte Preise“ können diese Struktur nicht brechen, sondern nur Abkoppelung und „vernetzte Autonomie“.

Selbstbestimmung muß mit der spezifischen Zusatzbedeutung für Frauen gesehen werden, ihre Reproduktionsfähigkeit und ihren Anteil an der notwendigen Reproduktionsarbeit selbst vollständig kontrollieren zu können. - Auf „multikulturelle“ Fragen bezogen, folgt aus der „Selbstbestimmung“ z.B., daß Migration aus elenden und unwürdigen Verhältnissen ein Element von Selbstbestimmung und nicht rechtmäßig zu verhindern ist.

(2) „Definitions macht“

Der Begriff der Definitionsmacht bedeutet den Bruch mit der „Erziehungsfunktion“ und dem „Fürspracherecht“ über andere. Die Verteidigung unterdrückter Gruppen in ihrer Identität kann nicht an eine überpersönliche Rechts- oder Argumentationslogik übertragen werden. Konkret gesagt: was als Gewalt von den Betroffenen definiert wird, ist Gewalt - und impliziert ein Verweigerungsrecht (auch Verweigerung von Information und Kooperation etc.).

Entsprechend gibt es in allen Entscheidungen ein Recht der Differenz - die Vermittlung kann nicht durch „logische“ oder „gerechte“ Gesetze erfolgen. Utopisch wie strategisch gesehen geht es um Strukturen freier Einigung zwischen Individuen bzw. Gruppen, die nicht in einem homogenen Körper nach Mehrheitsrecht zusammengefaßt sind. Zur Definitionsmacht gehört das Recht auf Zutrittsverweigerung anderer, auf temporären Abschluß der eigenen Gruppe.

(3) „Selbstbewußtsein“

Selbstbewußtsein meint die selbst gelenkte Arbeit an der eigenen Identität, durch Aufklärung über sich selbst, die eigene Geschichte/Lage/Perspektive/

Diskussion, etc. - und zwar nicht durch andere, sondern durch sich selbst. Selbstbewußtsein ist die Freiheit zur Ausübung der eigenen Definitionsmacht. Diese Freiheit muß unterstützt werden durch freien Zugang zu Wissen und notwendigen Arbeitsmitteln, und sie hat frei zu sein von Kontrolle.

Es geht nicht um einen über den Markt vermittelten Pluralismus, sondern um das Recht jeder sozialen Gruppe, das für sie notwendige und eigene Wissen und Denken kollektiv entwickeln zu können. Handlungen, die nötig sind, um dieses Selbstbewußtsein zu erlangen, haben ihre Rechtfertigung - auch Widerstand und symbolische Gewalt. - Ich meine, daß eine Konsequenz von „Selbstbewußtsein“ z.B. ist, der Schaffung eigener universitärer Zusammenhänge und Einrichtungen für ethnische Gruppen den Vorzug vor Bemühungen auf „Integration“ und Stellenanteile zu geben. Die Ausgestaltung einer Praxis, die sich auf solche Bruchstücke einer alternativen emanzipatorischen Begrifflichkeit bezieht, wird auf den verschiedenen Ebenen des Weltsystems notwendig verschieden aussehen. Immer wird sie aber davon gekennzeichnet sein, eine Einheit von Selbstveränderung, eigener Selbstorganisation und Zerstörung der herrschenden Zwangsgesellschaft anzustreben.

Migration kann hier eine positive Rolle spielen, wenn wir nicht versuchen, die Auseinandersetzung über die Grenzen der Zentrumsländer hinaus und zwischen verschiedenen Kulturen und Bewegungen durch „multikulturelle“ Zimmerdialoge zu ersetzen, sondern zu ergänzen und zu vertiefen. Dabei geht es nicht mehr um Integration und soziale Befriedung. Es geht um einen interkulturellen, antirassistischen Diskussions- und Praxiszusammenhang, der das Ende der „westlichen“ Dominanzkultur zum Thema hat.

spw

- 1 Weiße Herrschaft - Rassismus und Imperialismus. In: Metropolen(gedanken) & Revolution. Berlin 1991.
- 2 Frantz Fanon: Die Verdammten dieser Erde. Frankfurt a.M. 1981. S. 263.
- 3 Sabine Kebir: Die Internationalisierung der Zivilgesellschaft. spw 57, Köln 1991.

Blätter für deutsche und internationale Politik

Die politisch-wissenschaftliche
Monatszeitschrift

Im September u.a.

Irving Fetscher: Friedrichs Herrschaft

Norman Paech: Die DDR - Vom UNO-Mitglied
zur kriminellen Vereinigung?

Dorothee Sölle: Demokratie in der Demokratie

Rolf Uesseler: Italienische Ausgrabungsfunde
im NATO-Untergund

Im Oktober u.a.

Das Jahr Eins

Der „Einigungsprozeß“ aus ostdeutscher Sicht

Binnendeutsche Befindungen - Leben in Abwicklung -

Zwischen Wellenniveau und Industriemuseum - Ostdeutsche

Ortsbestimmung: Brücke, Niemandsland, Wohlstandsgrenze?

Wolfgang Ullmann, Jens G. Reich, Irene Runge,
Annate Lap, Rainer Land, Friedrich Dieckmann u.a.

Die Blätter kennenlernen?

- Ich bestelle Heft 9/91 zum Werbepreis von 7,50 DM.
 Ich bestelle ein Probeabo - Heft 9 und 10/91 für 10 DM.
 Ich möchte ein kostenloses älteres Probeheft.
 Zutreffendes bitte ankreuzen, Scheck oder Briefmarken beilegen.

Name: _____
 Vorname: _____
 Str.: _____
 Ort: _____
 Land: _____

Blätter Verlagsgesellschaft, Bertha-v.-Suttner-Platz 6, 5300 Bonn 1

spw 9

Antipazifistische Querschläger

Klaus BITTERMANN (Hrsg.): „Liebesgrüße aus Bagdad“, Edition Tiamat, Berlin 1991, 155 S., 20,-

„Der Ölteppich kam nicht bis Sylt...“

„Während überall in der Welt die Menschen erleichtert aufatmen, während die irakischen Soldaten den amerikanischen GI's ... aus Dankbarkeit um den Hals fallen, macht sich in Deutschland eine klammheimliche Enttäuschung breit. Die Apokalypse wurde bis auf weiteres vertagt, der Dritte Weltkrieg hat nun doch nicht stattgefunden ... und - vor allem! - der Ölteppich aus dem Golf konnte schon weit vor Sylt gestoppt werden.“ (7/8) - Die elf Schriftsteller und Autoren, hier Henryk BRODER, die sich mit dem Essaybändchen „Liebesgrüße aus Bagdad“ zu einer Nachbetrachtung auf den deutschen Umgang mit dem Golfkrieg zusammengefunden haben, setzen bewußt auf Polemik und Provokation. Nachdem der Altlinke Wolf Biermann mit seinem Stoßseufzer 'Gottseidank - für Israel - geht's den USA am Golf um's Öl!' den Stein ins Rollen und als erster Sand ins ideologische Getriebe der ehemals eigenen Reihen gebracht hatte, will Herausgeber Klaus BITTERMANN im Rahmen seiner Reihe „critica diabolis“ eine diabolische Breitseite auf alle Mitwirkenden nachschieben. Das sind „die Friedensbewegung“, „Presse und Öffentlichkeit“ (unter besonderer Berücksichtigung von SPIEGEL, TAZ und ZEIT), „die guten Bürger dieses Landes“ und viele weitere Mitwirkende.

Es gibt viel zu kritisieren an einem vielfach zu beobachtenden Auftreten der Friedensbewegten in jenen späten Januartagen, das mir persönlich - als Mitorganisator der drei großen Stuttgarter Kundgebungen - von Tag zu Tag mehr Unbehagen bereitete. Polemik und

Provokation sind dem Sachverhalt wie auch den Adressaten angemessen. Ralph GIORDANO beklagt den „einseitigsten 'Pazifismus' der mir je begegnet ist“ (81), der alle möglichen Beteiligten (außer Saddam) zu den Feuerteufeln vom Golf erklärte. Er besteht zudem darauf, daß zwar „ohne die sowjetische und westliche... Waffenhändler- und Rüstungsmafia der Iraker ein lokaler Despot geblieben“ wäre (84), daß jedoch letztendlich eines klar bleiben sollte: „Der Täter heißt Saddam ussein!“ (und nicht Edzard Reuter, möchte man in Erinnerung an die vielen Transparente anfügen).

Differenzierend will GIORDANO auch die Rolle der USA betrachtet wissen - nicht zuletzt aufgrund seiner eigenen Erfahrung der Befreiung aus der Nazi-herrschaft: „Ich weiß nicht mehr, wie oft ich mich gegen eine amerikanische Außenpolitik empört habe, die sich mit allen rechten Diktaturen rund um den Erdball liiert hat ... - ein Gesicht der Weltmacht USA, aber nicht ihr einziges.“ (82) Amos OZ legt - auf der Suche nach der Befindlichkeit der Friedensbewegung - dazu passend nach indem er treffend einen Hang zur Auffassung konstatiert, „die Dritte Welt sei das absolute Gute“, während die nord-amerikanisch-westliche „die Koalition der schlechten Kerle, in jedem Fall mit Amerika als dem Teufel für alle Ewigkeit“ darstelle (Interview mit Frank Schirmacher, 87). „Aber das ist Theologie, nicht Politik“. Wie wahr!

Zu dieser „Koalition der schlechten Kerle“ in ihrer spezifischen Ausformung zum Jahresbeginn gehörte natürlich Israel. Die Vorwürfe aller Autoren an die diesbezügliche deutsche Beteiligung liegen auf der Hand: Zum einen Hilflosigkeit gegenüber Aggression: Die „Naivität, mit der, getreu der Parole 'Krieg ist nur ein Ergebnis unserer Phantasie-losigkeit', in jedem Winkel für den Frieden getrommelt und gepfiffen wird, gleicht im Resultat den bunten Bildchen, zu denen die Kinder ihre Angst mit Malstiften und kreativ verarbeiten sollen.“ (Joachim BRUHN, 131f.) - „... als eine ZuhörerIn die bedenkenswerte Konfliktlösungsstrategie (im Rundfunk) unterbreitete, man möge doch an Bush und Saddam die Worte richten: 'Du bist okay, ich bin okay'“. (BITTERMANN, 104)

Zum anderen Heuchelei: „Wenn nicht gerade die israelische Armee involviert ist, fällt das Medienecho solcher Greuel [gemeint sind Ziviltote wie bei den Gemetzeln in Afghanistan oder Indien] eher neutral aus...“ (123) - „Es geht nicht um Waffenruhe. Welcher ARD-Korrespondent hätte je den ANC darum angefleht?“ (Jörg FRIEDRICH, 124)

Insbesondere wird der Finger in die Wunde des Widerstands gegen die Lieferung deutscher Patriot-Raketen zum Schutz Tel-Avivs gegenüber den Scud-Raketen sowie der Weigerung des Personals in diversen deutschen Krankenhäusern, amerikanische Verwundete zu behandeln, gelegt. Der SPD-Kanzlerkandidat hatte im Wahlkampf und später eine andere Variante im Köcher, die auch mir nie einzuleuchten vermochte: „Traditionsverbunden dünkt es Oskar Lafontaine das perverseste von der Welt, daß Bundeswehrsoldaten das Gas heimischer Hersteller einatmen. Minder pervers wäre demnach, daß die Inhalation deutscher Gase anderen [gemeint sind amerikanische Soldaten und israelische Zivilisten] zuteil wird“. (122) Leider kippt bei einer Reihe von Autoren die Polemik um. Der Herausgeber selbst ist kräftig dabei, wenn er schreibt, die peinliche europäische Zusammenarbeit bei Husseins Aufrüstung sei „also gemeint, als Weizsäcker vom erfüllten Leben im europäischen Haus schwafelte“. (BITTERMANN, 100) Es kommt noch derber, wenn er Analogien zu Demonstrationen „mit Hitler für den Frieden“ bemüht und die „Leitfigur Weizsäcker“, die dem Ausland drohe (113) gleich noch mit verhackstückt. Eike GEISEL schließt sich nahtlos an mit der von ihm ausgemachten „pazifistische Werwolf-Truppe“ der Friedensbewegung (56).

Den Vogel schießt freilich Henryk Broder mit seinen Analyse des „Gedankenschrotts von Leuten wie Schwarzer, Ströbele, Schröder...“ ab: „Je heftiger der Vergleich 'Hussein = Hitler' abgewehrt wird, umso stärker wird der Irak von heute mit dem Deutschland von damals identifiziert“ (30). „Die mögliche Vernichtung Israels wurde nicht nur als die logische, fast zwangsläufige (also verdiente) Konsequenz der israelischen Politik billigend in Kauf genommen, diese Option hat Saddam Hussein genau den Sympathie-Bonus verschafft, den er mit seinem antiimperialistischen

Gedrohne allein nicht erreicht hätte. Daß ich ja richtig mißverstanden werde: Ich meine nicht, daß sich die Mehrheit der Deutschen die Vernichtung Israels wünscht, im Gegenteil. Ich meine nur, daß in einem relevanten Teil der Friedensbewegung der unbewußte aber überaus heftige Wunsch das Fühlen, Denken und Handeln bestimmt, Saddam Hussein möge die historische Chance nutzen und den Job vollenden, den die Nazis nicht zu Ende bringen konnten“ (32).

Da gibt es freilich nichts mehr mißzuverstehen. Schon gar nicht, wenn zwischen jenen Befunden bzw. Zitaten von Friedensbewegten aus jener Zeit immer wieder Hussein-freundliche bzw. antisemitische Äußerungen junger Neo-Nazis geschickt eingeflochten sind. Die Friedensbewegung - im Vollrausch der Deutschen Einheit - auf dem Weg zur SS des 21. Jahrhunderts??

Es bleibt sehr fraglich, ob die überfälligen Anstöße zur Selbstreflexion eines nicht unbedeutenden Teils der deutschen Linken über die zunehmende Verstrickung in einfache, schwarz-weiß gezeichnete, von 'idées reçues' bestimmte Weltbilder nicht an einer Mauer beleidigten Schweigens abprallen müssen. Der Hinweis von Cora STEPHAN, daß „die Parole 'Keine Deutschen Soldaten an den Golf' auch als nationalistische Selbstbezogenheit interpretiert werden“ könne, wäre dabei ebenso bedenkensund verbreitenswert wie der Befund eines deutschen „prinzipienstarken Hangs zu absoluten Werten anstelle des weniger hehren, dafür aber menschenfreundlicheren Relativismus der Sphäre des Aushandelns, eben der Politik“ (148). Ebenso verdiente der Umstand nähere Betrachtung, daß die Friedensbewegung - anders als noch 1983 - möglicherweise sogar die Mehrheit der 'Macher' von elektronischen und Print-Medien, in jedem Fall jedoch die Sympathie eines Heeres von Journalisten auf ihrer Seite hatte, während der Rückhalt in der Bevölkerung eher geringer war. (Selbst heute noch könnte man aufgrund der Fernsehberichterstattung aus Kuwait manchmal zu dem Schluß kommen, die Alliierten seien für die Verwüstungen durch die brennenden Ölquellen verantwortlich)

Schade, daß hier durch redaktionellen Pusch einigen Autoren ein Forum gege-

ben wurde, auf dem sie sich seitenweise (und offenbar mit Wollust) verbal übergeben konnten. Fast die Hälfte der Beiträge (an vorderster Front der von Enzensberger) lesen sich mit ihren beinahe wortgleich und gebetsmühlenhaft wiederholten Klischees wie die Tonbandabschriften von einem Zecherstammtisch des Dan-Diner-Fanclubs nach der vierten Runde.

Schade möglicherweise auch um den Interview-Beitrag von OZ, der als Betroffener der Scud-Angriffe und Aktivist der israelischen Friedensbewegung die Ausgangslage für deutsche Friedensbewegte auf den Punkt bringt, den Außenminister Genscher anläßlich seines Israel-Besuchs im Februar auch für sich akzeptierte: „Es geht nicht darum, jede dumme israelische Politik gut zu finden [gemeint sind z.B. Westbank und Gaza-Streifen]... Aber wenn der Versuch unternommen wird, Israel durch einen unprovokierten Angriff zu vernichten, auszulöschen, dann sollte ein Deutscher dies als einen Angriff auf sich selber empfinden...“

Vermutlich wird es dabei bleiben, daß nur wenige politische Diskussionsforen (wie die NG/FH) die notwendige Debatte über Deutschlands neue Rolle in der Welt und vor allem in der anstehenden Europäischen Politischen Union offen führen werden. Die meisten linken Gazetten - die sozialdemokratisch orientierten sind dabei ausdrücklich nicht ausgenommen - betreiben stattdessen mit aller Kraft weiterhin das immer wieder beliebte Gesellschaftsspiel „Wir entlarven den US-Imperialismus in all seiner Niedertracht“.

Der vielfach geäußerte Vorwurf eines grassierenden „Antiamerikanismus“ erscheint mir in diesem Zusammenhang als unpräzise und harmlos. Mich beschleicht manchmal vielmehr der Eindruck, ein neues grün-rosa Spießbürgertum - entstanden aus den verblicheneren Idealen der „Alt“ und „Nach“-68er - würde sich wie Mehltau über die politische Kultur in diesem unserem Lande legen...

Ulli Stark, Esslingen



Peter von Oertzen/Susi Möbbeck (Hrsg.)

Vorwärts, rückwärts, seitwärts...

Das Lesebuch zur SPD-Organisationsreform

ca. 200 Seiten / Buchhandelspreis: DM 19,80
Erscheinungstermin: November 1991

Aus dem Inhalt:

Solidarität und Individualisierung • Wie man einen Parteitag aufmischt • Die AfA-Betriebsgruppe - der Ortsverein neuen Typs? • Der Ortsverein - lebendige Basisseinheit oder tote Hölle? • Arbeitnehmerpartei, Volkspartei, Alternativpartei? • SPD zwischen Yuppies und Proleten? • Was erwarten anspruchsvolle Frauen von der SPD? • Mitmachen, Mitentscheiden, Mitglied sein - worauf kommt es an? • Gibt es Politik ohne Partei? • Partei und Computer - mit neuer Technik zu neuen Ufern? • Professionalität - Mythos oder Chance? • Projektarbeit in der SPD • Kultur- und Medienarbeit heute

Beiträge von und mit

Rudolf Dreßler • Diether Dehm • Konrad Elmer • Peter Grafe • Horst Kern • Werner Kinds Müller • Dieter Lattmann • Susi Möbbeck • Peter von Oertzen • Hans Scheibner • Ulf Skirke • Franz Sommerfeld • Kurt Tucholsky • Karin Vogel • Claudia Walther und vielen anderen mehr

Ich bestelle

..... Expl. von
"Vorwärts,
rückwärts,
seitwärts..."
zum Subskriptionspreis
von je DM 15,- zzgl.
je DM 1,- Versandkosten.

Name, Vorname _____
Straße _____
PLZ, Ort _____
Datum, Unterschrift _____

- Ich zahle mit Verrechnungsscheck (beiliegend).
- Ich zahle nach Erhalt der Rechnung.
- * bei Direktbestellungen beim Verlag bis 31.1.1992

Coupon senden an:
spw-Verlag • Kieler Str. 13 • 5000 Köln 80

Ich abonniere **SPW** ab sofort/ab Heft **SPW** erscheint in sechs Heften mit einem Gesamtumfang von ca. 360 Seiten. Die Kündigung des Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich. Jahresabo: Inland DM 51,-, Ausland DM 54,- (incl. Versand). **SPW** kann jahrgangsweise auch rückwirkend abonniert werden.

zum Normalpreis DM 51,-
 zum ermäßigten Preis DM 42,-
 zum Auslandspreis DM 54,-

Hiermit erteile ich dem SPW-Verlag gleichzeitig eine Einzugsermächtigung für die Abbuchung des Abo-Betrags von meinem Konto.

Ich wünsche eine Rechnung

Konto-Nummer _____ Bankleitzahl _____

Bankverbindung _____

Name (in Druckbuchstaben) _____ Geburtsdatum _____

Straße und Hausnummer _____

PLZ _____ Wohnort _____

Datum/Unterschrift _____

Diese Bestellung kann innerhalb einer Woche schriftlich widerrufen werden (Poststempel). Erfolgt innerhalb dieser Frist kein Widerruf, ist ein wirksamer Vertrag zustande gekommen. Ich bestätige hiermit, über mein Widerrufsrecht entsprechend dem Abzahlungsgesetz (§ 1b, Abs. 1) in Kenntnis gesetzt worden zu sein.

Datum/Unterschrift _____

(Achtung! Zwei Unterschriften bitte, damit wir die Bestellung zügig bearbeiten können!)

PRÄMIE

Ich habe **spw** bereits abonniert oder diese/n Abonnenten/in geworben. Ich möchte gerne die Buchprämie

Nr. _____
 Die Prämie steht mir zu, sobald die Abo-Gebühren beim Verlag eingegangen sind.

Name (in Druckbuchstaben) _____

Straße und Hausnummer _____

PLZ _____ Wohnort _____

Datum/Unterschrift _____

3. 4.

5.



spw Hefte 1 bis 51 sind sämtlich noch lieferbar:

Hefte 1-29 für AbonnentInnen zu je 5,- DM
 Hefte 30-50 für AbonnentInnen zu je 7,50 DM

Ich bestelle

- gegen Rechnung
 durch Vorkasse
 mit Verrechnungsscheck
- Expl. Josef Hindels, Marxismus u. Gegenwart
 Expl. Frauenbilder
 Expl. Kapitalistische Krise
 Expl. Herforder Thesen
 Expl. Linke Sozialdemokraten ? ...
 Expl. Sozialismus der Zukunft
 Expl. Projekt Moderner Sozialismus. 53 Thesen

spw Heft Nr. _____

Name, Vorname _____

Straße und Hausnummer _____

PLZ und Ort _____

Datum und Unterschrift _____

Geschichte wird gemacht, spw war dabei.

spw 39 bis spw 50 zum Sonderpreis von 60,- DM (incl. Versand).

Ich bestelle

- Ich habe einen Verrechnungsscheck beigelegt
 Ich wünsche eine Rechnung

Name, Vorname _____

Straße und Hausnummer _____

PLZ und Ort _____

Datum und Unterschrift _____

WEITERHIN LIEFERBAR AUS UNSEREM VERLAGSPROGRAMM

Josef Hindels
MARXISMUS UND GEGENWART
 2. Auflage 1985, 146 Seiten, Ladenpreis 9,- DM, für AbonnentInnen 6,- DM, bei Abnahme von min. 10 Expl. 5,- DM je Stück. Für die Schulungsarbeit erprobt und bestens geeignet!

FRAUENBILDER:
Die weibliche Wirklichkeit ist anders
 (Hrsg. von den JungsozialistInnen Berlin), 80 Seiten mit Fotos, Ergebnisse des Fotowettbewerbs der Berliner JUSOS, Ladenpreis 19,80 DM, für AbonnentInnen 15,- DM

KAPITALISTISCHE KRISE UND STRATEGIEN DER EUROLINKEN
 Fragen einer sozialistischen Politik in Westeuropa, hrsg. von Detlev Albers, Josef Cap, Jean-Pierre Chevènement und Pietro Ingrao, mit Beiträgen von AutorInnen aus der gesamten westeurop. Linken, 160 S., Ladenpreis 21,50 DM, für AbonnentInnen 12,- DM

HERFORDER THESEN.
Zur Arbeit von Marxisten in der SPD
 2. überarbeitete Ausgabe 1981, hrsg. vom Vorstand der JUSOS Ostwestfalen-Lippe, Ladenpreis 8,- DM, für AbonnentInnen 5,- DM. Die Herforder Thesen waren Anfang der achtziger Jahre die grundlegende Positionsbestimmung marxistischer Kräfte innerhalb der Sozialdemokratie, die dabei an die marxistischen Traditionen in der hiesigen wie der internationalen Sozialdemokratie anknüpften.

LINKE SOZIALDEMOKRATEN & BUNDESREPUBLIKANISCHE LINKE.
Diskussion am Beispiel der Herforder Thesen
 Hrsg. von Detlev Albers u.a., mit Beiträgen v. Wolfgang Abendroth, Rudolf Bahro, Joachim Bischoff u.a., Ladenpreis 10,80 DM, für AbonnentInnen 8,- DM.

SOZIALISMUS DER ZUKUNFT.
Grundlagen für das neue Programm der SPD
 Hrsg. v. D. Albers, F. Heidenreich, H. Lienker u. Kurt Neumann, mit Beiträgen von Dieter Dehm, Jürgen Egert, Katrin Fuchs u.a., 185 S., Ladenpreis 17,50 DM, für AbonnentInnen 15,- DM. WissenschaftlerInnen und PolitikerInnen, Ökonomen und Politologen, Abgeordnete aus Bundestag und Europäischem Parlament, skizzieren Ziele und Wege sozialdemokratischer Politik auf lange Frist.

PROJEKT MODERNER SOZIALISMUS. 53 Thesen
 Hrsg. von Susi Möbbeck, Fiete Saß und Birgit Zoerner, Ladenpreis 8,- DM, für AbonnentInnen 7,- DM. Marxistische Jusos in der SPD haben Bausteine für eine Analyse unserer Zeit und eine moderne sozialistische Strategie formuliert. Aus dem Inhalt: Welt im Umbruch; Ökonomische Regulierung; Veränderung von Arbeits- und Lebensweise; Entwicklung des politischen Systems; Reform und Revolution heute; Bündnis von Arbeit, Wissenschaft und Kultur; Perspektiven des modernen Sozialismus.

Anzeige

Auf der Suche nach der verlorenen Zeit



Ich möchte den Freitag kennenlernen: Sechs Wochen lang zur Probe für 10,- DM (nur Vorkasse: bar, Scheck oder Briefmarken).

Name/Vorname _____

Straße _____

PLZ/Ort _____

Datum/Unterschrift _____

Vertrauensgarantie: Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb einer Woche beim Freitag widerrufen kann. Wird der Bezug nicht vor Erhalt der 5. Ausgabe gekündigt, wandelt sich das Probeabo in ein reguläres Abo um.

Einsenden an: Vertrieb Freitag, PF 360 520, W-1000 Berlin 36

Freitag
 Die Ost-West-Wochenzeitung

JEDEN FREITAG AM KIOSK!



Peter von Oertzen/Susi Möbbeck (Hrsg.)

**Vorwärts,
rückwärts,
seitwärts...**

Das Lesebuch zur
SPD-Organisationsreform

ca. 200 Seiten / Buchhandelspreis: DM 19,80
Erscheinungstermin: November 1991

Aus dem Inhalt:

Solidarität und Individualisierung • Wie man einen Parteitag aufmischt • Die AfA-Betriebsgruppe - der Ortsverein neuen Typs? • Der Ortsverein - lebendige Basis-einheit oder tote Hose? • Arbeitnehmerpartei, Volkspartei, Allerweltpartei? • SPD zwischen Yuppies und Proleten? • Was erwarten anspruchsvolle Frauen von der SPD? • Mitmachen, Mitentscheiden, Mitglied sein - worauf kommt es an? • Gibt es Politik ohne Partei? • Partei und Computer - mit neuer Technik zu neuen Ufern? • Professionalität - Mythos oder Chance? • Projektarbeit in der SPD • Kultur- und Medienarbeit heute

Beiträge von und mit

Rudolf Dreßler • Diether Dehm • Konrad Elmer • Peter Grafe • Horst Kern • Werner Kindsmüller • Dieter Lattmann • Susi Möbbeck • Peter von Oertzen • Hans Scheibner • Ulf Skirke • Franz Sommerfeld • Kurt Tucholsky • Karin Vogel • Claudia Walther und vielen anderen mehr

Ich bestelle

..... Expl. von
"Vorwärts,
rückwärts,
seitwärts..."
zum Subskriptionspreis*
von je DM 15,- zzgl.
je DM 1,- Versandkosten.

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

Ich zahle mit Verrechnungsscheck (beiliegend). Ich zahle nach Erhalt der Rechnung.

*) bei Direktbestellungen
beim Verlag bis
31.1.1992

**Coupon senden an:
spw-Verlag • Kieler Str. 13 • 5000 Köln 80**

Postvertriebsstück • Gebühr bezahlt • G 5361 F

spw

- das Magazin der sozialdemokratischen Linken,
- das Magazin für einen sozialistischen Dialog.